Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

KLASSENKAMPF

OKT. 74, 2. Jhg. Zeitung des Kommunistischen Bundes Wien (KB Wien) P.b.b. Preis: 3.-

VOEST-Linz

Politische Unterdrückung chilenischer Flüchtlinge

Am 11. September, dem 1. Jahrestag des faschistischen Putsch in Chile, (das Datum ist laut einem gewissen Herrn Langschwert, dem Flüchtlings"betreuer" des Innenministeriums, nur ein "unglücklicher Zufall") wurden die chilenischen Flüchtlinge in Linz, die alle Arbeiter in der VÖEST sind, zusammengerufen und massiv unter Druck gesetzt. Anwesend waren der Chefingenieur des Kaltwalzwerks König, der Chef der Personalabteilung Dipplinger, ein Meister und zwei Vertreter der Bundesregierung. Carlos Lobos und Luis Flores wurden vom Chefingenieur für entlassen erklärt. Den anderen Chilenen drohe dasselbe, wenn sie die Arbeitsleistung nicht um 100% steigern. Nach dieser Einschüchterung wurde den entlassenen Arbeitern als "letzte Chance" ein anderer Arbeitsplatz bei (um ca. 30%) gekürztem Lohn angeboten.

Dieser Vorfall ist ein klarer Akt der politischen Unterdrückung der chilenischen Flüchtlinge. Die Beamten des Innenministerium waren offenkundig die treibende Kraft und der VÖEST Betriebsleitung konnte es nur Recht sein, diesen Akt politischer Unterdrückung auch gleich zur Antreiberei und Steigerung der Arbeitshetze bzw. zum direkten Lohnraub zu benutzen. Die Sache war von langer Hand vorbereitet; die Chilenen in Linz waren den Herrschenden schon lange ein Dorn im Auge. Denn sie haben sich das Recht genommen, öffentlich über die Erfahrungen aus dem Kampf und die Lehren aus der Niederlage des chilenischen Volkes zu sprechen und offen für seine Ziele einzutreten: für die Errichtung der revolutionären Volksmacht und den Sieg des Sozialismus. Sie haben ihr Volk nicht verraten.

Das hatte ihnen aber die österreichische Regierung zur Auflage gemacht. 26 politische Flüchtlinge hatte die österreichische Botschaft in Santiago voriges Jahr abgewiesen,

Fortsetzung Seite 16

Von der ÖGB-Führung ist im Kampf gegen Lohnraub nichts zu erwarten

Arbeiter und Angestellte müssen den Lohnkampf selbständig führen

"Lohnforderungen schwindelerregend" - mit dieser Schlagzeile reagierte das Industriellenblatt "Die Presse" am 15.9. auf die ÖGB-Forderungen für die 600.000 Metall- und Chemiearbeiter und die Privatangestellten. Aus der Sicht der Arbeiter und Angestellten schaut die Sache anders aus. Schwindelerregend sind für sie die Preissteigerungen, Steuerauspressung und Arbeitshetze. Die ÖGB-Forderungen dagegen liegen weit unter dem, was Preissteigerungen und Steuerschraube von den Löhnen und Gehältern weggefressen haben.

Die Rechnung ist einfach: die Preissteigerungen drücken die Löhne Monat für Monat um mehr als einen Hunderter herunter. Das Statistische Zentralamt gibt an: die monatlichen Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Arbeiterfamilie sind im letzten Jahr im Schnitt um 1.891.- Schilling gestiegen! Und diese Zahl ist noch zu niedrig angesetzt.

Die ÖGB-Forderungen lauten dagegen: 16% Ist-Lohnerhöhung für die Metallarbeiter, 18% für die Chemiearbeiter und 17% für die Privatangestellten. Zu erwarten sind also bestenfalls Bruttolohnerhöhungen von 750.- bis 1.000.- Schilling monatlich. Ein Viertel davon verschwindet auch nach der "Steuerreform" im Finanzamt. Resultat: ein Reallohnverlust von 1.000.- Schilling bleibt für die meisten Arbeiter und Angestellten bestehen!

Die ÖGB-Führer rechtfertigen diese Lohnpolitik so: die Preissteigerungen dürfen nicht weiter angeheizt und die Arbeitsplätze nicht gefährdet werden. Die Gewerkschaften müssen deshalb in einer solchen Situation zurückstecken. Die "Wirtschaftskuh, die gemolken werden soll", darf man nicht umbringen.

In Wahrheit aber verhält es sich doch so: wer hier gemolken wird - das sind die Arbeiter und Angestellten. Das ist vor der Krise so und in der Krise noch mehr. Jeder Kapitalist versucht, möglichst hohe Preise aus dem Markt zu holen. Was er am Markt kriegen

Fortsetzung Seite 6

Offener Brief des Roten Schülerbundes und des Kommunistischen Bundes Wien an Direktor Klimpt (BRG XX., Unterbergg.)

Diesen offenen Brief haben der RSB und der KB an den Direktor des BRG XX., Klimpt geschickt. Klimpt hat die Veröffentlichung dieses Briefes abgelehnt.

Im Gymnasium in der Unterbergergasse spitzen sich die politischen Auseinandersetzungen immer mehr zu. Ihren ersten Höhepunkt fanden sie knapp vor Schulschluß, als für drei Schüler wegen politischer Betätigung eine Ausschlußkonferenz angesetzt wurde. Der KB Wien und seine Schülermassenorganisation, der RSB, haben daraufhin die Bevölkerung des 20. Bezirks über die Vorfälle aufgeklärt und zur Unterstützung dieser Schüler aufgerufen. Klimpt und die Schulbürokratie entfachten daraufhin eine Hetzkampagne gegen den KB Wien und den RSB, die gegenwärtig mit dem Vorwurf einer angeblichen Bombendrohung ihren Höhepunkt erreicht hat.

Offener Brief Seite 18



Kundgebung des KB Wien und des RSB zu Unterberg

Ford, Rockefeller:

Das Großkapital ist zufrieden



Der größte Geldsack:

Er ist unbestechlich

Die vielzitierte "Selbstreinigung der amerikanischen Demokratie" ist vor allem ein Erfolg für das amerikanische Großkapital, das in den meisten Fällen seine Macht nicht so direkt, sondern indirekt über Beamtenbestechung und Politikerkauf ausübt. Umgangsformen, wie sie in einer Spielhölle herrschen (Nixon-Ära), sind zur Zeit nicht gefragt, in Kurs gekommen sind die Umgangsformen der nobleren Leute wie Ford und Rockefeller. Die USA sollen nun regiert werden wie eine Aktiengesellschaft, in deren Aufsichtsrat (=Regierung) es keine Korruption gibt, weil die dort sitzenden Vertreter direkte Eigentümer eines beträchtlichen Teils des verwalteten Kapitals sind. Rockefeller wird auf 300 Millionen Dollar geschätzt, über die drittgrößte Bank der Welt (Chase Manhattan Bank) dirigiert sein Bruder David eines der größten Imperien des amerikanischen Finanzkapitals. Der Vizepräsident der USA ist tatsächlich unbestechlich! er ist so reich, daß niemand das Geld aufbringen könnte, ihn zu kaufen.

Weitere Bauernproteste

So wie in Belgien (Bild) fanden in allen neun Ländern der "Europäischen Gemeinschaft" massive Demonstrationen der Bauern anläßlich des Zusammentreffens der EWG-Landwirtschaftsminister statt. Die Landwirte fordern eine ausreichende Anhebung der Agrarpreise in der EWG.
Viele Bauern begannen ihre Produkte in den letzten Wochen direkt an die Konsumenten zu verkaufen, um zu zeigen, daß nicht die Bauern die Preissteigerungen der Nahrungsmittel verursachen, sondern der Zwischenhandel und das ganze kapitalsitische Profitsystem. Während z.B. in Deutschland die Ankaufspreise für Agrarerzeugnisse seit 1962 um 13,7% stiegen, hat sich der Lebenshaltungsindex im gleichen Zeitraum um 55% erhöht.
G leichzeitig steigen die Preise für Landwirtschaftsmaschinen und industriell erzeugte Betriebsmittel ungeheuer.
Der Kampf der Kleinbauern gegen ihre zunehmende Verelendung ist gerecht. Die Arbeiterklasse muß diesen Kampf unterstützen und gleichzeitig den Kleinbauern zeigen, daß es der Kapitalismus selbst ist, der die Bauern zum Bankrott treibt. Die einzige Perspektive ist der gemeinsame Kampf mit der Arbeiterklasse für die Errichtung des Sozialismus.



Per Albin Hansson Siedlung:

Mieterkomitee nimmt Kampf gegen Heizkostenerhöhung auf

Seit bekannt ist, daß die Heizbetriebe Wien GesmbH eine Tariferhöhung um 40% beim Handelsministerium beantragt haben, ist die Empörung der betroffenen Mieter immer weiter gestiegen. Nicht genug, daß man sich noch jetzt mit Nachzahlungen vergangener Jahre herumschlagen , zum Teil sogar deswegen prozessieren muß, wird man jetzt noch mit einer Erhöhung bis zu 3000.-Schilling im Jahr belastet.

Diesen frechen Angriff auf die Lebenshaltung von Seiten der Gemeinde Wien, der Eigentümerin der Heizbetriebe, kann man sich einfach nicht gefallen lassen. Aufgrund einer Initiative der Stadtteilzelle des Kommunistischen Bundes Wien hat sich nun ein Mieterkomitee gebildet. Bei der ersten Zusammenkunft waren 23 Personen anwesend.

Dieses Komitee ist der Zusammenschluß aller, die sich aktiv gegen die Heizkostenerhöhung einsetzen wollen.
Seine Sitzungen werden öffentlich abgehalten. Es arbeitet auf der Grundlage der beiden Forderungen, die schon mehr als 1000 Mieter der Hanssson-Siedlung unterschrieben haben:

Sofortige Rücknahme des Antrags auf Heizkostenerhöhung!
Daß sich der verantwortliche Beamte den Mietern der Hanssonsiedlung zur Diskussion stellen muß!

In den Berichten der Teilnehmer über ihre eigenen Erfahrungen kam die freche volksfeindliche Politik der Gemeinde zum Ausdruck. Ein Mieter, der sich über die undurchschaubare Verrechnung Auskunft verschaffen wollte, erzählte, daß ihm tatsächlich die Länge der Rohrleitungen als Grund für die von Haus zu Haus, von Stock zu Stock verschiedenen Tarife angegeben wurde. Im 6. Stock kostet es dann eben etwas mehr! Wir müssen froh sein, daß wir für Gas,Wasser, Strom nicht auch in den oberen Stockwerken mehr zahlen müssen als im Parterre, weil dort ja auch die Rohrleitungen länger sind!
Ein anderer Mieter berichtete, daß einem auch bei nachweisbarer Nichtbenützung der Heizung, wenn die Ablesung Null ergibt, trotzdem nur 50 Prozent der im voraus geleisteten Zahlungen rückerstattet wird.
Bei der lebhaften Diskussion kam auch heraus, daß die Mieter überhaupt doppelt zur Kasse gebeten werden. Die Konstruktion der Rohrleitungen ist so durchdacht, daß sich bei den Zählern vor jedem Haus ein Wärmerückstau bildet. Auf diese Weise muß man für dieselbe Wärme, die der Zähler schon einmal registriert hat, beim tatsächlichen Verbrauch noch einmal zahlen.
Viele Mieter hatten sich geweigert, die ungeheuerlichen Nachzahlungen zu leisten, weil nach wie vor die Messung und Verrechnung der verbrauchten Wärme völlig undurchschaubar ist, die Meßgeräte nicht einmal eichbar sind! Aber sie haben natürlich die normalen Voraussetzungen geleistet. Daraufhin hat die Gemeinde eiligst erklärt,daß jeder, der die Vorauszahlung geleistet hat, mit seiner Zahlung auch alle früheren Forderungen nach Nachzahlung in der vollen Höhe als richtig anerkennt. Ein feiner Trick bürgerlicher Rechtsdreherei!

Was hat nun diese Zusammenkunft gebracht?
Allen Teilnehmern war klar, daß die Initiative aus dem Jahr 1971 gegen die Nachzahlungsforderungen gescheitert ist und daß es keinen Sinn hat, auf die Unterstützung durch bürgerliche Parteien oder auf die Gerechtigkeit bürgerlicher Gerichte zu vertrauen. Als Ziel wurde eine machtvolle Demonstration aller betroffenen Mieter ins Auge gefaßt, als notwendiger Schritt dazu eine große Versammlung in der Siedlung.
Alle Mitglieder des Mieterkomitees werden die Unterschriftensammlung bis zum nächsten Termin in 14 Tagen weiterführen und andere Mieter in die Arbeit des Komitees einbeziehen. Die Notwendigkeit, diese Initiative auch auf die anderen betroffenen Siedlungen in Floridsdorf und Kagran auszudehnen, wurde klar erkannt. Alle Möglichkeiten der Bewegung aus dem 71er Jahr sollen in den neuen Kampf einbezogen werden.
Wir werden uns auch auf dem Gebiet der Gemeindepolitik der Ausplünderung der Volksmassen entgegenstellen. Alle Mieter müssen jetzt ihr Komitee unterstützen, sich an seinen Arbeiten beteiligen! H.H.

Die Krise des Kapitals treibt auch die bürgerlichen Parteien in die Krise

Die zunehmende Krise des Kapitalismus wirkt notwendig auch auf die politischen Vertretungen des Kapitals, die bürgerlichen Parteien. Vor allem die SPÖ als Regierungspartei bekommt das zu spüren. Als große Reformpartei ist sie 1970 angetreten. Breite Teile des arbeitenden Volkes haben ihre Hoffnungen auf eine Verbesserung ihrer Lage in die SP-Regierung gesetzt. Mit schillernden Programmen und dem Versprechen auf "permanente Demokratisierung der Gesellschaft" konnte damals die SP diesen Drang des Volkes nach sozialen Reformen und Demokratie auf ihre Mühlen lenken. Die ÖVP wurde von der staatlichen Futterkrippe verdrängt und damit in eine schwere Krise gestürzt.

Aber der SP ging es nicht viel besser. Die Zerrüttung der kapitalistischen Profitwirtschaft schritt in ihrer Regierungszeit rasch voran. Die Entwicklung der Verhältnisse selbst zerriß die schöne Hülle ihrer Programme.



Die Lage der Arbeiterklasse wurde nicht besser, sondern schlechter. Der immer schärfere Konkurrenzkampf der Kapitalisten wird auf ihrem Rücken ausgetragen. Die Preise schnellen hinauf, die Reallöhne sinken. Die Arbeitshetze in den Betrieben steigt. Die Fälle von Kurzarbeit und Entlassungen nehmen zu. Das Wohnungselend nimmt trotz aller Reformgesetze immer schärfere Formen an. Die Gesundheitsversorgung verschlechtert sich für die arbeitenden Menschen laufend. Gleichzeitig nimmt die Steuerauspressung durch den bürgerlichen Staat trotz drei Steuerreformen zu. Auch andere Reformprojekte der SP-Regierung erfüllen die Hoffnungen der arbeitenden Menschen nicht. Die Reform des Arbeitsrechts bringt statt einer Stärkung der Arbeiter für die Arbeiter selbst und ihre betrieblichen Vertreter weitere Knebel. Die Reform des §144 befreit die werktätigen Frauen nicht von der staatlichen Bevormundung und läßt die sozialen Verhältnisse unverändert, die sie zur Abtreibung zwingen. So zerplatzten die großen Reformversprechen eines nach dem anderen wie Seifenblasen. Das von der SP versprochene "moderne Österreich" zeigt sich vor den Augen aller Werktätigen immer deutlicher als ein Österreich der verschärften kapitalistischen Ausbeutung, des wachsenden sozialen Elends und der Knebelung der Volksmassen.

Wo die Verhältnisse eine so deutliche Sprache sprechen, muß auch die SP notgedrungen auf die Rolle der großen Reformpartei verzichten. Immer offener sprechen Kreisky & Co davon, die angespannte Lage der Wirtschaft erlaube für die nächste Zukunft keine kostspieligen Reformen mehr. Die großen Programme sind vergessen, sie können niemanden mehr täuschen. *"Die Programm-Masche haben wir vor 1970 gehabt, das ist abgespielt"*, stellt die SP-Zentrale mit zynischer Offenheit fest (Kronenzeitung vom 22.9.). Was bleibt, ist das Programm aller bürgerlichen Parteien: Die Krise des Kapitals muß auf die Arbeiterklasse und das Volk abgeladen werden.

Die arbeitenden Menschen beginnen ihre Lehren aus den Erfahrungen mit der SP zu ziehen. Das Vertrauen zur SPÖ und ihren Führern schwindet. Das hat seinen Ausdruck darin gefunden, daß sie immer öfter ihre Interessen selbst in die Hand nehmen. Das hat seinen Ausdruck aber auch in mehreren lokalen Wahlen und Volksabstimmungen gefunden. Auch in den Reihen der Parteimitglieder wächst die Unzufriedenheit. Der Parteiapparat ist angeschlagen. Angesichts der Entwicklung der Verhältnisse zeigen die 70.000 SP-Vertrauensmänner *"eine abnehmende Bereitschaft, sich für die Partei in Gesprächen und Diskussionen in die Bresche zu werfen, als 'Meinungsführer' zu wirken"*, klagte der SP-Wahlmanager Brantl am 22. SP-Parteitag Anfang dieses Jahres. Der SP-Parteitheoretiker Leser spricht offen davon, daß *"der Vertrauensmännerapparat in seiner jetzigen Stärke und Zusammensetzung nur durch Ausnutzung aller Patronagemöglichkeiten aufrechterhalten werden kann."* (Leser am 22.Parteitag). Patronage - das sind die kleinen Brocken, die vom Tisch der Macht abfallen für die kleinen Funktionäre und Wasserträger der Regierungspartei: Die Gemeindewohnungen, die kleinen Geschäfte und Bevorzugungen, das Netz von Protektion und Gefälligkeiten, mit dem das Fußvolk des Parteistabs bei der Stange gehalten wird.

"Vorwahlen" in der Steiermark

108.000 Menschen haben sich Anfang September in der Steiermark an den "Vorwahlen" der SPÖ und ÖVP für die steirischen Landtagswahlen im Oktober beteiligt. Sie waren von der Versprechung der beiden Parteien angelockt worden, sie könnten als Parteimitglieder - bei den ÖVP-Vorwahlen sogar als Nichtparteimitglieder - Einfluß auf die Kandidatenlisten für die Landtagswahlen nehmen. In Wahrheit war es damit schlecht bestellt, wenn es auch Unterschiede zwischen den beiden Vorwahlsystemen gab. Was ihnen gemeinsam war, stellten sogar die bürgerlichen Zeitungen bloß: *"Die beiden Systeme haben nur einen Nachteil: Es ist unwahrscheinlich, daß sie sich auf die Kandidatenaufstellung auswirken. Damit aber werden die ganzen Vorwahlen zu einer großen Illusion, zu einem Propagandaluftballon, in dessen Schatten sich die Parteispitze nach wie vor ausmachen kann, wer auf die Listen für den Landtag kommt."* (Kronenzeitung vom 23.8.).

So hatte etwa die steirische SPÖ ihre Mitglieder aufgefordert, mißliebige Kandidaten aus dem Wahlvorschlag der Parteigremien zu streichen. Gleichzeitig legte sie fest, daß nur Kandidaten ausscheiden würden, die von mehr als 50% aller steirischen Parteimitglieder gestrichen würden. Da eine Vorwahlbeteiligung von 20%, höchstens aber 30% erwartet wurde, brauchte also kein Kandidat um seinen Platz auf der Liste zu zittern. Der Erfinder dieses Systems, SP-Kandidat GMOSER, meinte dazu verschämt: *"Wir haben uns die Sicherheitslatte sehr hoch gelegt."* (Kurier vom 29.8.). Es stellte sich heraus, daß sie doch ein bißchen zu hoch gelegt war: angesichts der Aussichtslosigkeit, irgendeinen Effekt zu erzielen, verzichtete der Großteil der SP-Mitglieder auf die Teilnahme an den "Vorwahlen" ihrer Partei; nur 12% der Mitglieder schickte den Wahlvorschlag mit Streichungen ein. 864 SP-Mitglieder ließen es sich allerdings nicht nehmen, ihre Teilnahme gleich zur Streichung des Vaters der SP-Vorwahlen, GMOSER, zu benutzen.

Zum Vorwahltag der ÖVP kamen weit mehr, nämlich fast 100.000 Menschen, darunter 60% der steirischen VP-Mitglieder, in die Wahllokale. Sie konnten jene Kandidaten aus dem Parteivorschlag, die sie für besonders geeignet hielten, ankreuzen sowie einen Namen neu hinzufügen. Zwei der am häufigsten genannten neuen Kandidaten werden in die endgültige Kandidatenliste aufgenommen. Die Einflußmöglichkeiten und damit auch die Vorwahlbeteiligung waren hier also zwar größer, die praktischen Auswirkungen jedoch ebenfalls verschwindend gering. So konnte auch das Industriellen-Organ "Presse" am 10.9. beruhigt melden: *"Umgebracht wurde niemand."*

Die "Vorwahlen" in der Steiermark waren nicht der erste Versuch in dieser Richtung: Schon seit vier Jahren erprobt die ÖVP in verschiedenen Bundesländern Vorwahlmodelle. In der Zwischenzeit haben auch SPÖ und FPÖ diesen Gedanken aufgegriffen, und es wird schon vom Ausbau des Vorwahlsystems und seiner Anwendung bei den Nationalratswahlen gesprochen. SP-GMOSER hofft sogar, es würden in Zukunft *"die Vorwahlen durch Gesetz für alle Parteien vorgeschrieben werden."* (Kurier vom 29.8.)

G.St.

Die Anzeichen des Niederganges der Partei haben naturgemäß die Spannungen in der SPÖ erhöht. Wie der Platz am staatlichen Futtertrog zu verteidigen sei, und wer Anspruch auf den besten Platz habe - das ist der Gegenstand dieser Auseinandersetzungen im Parteiapparat. Slavik und Sima sind ihnen zuletzt zum Opfer gefallen. Die nächsten Köpfe werden in der Spitze der oberösterreichischen SP rollen.

Die bürgerlichen Oppositionsparteien sind vorläufig die natürlichen Nutznießer dieser Krise der SP. Nicht weil sie eine Antwort zur Besserung der Lage des Volkes anzubieten hätten, sondern weil das Volk heute oft noch keinen anderen Ausweg sieht, als der SP mit dem Stimmzettel eine Abfuhr zu erteilen. Als glaubwürdige Alternative zur SPÖ konnte sich aber noch keine der anderen bürgerlichen Parteien profilieren. Das schürt die Krise auch in ihren Reihen. Die Unsicherheit, ob ihr der Sprung zurück auf die Regierungsbank gelingen wird, und zeitweise Rückschläge verschärfen den innerparteilichen Kampf der ÖVP. Der offene Krach bei der Ausbootung Withalms als Präsidentschaftskandidaten, und die ständigen Auseinandersetzungen in der Parteiführung sind die deutlichsten Zeichen für ihre Krise. Die FPÖ umschleicht die beiden Großparteien wie ein Leichenfledderer und hofft, deren Schwäche zum Sprung in eine Regierungskoalition nutzen zu können. Aber gerade diese Perspektive bringt neue Gegensätze in ihren Reihen ans Tageslicht und macht sie vor den Massen noch unglaubwürdiger. Auch der revisionistischen KPÖ ist es noch nicht gelungen, zum Auffangbecken für die Menschen zu werden, die sich von der SP abwenden. Ihre Antworten auf die Krise des Kapitalismus zeigen den Massen keine echte Perspektive und ihr Verrat am Sozialismus tritt ihren Mitgliedern immer deutlicher vor Augen.

DIE BÜRGERLICHEN PARTEIEN SIND FEINDE DES VOLKES, MÜSSEN SICH ABER AUFS VOLK ZU STÜTZEN VERSUCHEN

Die bevorstehenden Nationalratswahlen zwingen die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP zu fieberhaften Anstrengungen, ihre Krise zu überbrücken. Die Wurzel ihrer Krise, die Krise des kapitalistischen Systems können sie nicht bekämpfen. Denn aus dieser Krise gibt es nur einen Ausweg: den Klassenkampf für die Beseitigung des Kapitalismus und für den Sieg des Sozialismus. Für die SPÖ und ÖVP ist das kein Ausweg. Sie selbst sind ja Vertreter und Verfechter des kapitalistischen Systems und werden dafür von der Kapitalistenklasse ausgehalten. Ihr Ziel ist es gerade, die Arbeiterklasse und das Volk von diesem Ausweg abzuhalten. Für ihre eigene Krise müssen sie andere Auswege suchen.

Ihre Lage ist dabei schwierig. Den Arbeitern und dem Volk haben sie nicht viel mehr zu bieten als das Verpsrechen, daß unter ihrer Regierung die Lage nicht viel schlechter werden würde als heute. Daß es mit dem Kapitalismus bergab geht, können sie vor den Arbeitern nicht verbergen, denn die vor allem bekommen es zu spüren. Und daß sich an diesem Prinzip nichts ändert, dafür treten beide Parteien ziemlich offen ein: beide sind sich darin einig, daß die arbeitenden Menschen sich in der Krise einzuschränken haben, damit die kapitalistische Wirtschaft sich behaupten kann. Vor der immer rascheren Zerrüttung des kapitalistischen Systems und deren Auswirkungen stehen sie ratlos. Ihr eigenes Rezept ist sparen auf Kosten des Volkes und als Sparmeister hoffen sie, vom Volk auf die Regierungsbank gesetzt zu werden.

Beide Parteien müssen sich also ans Volk wenden und ihm den Stimmzettel für ihre volksfeindliche Politik abringen. Diese Begleiterscheinung der parlamentarischen Herrschaft der Bourgeoisie ist deren Vertretern vor allem in Krisenzeiten sehr lästig. So klagte kürzlich der westdeutsche Bankier Ponto beim Europäischen Forum Alpbach in Tirol vor der versammelten österreichischen Kapitalistenprominenz darüber "daß unsere europäischen Demokratien zwar unterschiedlich strukturiert sind, aber gemeinsam an der Schwäche tragen, sich durch den Rhythmus der Wahlentscheidungen des Wohlwollens der Wähler versichern müssen." Trotzdem nimmt die Bourgeoisie diesen Nachteil für gewöhnlich in Kauf, weil er mit einem gewichtigen Vorteil verbunden ist: ihre politischen Vertreter können in den Jahren zwischen den Wahltagen im Namen des Volkes ihre volksfeindlichen Geschäfte besorgen. Das Volk hat nur das Recht, alle paar Jahre darüber zu entscheiden, "welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll." (Marx) Zwischen den Wahlen soll das Volk stillhalten und es den bürgerlichen Parteien und Politikern überlassen, über alle seine Lebensfragen zu entscheiden. Die gewählten Volksvertreter sind ihm nicht verantwortlich, sondern nur ihrem Gewissen - und dieses Gewissen zu kaufen, ist den Kapitalisten ein Leichtes. Doch beginnt das Volk auch die Tauglichkeit dieses ganzen Systems anzuzweifeln.

DIE VORWAHLEN SIND DER VERSUCH VON SPÖ UND ÖVP, DEN DRANG DER VOLKSMASSEN NACH VERÄNDERUNG UND DEMOKRATIE WIEDER AUF IHRE MÜHLEN ZU LENKEN

Das Volk beginnt die Verhältnisse in Frage zu stellen. Der Wunsch nach Veränderung verstärkt sich. Die Massen wenden sich immer mehr von den bürgerlichen Parteien ab. In selbständigen Kämpfen im Betrieb und im Wohnviertel beginnen sie, ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen.

Den bürgerlichen Parteien ist diese Entwicklung und der Wunsch nach Veränderung ein Greuel. Sie wissen, daß er sich rasch gegen sie selbst wenden kann und gegen das, was sie verteidigen: das kapitalistische Privateigentum, die darauf aufbauende Ausbeutung der Arbeiterklasse und den bürgerlichen Staat als Garanten der Ausbeuterordnung.

Deshalb suchen sie einen Weg, der Unzufriedenheit der Massen im Rahmen der bürgerlichen Parteien selbst ein Ventil zu schaffen. Vom Gedanken der Untauglichkeit des ganzen Systems sollen die arbeitenden Menschen abgelenkt und auf den Gedanken der Untauglichkeit einzelner Parteipolitiker zurückgelenkt werden. Die "Demokratisierung" von SPÖ und ÖVP soll ihnen Gelegenheit geben, einzelnen Repräsentanten ihrer Partei einen "Denkzettel" zu geben. Das kann für einzelne Parteibonzen unangenehm werden. Der SPÖ und ÖVP ist das aber immer noch lieber, als daß die Massen sich überhaupt von ihnen abwenden.

Wie vorsichtig SPÖ und ÖVP bei ihrer "Demokratisierung" vorgehen, haben die steirischen "Vorwahlen" gezeigt. Das Modell der SPÖ war zu plump und hat deshalb auch seinen Zweck nicht erfüllt. Die nächsten, bundesweiten "Vorwahlen" werden zweifellos besser geeignet sein, Illusionen über die Einflußmöglichkeiten in den Parteien zu wecken.

Demokratie in SPÖ und ÖVP werden sie nicht bringen. Denn in den bürgerlichen Parteien kann es keine Demokratie geben.

Das hat folgenden Grund: die Kapitalisten sind unter den Parteimitgliedern zwar in der Minderzahl, aber sie finanzieren die Parteien und ihren Führungsstab. Die Parteifunktionäre sind durch tausenderlei Privilegien und Vorteile mit dem bürgerlichen System verbunden. Deshalb herrscht in

»Provokation« in der Fußgängerzone



Wenige Tage, nachdem Polizei gegen einen gitarrespielenden Studenten in der Fußgängerzone im 1. Bezirk vorgegangen war - wobei es zu berechtigten lautstarken Protesten der Bevölkerung gekommen war -, versammelten sich 25 Musiker in der Kärntner Straße und spielten für die Bevölkerung. Damit wollten sie auch demonstrieren, daß das Volk seine Unterhaltung nicht von Genehmigungen der Gemeinde abhängig machen will. Dieser spontanen Willensäußerung wagte die Polizei auch nicht offen entgegenzutreten. Staatspolizei (!) in Zivil mischte sich allerdings unter die Zuhörenden, um jederzeit "eingreifen" zu können. Die Gemeinde und die "AZ" halten natürlich nicht viel von derlei Unterhaltung: sie bezeichneten sie als "schlichte Provokation, auf die die Polizei natürlich nicht reagierte, um peinliche Situationen zu vermeiden". Im Rathaus überlegt man inzwischen angestrengt, wie man solche "Provokationen" in Zukunft vermeidet: man will Plätze in Wien schaffen, die eine "permanente Ausnahmegenehmigung" für "unangemeldete Veranstaltungen" bekommen sollen. Die Bevölkerung aber wird sich immer weniger in ihre Freizeitgestaltung dreinreden lassen und jeden Eingriff der Gemeindebonzen energisch zurückweisen.



Die Heuchelei der bürgerlichen Presse und Politiker: nicht Kreisky wird den "Gürtel enger schnallen" - sondern das Volk soll auf diese Linie gebracht werden

diesen Parteien der Wille des Kapitals mehr oder weniger verbrämt durch soziale Phrasen und "hohe Ideale". Diese Ideale sind für die breite Mehrheit der Parteimitglieder gedacht, die dem arbeitenden Volk angehören. Sie sind der Kitt, der sie an die bürgerliche Politik fesseln soll. Diese Politik ist aber den Interessen dieser Mitglieder genauso feindlich wie dem ganzen Volk. Die Entwicklung der Verhältnisse selbst stößt sie notwendig immer wieder auf diesen Widerspruch. Deshalb muß verhindert werden, daß sie Einfluß auf die Parteipolitik gewinnen können. Das ist nur möglich durch die Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie. Daß die bürgerlichen Parteien eine volksfeindliche Politik verfolgen, ihre Mitglieder aber in der Mehrheit aus dem Volk stammen - das ist der Grund für die Unmöglichkeit, die bürgerlichen Parteien wirklich zu demokratisieren. Daß die bürgerlichen Parteien aber ihre Anhänger im Volk brauchen und an sich binden müssen - das ist der Grund für die Versuche, ihnen eine "Demokratisierung"vorzugaukeln.

ZUR ÄNDERUNG DER VERHÄLTNISSE BRAUCHEN DIE ARBEITERKLASSE UND DAS VOLK KEINE "DEMOKRATISCHEN PARTEIEN" DES KAPITALS, SONDERN DIE SELBSTÄNDIGE PARTEI DER ARBEITERKLASSE

Die SPÖ und ÖVP haben in der Steiermark viele Menschen mit dem "Vorwahl"schwindel ködern können. Ihre Krise werden sie damit nicht überwinden können. Denn wie für das Volk überhaupt war und ist für diese Wähler die Demokratie kein Selbstzweck sondern ein Mittel zur Erreichung eines Ziels. Dieses Ziel ist heute für immer mehr arbeitende Menschen die Veränderung der Verhältnisse zugunsten des Volkes. Die Tatsachen werden rasch ans Tageslicht bringen, daß die "Demokratisierung" der bürgerlichen Parteien ein untaugliches Mittel zur Erreichung dieses Ziels ist. Die Verschlechterung der Lebenshaltung wird dadurch nicht aufgehalten. Die Arbeitshetze in den Betrieben wird dadurch nicht geringer. Das Wohnungselend wird dadurch nicht behoben. Kein einziges der brennenden Probleme der arbeitenden Menschen wird dadurch gelöst.

Deshalb wird es den bürgerlichen Parteien auch nicht gelingen, mit ihrer "Demokratisierung" die Loslösung der Massen von ihrer Politk zu verhindern. All diese Probleme können nur im Kampf gegen diese Politik des Kapitals gelöst werden, im Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter und ihren Staat. Um diesen Kampf erfolgreich führen zu können, müssen und werden die Arbeiter mit den bürgerlichen Parteien und ihrer Politik brechen. Im selbständigen Kampf gegen Lohnraub und Arbeitshetze, gegen Steuerausplünderung und Schikanierung werden sie die Kräfte sammeln und die neue kommunistische Kampfpartei aufbauen, die sie brauchen, um die Wurzel des sozialen Elends und der Unterdrückung der Volksmassen in unserer Gesellschaft auszureißen: die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf der Grundlage des kapitalistischen Privateigentums. *G.St.*

12. Parteitag der FPÖ - "Demokratie und Parteien eine Schiksalsgemeinschaft"

Am 16. September bekräftigte der Obmann der FPÖ, Peter, die Forderung seiner Partei nach verfassungsrechtlicher Verankerung der Parteien und des Rechts auf freie Bildung politischer Parteien. Für die FPÖ geht es darum, daß sie als einzige der bürgerlichen Parteien dem Vereinsgesetz und allen Einschränkungen, die es auch für bürgerliche Politiker bringt, unterliegt. Gleichzeitig bekräftigte Peter den Wunsch, an einer Regierung teilzunehmen. Das ist verständlich: der Wunsch, an die größten Futtertröge des bürgerlichen Staates heranzukommen und auf dem Rücken des arbeitenden Volkes herumtrampeln zu können, vereint alle bürgerlichen Politiker. Die Tatsache, daß die FPÖ gerade jetzt unverhohlen dem Meistbietenden ihre Stimmen im Parlament zum Tausch gegen Ministersessel offeriert, zeigt darüber hin aus zwei Dinge.

Erstens, daß die FPÖ versucht, aus der politischen Krise Kapital zu schlagen, in der sich sowohl die SPÖ als auch die ÖVP befinden, weil sie annimmt daß keine von ihnen bei den nächsten Wahlen die absolute Mehrheit im Nationalrat erhält. Zweitens, daß die politische Krise der bürgerlichen Parteien auch in der FPÖ herrscht. Sie muß fürchten, zwischen den Mühlsteinen SPÖ und ÖVP zermahlen zu werden, wenn sie ihre Bedeutung im bürgerlichen Staat nicht endlich vergrößern kann.

Im Zusammenhang mit diesem Anbiedern an die großen bürgerlichen Parteien steht auch die FPÖ-Forderung nach der verfassungsrechtlichen Verankerung der Parteien. Um als gleichberechtigter und vollwertiger Regierungspartener auftreten zu können, möchte sie nur zu gern den Makel des "Vereins" abstreifen. Die Begründung, die Peter auf dem FPÖ-Perteitag für diese Forderung lieferte, zeigt deutlich, daß es ihm und seiner Partei nicht um die "liberale Demokratie" geht, von der sie so gern schwätzen. Man müsse die staatstragende Rolle der Parteien berücksichtigen, meinte Peter, sowie die Tatsache, daß "Demokratie und Parteien heute mehr denn je eine Schicksalsgemeinschaft bilden."Das ist nichts anderes als die Tatsache, daß in der bürgerlichen Demokratie das Volk nichts, die Bourgeoisie und ihre Politiker alles zu bestimmen haben.

Dem entspricht auch die Vorstellung Peters, ein eigenes Bundesgesetz müsse regeln, was eine Partei ist, welche Stellung sie habe und welche Aufgaben ihr zukämen und schließlich ihre "öffentliche Rechenschaftslegung" vorschreiben. Damit tritt die FPÖ in die Fußstapfen der großen bürgerlichen Parteien und ihrer Bestrebungen, unter dem Titel "Demokratisierung der Parteien" zu verschleiern, daß die bürgerliche Politik immer deutlicher in Widerspruch zu den Interessen des Volkes gerät, die bürgerlichen Politiker aber des Volkes bedürfen, um nach dem Willen der Bourgeoisie schalten und walten zu können.

DIE FORDERUNGEN DER KOMMUNISTEN

Im Gegensatz dazu fordern die Kommunisten das Recht auf freie politische Betätigung, weil die Arbeiterklasse und das Volk dieses Recht brauchen, um ihre Interessen durchsetzen zu können. Sie fordern, daß der politische Zusammenschluß der Arbeiterklasse und des Volks frei von jeder Einmischung, Bevormundung und Schikane des bürgerlichen Staates erfolgen soll. Das Vereinsgesetz gibt der Polizeibehörde die Möglichkeit, politische Organisationen und alle Parteien außer denen, die den Staatsvertrag unterzeichnet haben (SPÖ,ÖVP und KPÖ) durch Auflagen zu schikanieren und zu behindern, sie offiziell zu bespitzeln, den Rahmen ihrer Statuten einzuengen und sie nach Belieben ohne Gerichtsverfahren aufzulösen. Die Kommunisten wenden sich aber entschieden gegen jeden Versuch, dieses reaktionäre Gesetz durch ein neues zu ersetzen, das dem Volk mit dem Mund freie politische Betätigung zusichert und mit der Hand den Polizeiknüppel gegen die Organisationen der Arbeiterklasse und des Volkes schwingt. Nichts anderes ist der FPÖ-Vorschlag für ein Parteiengesetz, das die Kontrolle über politische Parteien den einen Organen des bürgerlichen Staates, den Polizeibehörden, nimmt, um sie den anderen, den Gerichten, zu übertragen. Wir treten für die vollständige Freiheit des politischen Zusammenschlusses, insbesondere für die Abschaffung des reaktionären Vereinsgesetzes ein!

H.W.

Fortsetzung von Seite 1
kann, das nimmt er - egal, ob er hohe oder niedrige Löhne zahlt. Wenn der Markt mit Waren überfüllt und kein "normaler" Profit mehr damit zu machen ist, schaltet er auf Kurzarbeit oder sperrt zu - egal, ob er hohe oder niedrige Löhne zahlt.
Auf beides hat der Arbeiter keinen Einfluß. Durch Lohnverzicht, wie ihn die ÖGB-Führer predigen, kann der Arbeiter weder die Preise aufhalten, noch seinen Arbeitsplatz sichern. Lohnverzicht verschlechtert nur weiter seine Lebenslage und bringt ihn bei Kurzarbeit oder Entlassung in eine noch schlechtere Ausgangssituation.
Diese Tatsachen treten nach zwei Jahren "Stabilitätspolitik" immer deutlicher hervor. Deshalb entbrennt heute auch in immer mehr Betrieben die Debatte über die Frage: was ist gegen den Lohnraub zu tun ? Die ÖGB-Führer fürchten diese Debatte, weil sie ihren Frieden mit den Kapitalisten stört. Wir Kommunisten aber meinen dazu: diese Debatte ist notwendig und muß verbreitert werden. Nur sie schafft Klarheit über die Interessen der Arbeiter und wie sie durchgesetzt werden können. Nur sie schafft die Voraussetzungen für die Einheit im Kampf in jedem Betrieb gegen Lohnraub und Arbeitshetze. Klarheit und Einheit sind aber die entscheidenden Bedingungen für den Erfolg im Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage der arbeitenden Menschen genauso wie gegen die Wurzel dieser Verschlechterung, die kapitalistische Ausbeuterordnung. G. St.

Tirol: Was ÖGB-Metallerboß Sekanina unter ausreichenden Abschlüssen versteht

Die Gewerkschaftsführer reisen derzeit durchs Land, um noch kurz vor den bevorstehenden Lohnraubabschlüssen die Gemüter der Arbeiter mit allerlei Geschwätz zu besänftigen und sie von selbständigen Aktionen gegen den neuerlichen Lohnabbau abzuhalten.

Ein gutes Beispiel für die Praxis dieser Herrschaften lieferte der ÖGB-Metallerboß Sekanina auf der Betriebsversammlung in den Tiroler Röhren und Metallwerken, nachdem er eine halbe Stunde lang über die großartigen "Erfolge der Gewerkschaftspolitik" seit 1973 (z.B. die Lohnsteuerreform) geschwafelt hatte, kam er letzten Endes doch noch kurz auf die anstehenden Kollektivvertragsverhandlungen zu sprechen. Viele Kollegen waren eh nur deshalb hingegangen, weil sie hören wollten, wie sich der Sekanina das mit den 12% wirklich vorstellt. Aber der hohe Herr enttäuschte auf allen Linien. "Leider" können er uns nichts sagen und zwar aus zwei Gründen.
Erstens gäbe es in der Gewerkschaft eine innergewerkschaftliche Demokratie, und die erlaube es ihm nicht, als "Einzelperson" irgendwelche Angaben über die Höhe der Forderungen bekanntzugeben. Wie ja jeder wisse, sei dafür ein "demokratisch gewähltes Gremium" von Betriebsräten zuständig und dem wolle und dürfe er nicht vorgreifen.
Und zweitens könne er deshalb nichts verraten, weil das die "Position der Gewerkschaft gegenüber den Unternehmern schwächen würde".
Das einzige, was er sagen dürfe, daß die Abschlüsse auf jeden Fall "ausreichend" sein werden.

So sehen also die Vorstellungen der Gewerkschaftsführung von innergewerkschaftlicher Demokratie und vom Vorgehen bei Kollektivvertragsverhandlungen aus. Deutlicher hätte Kollege Sekanina gar nicht mehr zum Ausdruck bringen können, auf welcher Seite der Klassenfronten er sich herumtreibt. Aber damit nicht genug: als ein kommunistischer Arbeiter die Vorstellungen der Kommunisten zu den Fragen der innergewerkschaftlichen Demokratie erläuterte, ließ er die Maske des "Arbeitervertreters" vollkommen fallen und erklärte, daß ja eh jeder wisse, daß der Kollege ein Kommunist sei und von denen könne man sich natürlich nichts wirklich "demokratisches" erwarten; er sei auf jeden Fall stolz auf "unser demokratisches Gesellschaftssystem" und die "Gewerkschaft werde dieses System gegen alle verteidigen, die es angreifen werden", und im übrigen kenne "man" ja die Ideologie der Kommunisten.
Da kann man nur sagen: leider kennen noch viel zu wenig Arbeiter die Vorstellungen der Kommunisten, denn sonst würden solche Arbeiterverräter samt ihrer "innergewerkschaftlichen Demokratie" längst auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet sein.

g.sch./Betriebskollektiv TRM
KB Tirol

Wie sich die Kollektivverträge in einem Kleinbetrieb auswirken

Bei der Firma Just in Heiligenstadt werden fahrbare Leitern aus Holz und Aluminium erzeugt. Gibt es eine kollektivvertragliche Lohnerhöhung für Metallarbeiter, meint dazu der Herr Chef: "Meine Herrn, es ist ein Mißverständnis, wenn Ihr mehr Lohn wollt. Der Kollektivvertrag ist für Metallarbeiter. Wir sind ein holzverarbeitender Betrieb." Als für die Holzarbeiter der Kollektivvertrag erhöht wurde, bezeichnete der Chef den Betrieb wiederum als Metallbetrieb. Es gibt natürlich manchmal Erhöhungen. Diese bezahlt der Chef je nach dem wie er den Arbeiter mag, aus. Jeder ist so auf Gedeih und Verderben auf seine "Freundschaft" angewiesen. Deshalb traut sich auch kein Kollege, Gewerkschaftsmitglied zu werden. Auch gibt es keinen Betriebsrat. R.

Diskussion in einer Druckerei über den Kollektivvertragsabschluß

In einer überraschend einberufenen Abteilungsbesprechung informierte uns der Betriebsrat über die Kollektivvertragsabschlüsse für die Beschäftigten des Graphischen Gewerbes. Unter den Kollegen herrschte ein reges Interesse, denn schon seit langem gab es Gerüchte über geplante oder bereits laufende Lohnverhandlungen. Vor allem der Abteilungsleiter sorgte für Gerüchte: "Vor den KV-Abschlüssen gibt es keine "innerbetriebliche"".
Die Kollegen waren nun sehr bestürzt, als sie vom Betriebsratsobmann hören mussten, daß die Lohnverhandlungen, auf die sie so gehofft hatten, ihnen nicht mehr als 14% brutto auf den KV-Mindestlohn gebracht hatten. Der Betriebsratsobmann versuchte sein Image als "konsequenter Arbeitervertreter" zu wahren, indem er sagte: "Wir haben in der Gewerkschaft seit Wochen gesagt, daß die Forderung zu niedrig ist - aber auf uns hat eben keiner gehört...".
Die momentane Stille, die durch die Überraschung über den unverschämt niedrigen KV-Abschluß ausgelöst wurde, nütze er, um mit der abschließenden Bemerkung "Gibts noch irgendwelche Fragen ?" die Abteilung zu verlassen. Schön langsam gewannen jedoch die Kollegen die Sprache wieder und es entstand sofort eine Diskussionsgruppe. Es wurde nachgerechnet, wie die materielle Lage nun wirklich aussieht. Ein Kollege sagte: "Im 73er Jahr haben wir 18% brutto auf den KV bekommen, und von dem, was wir damals wirklich auf die Hand bekommen haben, wurde nicht einmal die vorangegangene Teuerung ausgeglichen. Doch heuer ist die Teuerung um die Hälfte höher als im Vorjahr und die Lohnerhöhung ist niedriger, als vor einem Jahr ! Wie soll ich jetzt mein Geld einteilen, damit ich mir annähernd dasselbe leisten kann, wie vor einem Jahr ?".
Ein anderer meinte: "Wenn Jahr für Jahr die Lohnerhöhungen weniger bringen, als für die Teuerung draufgeht, dann ist der Kollektivvertrag ein Vertrag, in dem festgelegt wird, daß der Lohn von Jahr zu Jahr sinkt."
Große Empörung herrschte auch über das Vorgehen des Betriebsratsobmanns. "Da sitzt er zwei Minuten von uns entfernt in seinem Zimmer, weiß seit Wochen von dem geplanten Lohnraubabschluß und findet es nicht der Mühe wert, uns zu informieren. Der hätte nur zu uns kommen müssen. Wir hätten ihm schon gesagt, wie hoch die Lohnerhöhung sein muß !"
Anhand der KV-Abschlüsse erkannten die Kollegen, daß es falsch ist, die Durchsetzung ihrer Interessen irgendwelchen Funktionären zu überlassen, daß es nötig ist, alles selbst in die Hand zu nehmen. Und die Diskussion darüber werden sie im ganzen Betrieb entfachen. N.M.

Kollege Benya!

"ICH HABE DAS GEFÜHL, DASS VIELE UNSERER ARBEITSKOLLEGEN GAR NICHT ALLES VERKRAFTEN KÖNNEN, WAS WIR FÜR SIE GESCHAFFEN HABEN." (ÖGB-Präsident Benya im "Kurier" vom 10.9.1974)

Sehr richtig, Kollege Benya, wir können das wirklich schön langsam nicht mehr verkraften, was ihr so alles für uns schafft:

- daß uns dank eurer vorbildlichen Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und der Regierung die Inflation mit voller Wucht trifft,
- daß heute der Lohn um ca. 1000.-S weniger wert ist, als am Jahresanfang,
- daß überall dort, wo die Arbeiter den Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen aufnahmen, ihnen die ÖGB-Führer in den Rücken fallen - ob im Kaltwalzwerk Judenburg, bei Böhler/Ybbstal oder bei Hukla/Wien!!

Ja das übersteigt jetzt bald unsere Kräfte!
Und deshalb wird es wohl das Beste sein, unsere Kräfte für andere Zwecke einzusetzen:
nämlich uns zusammenzuschließen, nur auf uns selbst zu verlassen und selbständig den Lohnkampf - auch gegen die bürgerlichen Machthaber im ÖGB - aufzunehmen.

Ob Sie, Kollege Benya, das dann allerdings verkraften können? H.Sch.

Sofortige Offenlegung der Pläne der Betriebsleitung

Zu den bekannten, miesen Arbeitsbedingungen wie Hitze, Lärm und ständige Akkordhetze ist bei SCHRACK noch etwas dazugekommen, was die Kollegen besonders beunruhigt: die ständigen Gerüchte um eine Verlegung der Produktion, um die Stillegung des Meidlinger Werkes. Die Vorboten dieser Veränderung für die Belegschaft sind ständige Versetzungen an andere Arbeitsplätze, wo man dann schlechteren Bedingungen ausgesetzt ist. Dadurch werden viele Kollegen gezwungen zu kündigen, was der Firmenleitung Entlassungen, die bei der Werksschließung notwendig wären, ersparen soll. Eine Kollegin, die schon 23 Jahre im Betrieb ist, erzählte von ihrer Kündigung:"Ich bin immer wieder versetzt worden, dauernd im Akkord, dauernd was anderes, so bin ich nie auf einen guten Lohn gekommen und hab mich wahnsinnig abrackern müssen. Jetzt kann ich nicht mehr." Sie ist jetzt gesundheitlich völlig fertig und in ärztlicher Behandlung und hofft woanders auf einen besseren Arbeitsplatz. Das tun viele, auch ältere Kollegen, denen es jetzt einfach zu bunt wird.Die anderen, die ihren Arbeitsplatz behalten wollen, schuften sich unheimlich ab, vor Angst, sie seien vielleicht die ersten, die gehen müssen, wenn die Produktion verlegt wird.

Daß sich die Schrack-Kapitalisten so als die Herren aufspielen können, haben sie einem Umstand zu verdanken: der Konkurrenz der Kollegen um den Arbeitsplatz. Mit ihren Rationalisierungen und Versetzungen spielen sie praktisch einen gegen den anderen aus. Dann sieht einer im anderen Kollegen den Feind, auf den man sich nicht verlassen kann, der einem in den Rücken fällt, wenn man gegen die Betriebsleitung auftritt. Jeder weiß, wie die Betriebsleitung das bewirkt: den einen bezahlt sie besser, der andere wird schikaniert bis er geht, Kollegen werden im Krankenstand gekündigt, versetzt, usw. Jeder ist eingeschüchtert und hofft, allein noch am ehesten seinen Arbeitsplatz halten zu können, wenn er nur tüchtig anzieht. Mit der Drohung des Arbeitsplatzverlustes erreichen die Schrack-Kapitalisten, daß die Arbeitsintensität - und damit der Profit - rasend steigt, ohne daß sie dafür mehr Lohn bieten müssen, zweitens die tiefe Spaltung zwischen den Kollegen, die diese daran hindert, für ihre Interessen einheitlich und selbständig einzutreten.
Wenn Schrack den Meidlinger Betrieb zusperrt, weil ihm die Produktion in den Bundesländern billiger kommt, so können die Arbeiter dagegen nichts tun. Aber auf die Auswirkungen, die diese Profitwirtschaft auf sie hat, können sie Einfluß nehmen.
Dazu muß sich die Belegschaft zunächst Klarheit über die Pläne der Betriebsleitung verschaffen. Man muß einfach wissen, ob und wann und wie zugesperrt wird. Das allein genügt aber sicher nicht, oft genug haben sich Versprechungen auf Betriebsversammlungen später als plumpe Lügen, als Verzögerungstaktik herausgestellt. Die Kollegen müssen klarstellen, daß sie keine Verschlechterung ihrer Arbeitssituation in Kauf nehmen werden. Die Klarheit über die Situation im Meidlinger Werk ist das wichtigste Mittel, um auf einer einheitlichen Basis auftreten zu können, um sich davor zu schützen, plötzlich unvorbereitet und ausgesaugt bis zum Letzten auf der Straße zu sitzen.
Der Betriebsrat weiß angeblich nicht, was Schrack mit dem Meidlinger Werk vorhat. Entweder lügt er also, oder die Belegschaft, die ihn zu ihrem Vertreter gewählt hat, ist ihm egal. In beiden Fällen kommt eine sehr schädliche politische Linie zum Ausdruck: Das Zurückweichen vor den Angriffen der Betriebsleitung.
Der Betriebsrat muß den Kollegen Rechenschaft ablegen, er muß ihre klaren Forderungen unterstützen:

SOFORTIGE OFFENLEGUNG DER PLÄNE DER BETRIEBSLEITUNG !

KEINERLEI VERSCHLECHTERUNG BEI VERSETZUNG AN EINEN ANDEREN ARBEITSPLATZ ! S.B.



Mayer-Gunthof und Kirchschläger - Kapital und Staatsapparat Hand in Hand

Die unheilige Familie

Die Industriellenvereinigung, die politische Zentrale der österreichischen Kapitalisten, feierte den 80.Geburtstag ihres Ehrenpräsidenten, des Oberkapitalisten Franz Josef Mayer-Gunthof. Natürlich wurde dieses Fest in der Zeitung der Industriellenvereinigung, "Die Presse", ausführlich gewürdigt:
"Man freute sich an der Vitalität und Klugheit des großen alten Mannes, der da gefeiert wurde ...".
Man freute sich auch "an der Tatsache, daß alle unter einem Dach saßen und nur freundliche Worte füreinander hatten."
Freundliche Worte fand auch Bundeskanzler Kreisky, der diesen Superkapitalisten einen "der großen Baumeister Österreichs" nannte. Seine Leistungen als Baumeister sind auch beachtlich: eine "blühende" Wirtschaft, die ihm ein Vermögen und uns allen eine Krise nach der anderen, eine ständige Verschlechterung unserer Lebenshaltung beschert.
Die ganze unheilige Familie war brav versammelt: die obersten Vertreter des bürgerlichen Staatsapparates, Kirchschläger und Kreisky, die die gesetzlichen Grundlagen der Ausbeuterordnung schaffen, der Krichenfürst König und die Spitzen der Gewerkschaftsführung.
"Die herzliche Athmosphäre war selbst dann noch spürbar, als Anton Benya erklärte, er komme direkt von der Überreichung des Forderungsprogramms der Metall-und Bergarbeiter."
Wir können keine Vertreter brauchen, die den Kapitalister "schmunzelnd von den Forderungen der arbeitenden Menschen berichten", und wir wollen auch nicht den Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten in familiäre Herzlichkeit verwandelt sehen! Wir brauchen unsere Gewerkschaften, aber klassenbewußt und kampfstark, um unsere Interessen gegen die Kapitalistenklasse durchzusetzen.

2 Korrespondenzen von Waagner-Biro

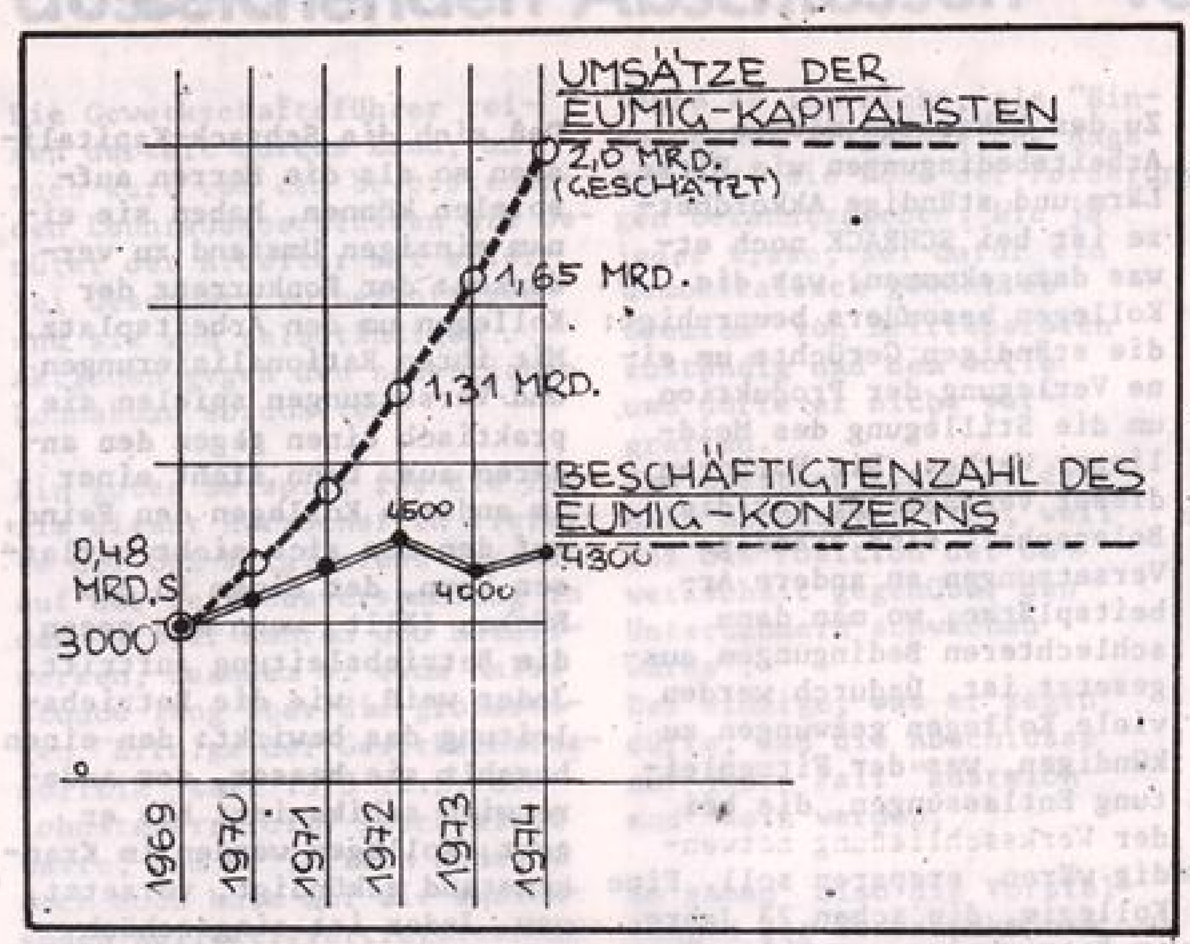
Seit das Entgeltfortzahlungsgesetz in Kraft ist, ist die Firmenleitung ängstlich um die Gesundheit der Belegschaft "besorgt". Während früher höchstens einmal im Monat kontrolliert wurde, ob die Kollegen die Sicherheitsvorschriften einhalten, taucht die Inspektion jetzt jede Woche mindestens einmal auf. Aber den Inspektoren geht es keinesfalls um die Gesundheit der Kollegen, sie suchen lediglich, wie ein Dedektivunternehmen, "Schlechtpunkte". Anhand einer Namensliste wird jeder Kollege kontrolliert. Trägt er keine Sicherheitsschuhe, keinen Augenschutz, wird hinter seinem Namen ein Minus eingetragen. Mehrere solcher Schlechtpunkte haben bei einem Unfall katastrophale Folgen. Mit dem Hinweis, daß der betreffende Kollege die Sicherheitsbestimmungen "regelmäßig" mißachtet habe, stellt sich die Firmenleitung auf den Standpunkt, daß "Selbstverschulden" vorliegt, auch dann, wenn zum Zeitpunkt des Unfalls alle Sicherheitsbestimmungen erfüllt waren. Eine solche Lage straft das ganze Geschwätz von der Verbesserung der Lage der Arbeiter im Unfall- oder Krankheitsfall tausendfach Lügen und beweist, daß hinter jeder "Sorge" der Kapitalisten um die Arbeitskraft ein Bündel von Fallstricken verborgen ist, um die Arbeiter immer mehr zu schikanieren und auszuplündern.

S.Z.

Kürzlich schickte die Firmenleitung einen Menschen aus der Gebäudeverwaltung zum A-Tor, um die Verteiler davon abzuhalten, nur einen Fußbreit Firmengelände zu betreten. Das Betreten des Firmengeländes ist z.T. notwendig, um auch den Autofahrern unsere Flugblätter geben zu können.
Die Genossin, die der Mann auf provokante Weise anschnauzte, wandte sich an die Kollegen: "Heute müssen Sie sich Ihr Flugblatt holen kommen, dieser Herr läßt mich nicht hinein". Viele Kollegen ergriffen offen für die Genossin Partei und fast alle holten sich das Flugblatt. Der Mensch von der Gebäudeverwaltung war völlig umsonst gekommen; er hatte nur erreicht, daß die Kollegen einen klareren Blick für die Methoden der Firmenleitung bekommen haben.

K.P.

Eumig - Werk Buchengasse : Betriebsratswahlen



123 Stimmen für einen Betriebsrat, der die Arbeiterinteressen vertritt.

Am 26. September fanden bei EUMIG Buchengasse die Betriebsratswahlen statt. Der fortschrittlichen Namensliste B war es dabei auf Anhieb gelungen, 123 Stimmen und damit 23% der gültig abgegebenen Stimmen und 2 Mandate zu erreichen. Das dritte wurde nur knapp, um eine Stimme, verfehlt.

Den anderen beiden Listen, der Liste der sozialistischen Gewerkschafter und einer Namensliste der "höheren"Angestellten, war es nicht mehr gelungen, so wie bisher mit leeren Versprechungen und "leichtem Druck" den Betriebsrat zu monopolisieren. Zu deutlich hatte sich gerade in der letzten Zeit für viele Kollegen der Charakter dieses Betriebsrates gezeigt. Die "gute Zusammenarbeit" mit den EUMIG-Kapitalisten und das "gemeinsame Interesse aller Eumigianer" das er immer wieder propagierte und auf das er so stolz ist, hat sich als schlecht und unbrauchbar für die Arbeiter und Angestellten heruasgestellt. Immer schärfere Arbeitshetze, Überstunden unter immer ungesunderen Bedingungen, ein Lohn, der Tag für Tag mehr hinter der Teuerung einherhinkte auf der einen Seite und gigantische Umsatzsteierungen und Profite auf der Seite der EUMIG-Kapitalisten Hauser & Vockenhuber, waren die Ergebnisse dieser Politik des Betriebsrates.

Unter all diesen Bedingungen ist es für immer größere Teile der Belegschaft klar geworden daß man keinen Betriebsrat braucht, der die "gedeihliche Zusammenarbeit" mit der Betriebsleitung auf seine Fahnen geschrieben hat.
Man war sich klar geworden, daß"der Betriebsrat die Interessensvertretung der Arbeiter und Angestellten gegenüber der Betriebsleitung sein muß" und daß er"für alle Wünsche, Beschwerden und Vorschläge der Kollegen da sein und alle ihre Forderungen der Betriebsleitung gegenüber vertreten und durchsetzen muß".
Mit dieser klaren Alternative gegen alle Art von Klassenversöhnung war die fortschrittliche Namensliste B. unter die Kollegen gegangen und hatte auch deren Unterstützung gefunden.

Als knapp vor der Wahl der "Betriebskaiser" Valecka, der Spitzenkandidat der Liste Sozialistischer Ge-

"Der Betriebsrat bedarf eines besonderen Schutzes vor der Belegschaft"

Wiederum wurde bewiesen, wie das Arbeitsverfassungsgesetz mit seinem § 39 direkt gegen die Interessen der Kollegen eingesetzt wird.
In einer Fabrik bei Wiener Neustadt haben sich Arbeiter, die Reifen kontrollieren mußten, gegen die Arbeitshetze zur Wehr gesetzt. Um nicht vollkommen durch die Arbeit im Akkord ausgepumpt zu werden, haben die Reifenkontrollore eine eigene Pausenregelung eingeführt - eine halbe Stunde Arbeit, eine Viertelstunde Pause. Die Firmenleitung wollte nicht selbst offen dagegen auftreten, sie fürchtete die geschlossene Front der Kollegen. Der Betriebsratsobmann, ein weiteres Mitglied des Betriebsrates und der Meister dieser Abteilung wurden vorgeschickt, um die Interessen der Firmenleitung durchzusetzen. Der Betriebsrat redete auf die Reifenkontrollore ein und versuchte, die Arbeiter zu einer Änderung der Einhaltung der Pausen umzustimmen. Die Reifenkontrollore haben diesen Versuch abgelehnt und und dem Betriebsrat erklärt, daß er von der Arbeit in Wirklichkeit überhaupt nichts versteht. Wie recht sie hatten, hat der Betriebsrat selbst bewiesen, als er den Arbeitern zurief, selbst fünf Minuten Pause wäre für sie zu viel. Ein Arbeiter hat daraufhin klar ausgesprochen, was von so einem Betriebsrat zu halten ist: er bezeichnete sie als Arbeiterverräter.
Die Firmenleitung hat diese Bezeichnung zum Anlaß genommen, diesen Arbeiter zu entlassen. Der Oberste Gerichtshof hat dann urteilsmäßig festgestellt, das Vorgehen der Firmenleitung war rechtmäßig. Entscheidend war der Umstand, daß die Bezeichnung "Arbeiterverräter" der Tätigkeit eines Betriebsrates gegolten hat. Es ist "besonders schwerwiegend, wenn solche Äußerungen gegen ein Mitglied des Betriebsrates gebraucht wurden, weil diesem die Stellung eines ehrenamtlichen Funktionärs mit bestimmten Aufgaben und Befugnissen zukommt " hat der Oberste Gerichtshof festgestellt. Die bürgerlichen Arbeitsrechtler haben dieser Entscheidung mit lautem Beifall zugestimmt: die Betriebsräte brauchen einen Schutz - nicht gegen die Kapitalisten, sondern gegen die eigene Belegschaft. Der § 39 Arbeitsverfassungsgesetz enthält die Aufgaben und Befugnisse, die dem Betriebsrat nach dem Gesetz zukommen, nämlich, das "Ziel der Bestimmungen über die Betriebsverfassung und deren Anwendung ist,einen Interessenausgleich zum Wohle der Arbeitnehmer und des Betriebes herbeizuführen." Da dadurch diejenigen Betriebsräte, die sich auf den Boden dieses Gesetzes stellen, mit den Interessen der Arbeiter in Konflikt geraten, sind diese Betriebsräte "auch vor ehrenverletzenden Äußerungen der Belegschaftsmitglieder zu schützen, was eine konsequente Erweiterung des Schutzes der Betriebsratstätigkeit ist!"- heißt es im Urteil.

T.B.

Elin: Voller Lohn bei Kurzarbeit!

Die Kolleginnen und Kollegene der Kleinmotorenabteilung müssen zur Zeit kurzarbeiten. Das bedeutet für sie den Lohn für einen vollen Arbeitstag pro Woche zu verlieren. Als Grund für die Einführung der Kurzarbeit wurden von ELIN wirtschaftliche Schwierigkeiten angegeben. Die Kurzarbeit wurde vorläufig mit drei Monaten befristet. Die Betriebsleitung geht von einer kühlen Rechnung aus: werden die Kleinmotoren und Printplatten wieder benötigt oder gelingt die Produktionsumstellung bis dahin, so werden die 41 Kollegen wieder voll eingestellt. Wenn dieser Plan nicht gelingt, kann man die Arbeiter ja noch immer kündigen.

Wenn wir den Maßnahmen der ELIN-Betriebsleitung jetzt weiter untätig zu sehen, werden sie unsere Existentbedingungen noch weiter verschlechtern. Die Kurzarbeit wird nun auch als Druckmittel verwendet, um andere Kollegen zu mehr Arbeit zu zwingen. Wo die ELIN-Kapitalisten voll im Geschäft sind, soll in kürzerer Zeit schneller und mehr produziert werden. Und viele Kollegen nehmen auch Überstunden auf sich, weil sie das Geld brauchen und weil jeder Angst hat, als nächster auf die "Abschußliste zu kommen".

Die SP-Betriebsräte haben den Drohungen-entweder Kurzarbeit oder Kündigung-nachgegeben und der Kurzarbeit zugestimmt. Sie gehen davon aus, daß man sich zur Sicherung der Arbeitsplätze mit den Unternehmern ausgleichen muß. Sichere Arbeitsplätze aber wird es im Kapitalismus niemals geben. Der Kapitalismus wird vom Profitgesetz getrieben. Um diese Profite aber maximal zu realisieren müssen die Kapitalisten immer mehr und immer billiger produzieren. Arbeitshetze und Lohndrückerei heißt das dann für die Arbeiter. Auch wenn viele Kollegen und Betriebsräte heute immer noch glauben, daß man am besten fährt, wenn man sich mit den Unternehmern ausgleicht, zeigt uns doch gerade die Kurzarbeit, daß uns solche Ausgleiche nur in eine noch schlechtere wirtschaftliche Lage bringen, uns weiter spalten und abhängig machen. Auch die Politik der KP, von den Kapitalisten sichere Arbeitsplätze zu fordern, ist keine Alternative. ELIN hat schon bisher die Arbeiter zu immer grösserer Arbeitsleistung angetrieben, ELIN hat schon bisher Kollegen gekündigt, wenn sie nicht mehr gebraucht wurden, und das wird auch weiter so sein. Denn auch in einem verstaatlichten Betrieb wird aus den Arbeitern so viel Profit wie möglich gepreßt, wie in privaten Unternehmen.

Der einzige Weg, der uns heute wirklich bleibt, ist die Aufnahme des Kampfes gegen jede einzelne Maßnahme der Kapitalisten, die unsere Lage verschlechtert. Zielt der Plan der Kapitalisten darauf ab, die Angst der Kollegen um den Arbeitsplatz zur Spaltung auszunutzen, um die Ausbeutung weiter zu verschärfen, so müssen wir heute Forderungen dagegen aufstellen, die uns wirklich einen, um so auch die Folgen solcher Krisenmaßnahmen wie Kurzarbeit einschränken zu können.

VOLLER LOHN BEI KURZARBEIT !
AUSREICHENDE LÖHNE - KEINE ÜBERSTUNDEN !



Steiermark

Schrack-Kindberg: Gewinn mit Kurzarbeit

Ende August wurde vom Betriebsrat der Firma Schrack im WErk Kindberg eine Betriebsversammlung einberufen. Nicht um ein einheitliches Vorgehen gegen die zunehmende Arbeitshetze und einen Kampf um ausreichende Löhne zu besprechen, sondern um den Arbeiterinnen mitzuteilen, daß sie sich in den nächsten vier Monaten mit einer Kürzung der Löhne bei gleichzeitiger Hinaufsetzung des Arbeitstempos abfinden sollen: vom 1. September bis 31. Dezember sollte für die 200 Arbeiterinnen im Werk Kindberg, in welchem vor allem Telephonanlagen und Kabelschienen für Wählanlagen produziert werden, Kurzarbeit eingeführt werden. Eine Auftragskürzung der Post- und Telegraphendirektion um ca. 9% wollten die Schrack-Kapitalisten sofort zum Anlaß nehmen, die Arbeitszeit um ca. 20% einzuschränken. Die Belegschaft war nicht bereit, wortlos zu akzeptieren, in einer kürzeren Arbeitszeit beinahe genausoviel zu produzieren und obendrein eine Lohnkürzung hinzunehmen. Gegen den Unmut der Arbeiterinnen stellte sich der sozialdemokratische Betriebsrat auf die Seite der Profitinteressen der Firmenleitung. Er forderte eine Erhöhung der Telephongebühren und den Arbeiterinnen gegenüber wußte er nichts zu sagen, als daß sie sich um Aufträge für die Schrack-Kapitalisten kümmern sollten.

Die Kurzarbeit wurde schließlich doch nicht eingeführt: in Anbetracht der kommenden steirischen Landtagswahlen waren Regierung und ÖGB-Spitze bemüht, den ärgsten Unmut, der auch schon auf die Bevölkerung der Umgebung übergegriffen hatte, zu dämpfen. Die Regierung sicherte den Schrack-Kapitalisten die weitere Ausweitung der Profite zu. Mit der Drohung der Kurzarbeit konnte die Firmenleitung sich Aufträge sichern, sodaß nicht nur die weitere Intensivierung der des Arbeitstempos erfolgen soll sondern man jetzt auch über eine Vergrößerung der Belegschaft auf 400 Arbeiterinnen spricht.

T.B.

Ihre Krise versuchen die Kapitalisten auf die Arbeiter abzuwälzen: Arbeitshetze, Kurzarbeit, Entlassungen

---

werkschafter, seine Felle davonschwimmen sah, scheute er sich nicht, mit üblen Verleumdungen und antikommunistischen Vorurteilen, daherzukommen. In einem Flugblatt beschuldigte er den Kollegen B. Verleumdungen und Unwahrheiten zu verbreiten und die 58 Unterschriften zu seinem Wahlvorschlag durch List ergattert zu haben.

Doch dieses Manöver erwies sich als Bummerang. Sofort nach der Verteilung des Flugblattes diskutierten die Kollegen in den verschiedenen Werkstätten erregt über diese "Gemeinheit". Und eben das, was die Klassenversöhnler im Betriebsrat verhindern wollten, war eingetreten. Man überlegte sich, warum wohl der bisherige Betriebsrat so eine Hetze notwendig hatte, was er damit vertuschen wollte. Gerade aus diesen Gesprächen wurde erst für manche Kollegen die Notwendigkeit eines bewußten Betriebsrates, der aufrichtig die Arbeiterinteressen vertritt, klar. Die 23% der Stimmen am übernächsten Tag für die fortschrittliche Namensliste sprachen eine deutliche Sprache.

Doch jetzt hängt es von allen Kolleginnen und Kollegen ab, ob es bei diesem ersten Schritt bleibt oder nicht. Nur wenn sie sich hinter ihren Forderungen zusammenschließen, wenn sie den Betriebsrat beauftragen, jetzt auch Schritte zu setzen, wenn sie von ihm Rechenschaft über diese Schritte fordern, kann ein erfolgreicher Kampf um die eigenen Interessen durchgeführt werden.

P.R. EUMIG-Kollektiv

".. da arbeitet man 40 Jahre schwer und dann hat man einen Dreck ..."

Das sagte ein Pensionist zu mir, als ich den "Klassenkampf" in der Stadt verkaufte.

"Ich habe 40 Jahre gearbeitet, manchmal 70 Stunden in der Woche. Ich habe mich wirklich auf die Rente gefreut. Aber was habe ich heute ? Zum Notwendigen reicht's gerade noch. Wenn ich aber einmal weiter wegfahren möchte - auf die Rax zum Wandern - das ist schon nicht mehr drin, höchstens mit der Straßenbahn in den Wiederwald. Und Zigaretten? Die kann ich mir oft aus dem Kopf schlagen. Höchstens hie und da ein Viertel Wein, und das wird immer teurer. Und dann muß ich mir von einem Jungen noch sagen lassen, ich fresse ihm das Brot weg.

Aber ich weiß genau, wer schuld daran ist, daß ich mir so etwas anhören muß. Die "Genossen" in der Regierung. Die sagen ja immer wieder, daß die Jungen für die Alten sorgen müssen. Als ob wir Alten nicht selbst genug für unsere Rente gezahlt hätten! Mit ihrem Gerede spalten sie nur die Jungen von den Alten ab."

Tatsächlich tun die Kapitalisten und ihre jeweilige Regierung alles, um die Volksmassen zu spalten - in jung und alt, Frauen und Männer, Ausländer und Inländer usw. Ich brauchte ihn gar nicht lange davon zu überzeugen, daß nur der gemeinsame Kampf der Arbeiterklasse eine wirkliche Verbesserung der materiellen Lage bringen kann.

wik.

Altersheimkosten erhöht.

Am 23.9. beschloß die Wiener Landesregierung die Erhöhung der Tagespflegesätze für die städtischen Altersheime von 70.- auf 95.- S. Das sind 35% oder 25.-S mehr pro Tag! Auf diese Weise nimmt die Gemeinde 28 Mill. S mehr ein! Um den berechtigten Unmut der Bevölkerung, den diese volksfeindliche Maßnahme sicherlich hervorrufen wird, abzufangen, verspricht die Gemeinde, daß die Angehörigen der Pfleglinge von Zahlungen für den Heimaufenthalt in Zukunft verschont bleiben würden. Diese "soziale Tat" bringt der Gemeinde Wien einen "Verlust" von 24 Mill. S jährlich. Vier Millionen bleiben also in den Gemeindekassen an zusätzlichen Einnahmen aus dieser Gebührenerhöhung, von der vor allem die Pensionisten und Rentner mit kleinen Einkommen betroffen sind.

Wertheim: Arbeitszeitverlängerung durch Verkürzung der Waschzeit

Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten vor Einführung der 40 Stunden-Woche

Anfangs September - 4 Monate vor der Einführung der 40 Stunden-Woche - haben die Wertheim-Kapitalisten den ersten Angriff auf ein seit Jahren ausgeübtes Recht der Arbeiter gestartet, auf die zehnminütige Waschzeit. Jeder hielt es für selbstverständlich, daß derjenige der sich in der Arbeit dreckig macht, sich auch während der Arbeitszeit waschen kann. In der ersten Septemberwoche ließ die Firmenleitung die Garderoben erst 2 bis 3 Minuten vor Arbeitsschluß aufsperren, ließ frecherweise alle Kollegen aufschreiben, die, wie üblich 10 Minuten vor Schluß raufkamen.

Die Kollegen waren über diese kleinliche und schikanöse Maßnahme der Firmenleitung äußerst empört. Die Firmenleitung wußte ja genau, daß selbst, wenn nur die Hälfte der Kollegen auf einmal in die Garderobe kommt, ein Gedränge entsteht, einer dem anderen auf die Zehen steigt, und man vor den Duschen Schlange stehen muß.

RATIONALISIERUNGSMASSNAHMEN DER KAPITALISTEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER 40 STUNDEN-WOCHE

Durch die Verkürzung der Waschzeit soll nur der erste Schritt der Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten im Zusammenhang mit der Einführung der 40-Stunden-Woche gesetzt werden, an dem sie sich möglichst schadlos halten wollen. Sie fordern nicht nur, daß die Arbeitszeitverkürzung bei den Kollektivverhandlungen mit 4,5% in Rechnung gestellt wird, sondern sie verlängern jetzt schon die tatsächliche Arbeitszeit, wo sie nur können. Als nächsten Schritt erwägen sie die Abschaffung der sechsminütigen Frühstückspause. Bei ELIN haben es die Kapitalisten bei der Einführung der 42 Stunden-Woche ganz genauso gemacht. Sie verkürzten damals die Waschzeit von 6 auf 3 Minuten und die Frühstückspause von 15 auf 12 Minuten.

Die Kapitalisten - vom Zwang der Konkurrenz und der Gier nach immer mehr Profit getrieben - haben kein Interesse an nicht "lohnenden" Erholungs- und Waschpausen der Arbeiter und sie respektieren dabei auch nicht alte erkämpfte Gewohnheitsrechte. Daher müssen die Arbeiter - solange die Kapitalisten herrschen - andauernd den Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen führen.

Die Kollegen bei Wertheim erwarteten von ihrem Betriebsrat, daß er wirksame Schritte dagegen setzen würde. Der Betriebsrat ging jedoch nicht davon aus, daß er die Interessen der Kollegen gegen die Kapitalisten immer und voll zu verteidigen hat. Er vertraute nicht auf die Kampfkraft der Kollegen, sondern baute auf die Einsicht und auf den "guten Willen" der Firmenleitung und ließ sich ein besonderes Kuriosum einfallen.

Die Kollegen wurden vom Betriebsrat aufgefordert, keine Überstunden zu leisten und alle auf einmal in die Garderobe zu kommen, damit er den anwesenden Vertretern der Firmenleitung die Misere mit den Garderoben und Duschen vorführen und filmen konnte.

Anstatt die Einheit und Kampfkraft der Kollegen durch klare Forderungen um die Erhaltung der vollen Waschzeit zu stärken, ließ er sie vor den scheinheilig zusehenden Vertretern der Firmenleitung ein entwürdigendes und nutzloses Schauspiel aufführen.

Nichts anderes konnte der Firmenleitung lieber sein. Ohne die Belegschaft zu befragen und ohne verbriefte Zusagen durch die Firmenleitung zu verlangen gab der Betriebsrat schließlich einer Beschränkung der Waschzeit von 10 auf 5 Minuten seine Zustimmung.

Wann die Garderobe vergrößert und wann genügend neue Duschen gebaut werden, darüber gibt es bloß vage Zusagen.

Wertheim-Kollektiv

Leserbrief einer Pensionistin

Meine Pension beträgt 1600 Schilling im Monat. Eines Tages habe ich eine Zuschrift von der Kirchenbeitragsstelle bekommen: Ich sollte inklusive Nachzahlungen 1200 Schilling Kirchenbeitrag zahlen. Obwohl ich früher immer alle Erlagscheine von denen in den Papierkorb geworfen hab, bin ich nun doch zu dieser Stelle hingegangen. Ich hab denen den Kontoauszug von meiner Pension und von dem, was ich an Miete zahlen muß (S 900.- im Monat) gezeigt. Ich zeigte ihm ganz offen, was mir zum Leben bleibt. Da hat der betreffende Herr nicht mehr viel zum Sagen gehabt. Er meinte nur, er würde mir eine andere Rechnung schicken. Ich verlangte von diesem Herrn, er solle mir doch genauso offen zeigen, wieviel Einnahmen er hat, wieviel Miete er zahlt und was ihm und seiner Kirche "zum Leben" bleibt. Das konnte er nicht tun! Die nächste Rechnung, die ich bekam, habe ich dann wieder in den Papierkorb geworfen! 700 Schilling habe ich im Monat zum Leben als Pensionistin und habe mein ganzes Leben schwer gearbeitet.



3. Stufe des Gehaltsabkommens für den öffentlichen Dienst

Angestellte sollen schrittweisen Gehaltsabbau hinnehmen

"Teuerung verursachte bereits(!) Reallohnminderung" - mit dieser Erkenntnis überrascht das Zentralorgan der Gewerkschaft der Öffentlich Bediensteten im August 1974 seine Leser.

Obwohl sich die Inflationsrate schon lange um die 1o Prozent herum bewegt und die Beschäftigten sehr massiv den Reallohnverlust zu spüren bekommen, versuchte die Führung der von der ÖVP dominierten Gewerkschaft der Öffentlichen Dienstnehmer bis jetzt immer wieder, diese Tatsache zu verschleiern und mehr oder weniger hinwegzuleugnen.

Die Unruhe unter den Gewerkschaftsmitgliedern und der Unmut über die Lohnpolitik der Gewerkschaftsführer; die fortgesetzte Kritik an der Gehaltssituation im Öffentlichen Dienst zwang die Gewerkschaftsführung schließlich, die bisher verschleppten Verhandlungen über eine Neuordnung der Besoldung endlich voranzutreiben und öffentlich Stellung zu beziehen.

DIE MOMENTANE GEHALTSSITUATION DER ANGESTELLTEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Die augenblickliche Regelung der Bezahlung der öffentlich Bediensteten, die zu den massiven Unruhen unter den Gewerkschaftsmitgliedern geführt hat, kann nicht verdecken, wer die Verantwortung für die Unterzeichnung eines solchen Abkommens trägt: Eine Gewerksschaftsführung, die nicht im Interesse der Angestellten handelt, sondern im Interesse des bürgerlichen Staates.

Vor über drei Jahren, im Mai 1971 wurde das 2.Gehaltsabkommen für die öffentlichen Dienstnehmer mit einer Laufzeit von vier (!) Jahren abgeschlossen. Eine "12-%ige Realwerterhöhung der Bezugsansätze" zu sichern war laut Gewerkschaftsboß Dr.Gasperschitz das Ziel des damaligen Abkommens. Mit "Rücksicht auf die Finanzlage der Gebietskörperschaften" wurde dieses zweite Gehaltsabkommen allerdings in Form einer "schrittweisen Nachziehung in vier Jahresetappen mit einer Wertsicherung" abgeschlossen. Das hieß also, daß die genehmigten 12 Prozent Lohnerhöhung nicht sofort, sondern ratenweise über vier Jahre zu je 3 Prozent ausgezahlt werden sollten. Bei Steigen der Inflationsrate über 4 % sollte immer im Juli zusammen mit der dreiprozentigen "Lohnerhöhung" für das vergangene Jahr die "Teuerung abgegolten" werden. Was bedeutet nun ein solches Abkommen für die öffentlich Bediensteten in einer Zeit der galoppierenden Inflation ? Im Juli 1974 wurde die "dritte Etappe" des Übereinkommens (3%) ausbezahlt. Dazu kommt die "Wertsicherung". Ihrer Berechnung liegt die durchschnittliche Indexsteigerung von 7,3 % zwischen Oktober 1972 und September 73 zugrunde! Das ergibt eine Erhöhung der Bezüge um 1o,3 % . Bedenkt man nun, daß die Lohnsteuerprogression den Nettolohn noch einmal entscheidend kürzt und daß die Inflation des Jahres 1974 über 1o % liegt, ist es klar, daß die öffentlich Bediensteten eine solche Gehaltssituation nicht länger hinnehmen wollen.

DIE VERHANDLUNG DER GEWERKSCHAFT

Die Gemeindebediensteten und die Landesbediensteten einiger Bundesländer haben bereits selbstständig eine einmalige Teuerungsabgeltung außerhalb des Abkommens gefordert und nach Streikmaßnahmen auch teilweise durchgesetzt. Auf der Sitzung des Zentralvorstandes am 27.Juni 74 wies Gasperschitz wiederholt auf diese Teuerungsabgeltungen hin und benützte sie zu Spaltungsversuchen. Es wurde von "Geldwertverdünnung" gefaselt, von Nettoreallohnminderungen von " 1 bis 2 % " und schließlich eine Resolution verabschiedet: Gefordert wird eine einmalige Teuerungsabgeltung und eine Vorverlegung der ab 1.Juli 1975 vorgesehenen Teuerungsabgeltung (wieder berechnet nach Okt.73 - Sept.74) UNTER AUFRECHTERHALTUNG DER GESETZLICH GEREGELTEN LETZTEN ETAPPE ! Das für die Angestellten so schädliche Abkommen wird also nicht angetastet, sie können weiterhin sehen, wie sie mit der Verkürzung ihres Lohnes zurechtkommen. Für Ministergehälter ist das nicht tragisch - aber ein Angestellter im Hilfsdienst verdient mit 3o Jahren 3268,4o Schilling netto, ein Beamter im Fachdienst 3897,4o Schilling netto usw. !!!!!!

Die Resolution wurde nur von der Fraktion Christlicher Gewerkschafter beschlossen, die sozialdemokratische Fraktion hatte an der Sitzung einfach nicht teilgenommen, weil Dr.Gasperschitz am Vorabend der Zentralvorstandssitzung eine Fernseherklärung über die geforderte Teuerungsabgeltung gegeben hatte. Unter dem Vorwand, Gasperschitz sei damit der SPÖ-Regierung in den Rücken gefallen überließ die SPÖ-Fraktion das Feld der ÖVP Die öffentlichen Bediensteten haben am eigenen Verdienst gespürt, was für ein Lohnabkommen für sie vor drei Jahren ausgehandelt wurde. Sie wehren sich bereits gegen dieses langfristige Übereinkommen und verlangen von der Geschäftsführung, daß Neuordnungen getroffen werden. Die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten im öffentlichen Dienst dürfen sich bei Neuregelungen diesmal auf keinen Fall mehr von dem Geschwätz "Rücksichtnahme gegenüber dem Staat", "Einsparungsmaßnahmen" und Ähnlichem täuschen lassen! Eingespart wird ohnehin nur bei den kleinen und mittleren Gehältern - die Herren Minister bewilligen sich trotzdem ihre Sonderzulagen.- Ein Abkommen wie das zweite Gehaltsabkommen dürfen wir unter gar keinen Umständen akzeptieren. Unsere Forderungen sind: Ausreichende Lohnerhöhungen und kurze Laufzeit der Gehaltsabkommen!

S.P.

Riha-Werk:

Konkurrenzkämpfe der Kapitalisten auf dem Rücken der Arbeiter

Anfang August wurden fünfzig der rund 350 Beschäftigen des Riha-Werkes in Steyr gekündigt. Als Grund wurde angegeben, daß die Produktion wegen Absatzschwierigkeiten eingeschränkt werden müsse.

Riha-Steyr ist ein Leichtmetallbetrieb in Familienbesitz, in den sich vor kurzem die Vereinigten Metallwerke (VMW) Ranshofen-Berndorf mit 70% einkaufte. Von ihrem Anteil gaben die VMW dann die Hälfte an den Tyrolia-Heiss Konzern ab, sodaß die beiden Konzerne nun Mehrheitsgesellschafter der Firma Riha waren. Die Firma produzierte auch zum Großteil für diese beiden Konzerne, bis sie plötzlich im Sommer auf ihren ERzeugnissen sitzen blieb. Daraufhin wurden von der Firmenleitung die verschiedensten Gerüchte in Umlauf gesetzt, die von Produktionseinschränkung, Änderung des Produktionsprogramms, Entlassungen bis zur Betriebsstillegung reichten. Mitten in dieser Unklarheit über die zukünftige Existenz der Beschäftigten entließ die Betriebsleitung die 50 Kollegen, die in Steyr und Umgebung keine gleichwertigen Arbeitsplätze finden konnten. Die Riha-Gesellschafterversammlung beschloß, die Hälfte der Belegschaft zu entlassen.

Nachdem sich die ÖGB-Führung und die Arbeiterkammer eingeschaltet hatten, wurden alle Informationen über die Zukunft des Werkes geheimgehalten, um die Belegschaft im unklaren zu lassen und die Sache in der Öffentlichkeit in Vergessenheit geraten zu lassen. Bis plötzlich der Pressedienst der VMW Mitte September verkündete, daß das Riha-Werk bestehen bleiben wird. Die ÖGB-Führung benützte diese Gelegenheit zu einem Loblied auf die Klassenzusammenarbeit und prahlte in ihrem Nachrichtendienst, daß ihr Eingreifen, das heißt also ihre geheimen Verhandlungen mit den Kapitalisten, die Arbeitsplätze gesichert hätte. Doch ein Teil des VMW-Pressedienstes läßt die Riha-Affäre in einem gänzlich anderem Licht erscheinen. Dort heißt es nämlich, daß nun die Familie Riha zur Gänze aus der Gesellschaft ausgeschieden sei und das Werk nun den beiden Konzernen allein gehöre. So gesehen erscheint das ganze bloß als kapitalistischer KOnkurrenzkampf um den alleinigen Besitz des Werkes. Diese Gelegenheit wurde von den VMW und den Tyrolia-Kapitalisten offensichtlich gleich zur Rationalisierung benützt.

Die Zeche für diesen Kampf um den Profit zahlen auf jeden Fall die Arbeiter, insbesondere die 50 entlassenen Kollegen, für die die ÖGB-Führung keinen Finger gerührt hat.

Diese Vorfälle zeigen deutlich, daß die Kapitalisten bei der Durchsetzung ihrer Interessen auf die Arbeiter keine Rücksicht nehmen. Setzen die Arbeiter auf Geheimverhandlungen mit der bürgerlichen ÖGB-Führung, so sind sie den Kapitalisten kampflos ausgeliefert. In so einer Situation müssen Kampfschritte gesetzt werden, um die Unternehmer zu zwingen, mit der vollen Wahrheit über alle Vorgänge herauszurücken. Nur dann ist es möglich zu entscheiden, wie man sich gegen die kapitalistischen Angriffe zur Wehr setzen kann.

Gewerkschaftsbeitritt verhindert

Ich arbeite seit einem halben Jahr als Dreher in den Tiroler Röhren- und Metallwerken. Da ich zuletzt in der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten organisiert war, ging ich zum Betriebsrat, um in die Metallergewerkschaft überzutreten. Obwohl der sich noch nie bei mir hatte blicken lassen, seit ich dort arbeitete, zeigte er sich gleich auffallend gut über mich und meine politischen Anschauungen informiert. Er eröffnete mir, daß er bereits wisse, daß ich Kommunist sei und daß das die Geschäftsleitung auch schon wisse, aber ich bräuche keine Angst zu haben, er werde mich "trotzdem" schützen, dazu sei er ja da. Natürlich nur, wenn ich mir im Betrieb nichts "zuschulden" kommen lasse.

Da ich weder Lust noch Zeit hatte, mit ihm lange Diskussionen zu führen, gab ich ihm meine Personalien und sagte, er solle sich darum kümmern, daß ich in die Gewerkschaft komme, dazu sei er ja auch da. Die nächsten Wochen sah und hörte ich wieder nichts von ihm, er hatte anscheinend immer so viel zu tun, daß er sich nicht um die Arbeiter kümmern konnte.

Auf einmal erzählte mir ein Kollege, er habe gehört, daß ich nicht in die Gewerkschaft aufgenommen werden soll, weil ich Kommunist sei. Auf meine Frage, woher er das wisse, sagte er mir, das hätte er vom Betriebsrat erfahren. Ich machte mich also wieder einmal auf den beschwerlichen Weg, den Betriebsrat zu suchen. Ausnahmsweise war er diesmal sogar in seinem Büro. Nachdem er mir erklärt hatte, daß er eh schon lange mit mir hätte reden wollen (!), aber leider bisher keine Zeit dazu hatte, fragte ich ihn, was jetzt eigentlich mit meinem Antrag auf Übertritt in die Metall-Gewerkschaft passiert sei und warum ich noch kein Mitgliedsbuch bekommen hätte. Die Angelegenheit war ihm offensichtlich äußerst peinlich, denn er druckste eine Zeitlang herum, bvor er mit den Tatsachen herausrückte. Es seien leider "unvorhergesehene" Schwierigkeiten aufgetaucht, mit denen er natürlich nichts zu tun habe, aber die Landesexekutive habe "herausgefunden" daß vor einem halben Jahr Flugblätter mit "gewerkschaftsfeindlichen Äußerungen" unter meinem Namen vor mehreren Tiroler Betrieben verteilt worden seien und ich deshalb nicht in die Gewerkschaft aufgenommen werden könnte. Als ich ihn fragte, was sich die Herren von der Landesexekutive unter gewerkschaftsfeindlich vorstellen, zeigte er mir ein Flugblatt, in dem wir den Gewerkschaftsfürsten vorgeworfen hatten, sie würden die Interessen der Arbeiterklasse verraten und daß "solche Herren wie Benya, Sekanina und Co. alles tun, um die Arbeiter vom Kampf abzuhalten".

Auf meine Frage, was daran gewerkschaftsfeindlich sei, ging er nicht näher ein, sondern erklärte mir nochmals, er persönlich gebe ja kein Urteil ab, ihm sei das auch unverständlich (!), aber mein "Akt" sei bereits auf dem Weg nach Wien, wo die Bundesleitung dann entscheiden wird. Und im übrigen sei das ja auch nicht so schlimm! "Schau, sagte er, "du mußt ja nicht unbedingt in die Gewerkschaft, denn wenn im Betrieb was passiert, bin ich eh da, ich werde das schon schaukeln".

Anstatt nun aber alle Hebel in Bewegung zu setzen, um dem Manöver der Gewerkschaftsfürsten entgegenzutreten, wartete ich auf einen endgültigen Bescheid über Aufnahme oder Ablehnung meines Antrages. Ich diskutierte zwar mit den Kollegen in der Abteilung über diese Sache, ich ging zwar beinahe täglich ins Betriebsratsbüro, überließ aber letzten Endes die Initiative der Gewerkschaftsspitze, die das auch prompt ausnützte. Denn sie wußten genauso wie ich, daß die Geschäftsleitung schon seit längerem auf eine günstige Gelegenheit wartete, um mich hinauszuwerfen. Und wenn ich erst draußen bin, so ist es ja nicht mehr so gefährlich, mich in die Gewerkschaft aufzunehmen, zumal sie wußten, daß ich dann in Tirol in keinem Großbetrieb mehr unterkommen würde.

Nicht lange danach eröffnete mir der Betriebsrat, daß die Betriebsleitung mich kündigen werde, wogegen er "natürlich" Einspruch erhoben habe. Als ich ihn fragte, was das nütze, holte er das Arbeitsverfassungsgesetz heraus und belehrte mich, daß dadurch meine Kündigung 5(!)Tage aufgeschoben sei, dann dürfte ich erst gekündigt werden. Mehr könne er leider nicht machen, da ich ja nicht in der Gewerkschaft sei.
Jetzt sitze ich auf der Straße kriege in Tirol nur mehr dort Arbeit, wo die Gewerkschaft nicht drinnen ist, und warte noch immer auf mein Gewerkschaftsbuch.

Ich glaube aber, daß man aus der Geschichte zwei Sachen lernen kann: zum ersten zeigt sich, daß sich die Gewerkschaftsführung immer mehr in die Enge gedrängt fühlt, daß sie immer offener gegen klassenbewußte und kommunistische Gewerkschaftler vorgehen muß, um ihre Position zu behaupten. Und zum zweiten, daß wir nur dann eine Chance haben, diesen Herren das Rückgrad zu brechen, wenn wir aktiv beginnen, uns gewerkschaftlich zu betätigen, indem wir den Bonzen die Initiative abnehmen und unsere Interessen selbst in die Hand nehmen.

g.sch./KB TIROL

Benya: Spaltung der Gewerkschaften schadet den Kapitalisten

Nachdem am 18. September der Zentralsekretär der Privatangestelltengewerkschaft, Klinger (ÖAAB), die Möglichkeit eines Austrittes der Fraktion Christlicher Gewerkschafter aus dem ÖGB angedeutet hatte - noch am selben Tag sprach der Obmann der Fraktion, Altenburger, diese Drohung offen aus - erklärte der ÖGB-Vorsitzende Benya:
"Abgesehen davon, daß eine zweite Gewerkschaftsorganisation nicht sehr leicht zu schaffen sein würde, müßte eine Spaltung des ÖGB auch die Wirtschaft belasten, weil es zu einer Lizitationspolitik der Gewerkschaften kommen würde!"
So klar hat Benya schon lange nicht ausgedrückt, was ihm am meisten am Herzen liegt: die Profite der Kapitalisten, die durch eine "Lizitationspolitik" bürgerlicher Gewerkschaftsbonzen im Buhlen um die Gunst der arbeitenden Menschen in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Schon lange nicht hat Benya so deutlich gesagt, wie die Politik von Leuten seines Schlages bestimmt wird: nicht nach den Interessen der arbeitenden Menschen, sondern dadurch, ob einem ein Konkurrent den Einfluß auf sie streitig macht. Schon lange nicht hat Benya so deutlich gesagt, daß ihm die Einheit der Arbeiterklasse vollkommen egal ist - angesichts unverhüllter Spaltungsdrohungen der schwarzen Fraktion. Aber vielleicht dachte er sich: wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

H.W.

Post - Eilzustellung

Schlechter Gehalt - hohe Unfallgefahr

Die Arbeitsbedingungen der Eilboten bei der Post sind äußerst schlecht. In erster Linie ist es der widernatürliche Turnusdienst. Turnusdienst bedeutet: einmal Vormittagsdienst und einmal Nachmittagsdienst. Das geht so von Montag bis Samstag. Alle paar Wochen hat man Sontagsdienst, der fast den ganzen Tag dauert. Der Vormittagsdienst fängt um 6 Uhr an und endet um 12 Uhr 30. Das heißt er hat pro Ausfahrt annähernd 2 Stunden Zeit um 40 Eilbriefe und Telegramme (bei Stoßzeiten bis zu 70 Briefe) an den Mann zu bringen. Nach jeder Ausfahrt fährt der Eilbote aufs Postamt zurück und holt sich die frisch eingelangte Post. Der Nachmittagsdienst dauert von 12Uhr 30 bis 21 Uhr. Nachmittags gibt es 5 Ausfahrten. Die dauernd wechselnde Arbeitszeit läßt natürlich keine geregelten Mahlzeiten und keinen regelmäßigen Schlaf zu. Das der Turnusdienst auch negative Auswirkungen auf das Familienleben hat, kann man sich leicht vorstellen. Wenn die Frau auch arbeitet, sieht man sich nur jede zweite Woche und genauso ist das bei den Kindern.

Die Fahrzeuge sind in denkbar schlechtestem Zustand. So gibt es im Postamt 1200 drei Mopeds, die 3 - 4 mal pro Monat repariert werden müssen. Außerdem setzt man sich dauernd einer immensen Unfallgefahr aus, da bei keinem Moped die Bremsen richtig funktionieren. Bei schlechtem Wetter ist es überhaupt ein Abenteuer, Eilbriefe zuzustellen. Bei Regen oder Schneefall ziehen die Kollegen es vor, falls sie Autos haben, mit ihren Privatfahrzeugen die Post zuzustellen. Dieses Benzin müssen sie natürlich selbst bezahlen.

Da die Gehälter der Postbeamten so niedrig sind (3500 S im Schnitt), gibt es einen akuten Personalmangel, so müssen die Kollegen eben mehr Post fürs gleiche Geld bewältigen. Als kleines Trostpflaster gibt es 50 g Stückgeld (das heißt pro Zustellung 50 g). Auf das hinauf, sollen sich die Eilzusteller wohl freuen, möglichst viele Briefe zustellen zu dürfen?

→

Krach der Kraulandbank - Zeichen für die Krise des Kapitals

Nachdem innerhalb weniger Wochen in der BRD vier Banken zusammengekracht waren, hat jetzt auch die österreichische Bourgeoisie ihren Bankkrach. Die "Allgemeine Wirtschaftsbank" (AWB) oder nach ihrem Hauptaktionär, dem ehemaligen ÖVP-Minister, auch Krauland-Bank genannt, ist zahlungsunfähig geworden und wurde unter Staatsaufsicht gestellt, um die Liquidation in die Wege zu leiten. Einige Großeinleger hatten ihr Geld abgezogen. Wie die Devisenspekulation, mit der sich die westdeutsche Herstatt-Bank vertan hatte, so nahmen auch die sprunghaften unkontrollierten Kapitalbewegungen zu, je krisenhafter die wirtschaftlichen Verhältnisse auf der Welt werden.

Die AWB ist schon der zweite Bankzusammenbruch in Österreich in diesem Jahr, nach dem Krach der Conti-Bank im März. Das sind Anzeichen für die wachsenden Schwierigkeiten der Kapitalistenklasse. Börse und Bankenapparat reagieren am feinsten, wenn die Widersprüche der kapitalistischen Profitwirtschaft offen an den Tag zu treten beginnen. Schon immer kündigt sich die Krise alsGeld-und Kreditkrise, mit Inflation, Zusammenbruch des Kapitalmarktes und Bankpleiten an.

Der Bevölkerung gegenüber haben die großen Bankdirektoren und der Finanzminister wie aus einem Munde versichert, die Conti-Bank und die AWB seien "Sonderfälle" und "es trübe kein Wölkchen den österreichischen Bankenhimmel". Natürlich ist es ein "Sonderfall", wenn z.B. die AWB an einige Firmen, die ebenfalls Krauland gehören, Kredite gewährt hat, die wesentlich mehr ausmachen, als der Wert all dieser Firmen zusammen. Aber daß in der kapitalistischen Wirtschaft in Phasen der Konjunktur allgemein die Tendenz besteht, das Kreditvolumen maßlos aufzublähen, weit über die Entwicklung der wirtschaftlichen Produktivität hinaus, ist eine gesetzmäßige Entwicklung. Sie ist notwendig, um das Investitionsfieber, das die Kapitalisten am Höhepunkt der Konjunktur erfaßt und wodurch sie einander auszustechen trachten, zu finanzieren. Diese maßlose Aufblähung des Kredit- und daher des Geldvolumens führt nicht nur zur Inflation, sondern erreicht auch irgendwo den Punkt, wo das ganze Gebäude Sprünge und Risse kriegt und vielleicht überhaupt zusammenkracht, weil ihm keine entsprechende Ausdehnung der wirklichen Produktion entspricht. Kredite werden immer wieder nur mit Krediten finanziert und dabei spekuliert halt jeder auf eine weiterhin profitable Zukunft. Kommen Produktion und Investitionen ins Stocken, läßt sich das Geldkapital, das die Banken auf ihren Konten ansammeln, nicht mehr profitabel genug verwerten, während zugleich die Einlagen und damit das Geld, über das sie verfügen können, ausbleibt, weil es jeder dringend selber braucht, - dann wird dieses Gebäude über den Haufen geworfen. Und wenn dann das eine oder andere Kreditinstitut pleite macht, bringt es auch andere Kapitalisten, mit denen jede Bank über tausend Fäden verbunden ist, in Schwierigkeiten und es vertieft dadurch die Krise.

Die gegenwärtigen Bankenkrachs sind Zeichen einer solchen krisenhaften Entwicklung. Daß nicht gleich die Creditanstalt-Bankverein oder die Girozentrale zusammenbrechen, sondern die "Sonderfälle", versteht sich ohnehin von selbst. Genauso versteht sich aber, daß die "Sonderfälle" nur besondere Erscheinungsformen der normalen Verhältnisse sind. Deshalb ist der "österreichische Bankenhimmel" auch äußerst beunruhigt über den AWB-Zusammenbruch und seit Tagen wird in den bürgerlichen Zeitungen darüber und über Maßnahmen zum "Sparerschutz" geschrieben und debattiert. Die "Bankkreise" und die gesamte Bourgeoisie fürchten vor allem den "Vertrauensverlust der Sparer" in die "Stabilität" des Kreditsystems. Sie fürchtet auch, daß die Kapitalisten das Vertrauen in ihr eigenes Banken- und Wirtschaftssystem noch mehr verlieren. Vor allem aber geht es um das Vertrauen der Massen in die bürgerlichen Verhältnisse überhaupt. Um die Illusion, daß sich im Kapitalismus für die Massen erträgliche, geordnete Verhältnisse herstellen lassen. Diese Illusion wird immer heftiger erschüttert. Jeder spürt Inflation, Arbeitshetze und alle anderen Anschläge der Kapitalisten und des Staates. Jeder sieht den Bankrott der "Stabilisierungspolitik". Jeder kann heute sehen: Die Bourgeoisie kann keine sinnvolle Entwicklung der Gesellschaft gewährleisten und sie tritt die Bedürfnisse und Interessen der Massen mit Füßen.



Die Pleiten sind eine Sache, worin sich das klar zeigt. Nicht nur die Bankpleiten. Die Zahl der Pleiten kapitalistischer Firmen insgesamt ist rapid gestiegen. Betrug die Schuldensumme der zusammengekrachten Firmen 1972 1,6 Milliarden S, so 1973 2,4 Milliarden S, und für heuer prognostizieren "Fachleute" 2,8 - 4 Milliarden S, je nachdem, ob sie die Lage beschönigen wollen, oder ernst nehmen.

Diese Zahlen zeigen die dunklen Krisenwolken hinter der oberflächlich noch intakten Konjunkturfassade. Die Kapitalisten bereiten sich fieberhaft auf eine Periode krisenhafter Entwicklung vor. Durch Rationalisierungen und Preistreiberei versucht jeder, seine Position auszubauen und zu festigen. Ihre Konkurrenz tragen sie auf dem Rücken der Arbeiterklasse und des Volkes aus. Sie wollen die Arbeiter mit der Drohung der Krise einschüchtern, während sie zugleich ständig das Ausmaß der Anarchie und Unkontrollierbarkeit der kapitalistischen Profitwirtschaft vertuschen müssen.

Den Arbeitern zeigt das alles die Notwendigkeit, das kapitalistische System vom Erdboden zu tilgen. Es zeigt die Notwendigkeit des Sozialismus. Im Kampf gegen die tägliche Verschlechterung ihrer Lage sammeln sie Kräfte für die Erreichung dieses Ziels. Wenn sie heute auf die Krisen und die Schwierigkeiten der Kapitalisten Rücksicht nehmen würden, würde heute nichts besser und wären sie morgen nur umso schlechter dran.

Eine weitere Schikane bedeutet die Verpflichtung die Post korrekt zuzustellen. Das bedeutet, jeden Eilbrief oder jedes Telegramm an die Haustür zu bringen. Ist der Empfänger nicht da, muß man sein Telegrammpickerl an die Tür kleben, um zu beweisen, daß man versucht hat die Postsendung ordnungsgemäß anzubringen. Hat man aber so viel Post, die man kaum bewältigen kann, so pflegen die Eilzusteller die Briefe meist nur in die Postkästen zu werfen. Das geht schneller, denn man muß keine 3-4 Stockwerke hinauf- und hinunterrennen. Beschweren sich aber die Empfänger über ungenügende Zustellung, so passiert dem Eilzusteller, daß er beim dritten Mal in der Lohnskala ein halbes Jahr zurückgesetzt wird.

Dann gibt es noch Inspektoren und Amtsvorstände, die keine andere Aufgabe haben, als die Postler zu kontrollieren und anzutreiben. So ist es mir beispielsweise passiert, daß ich mit einem Moped fahren mußte, das pro Tag 5 Liter Benzin verbrauchte. Bei der Post wird der Benzinverbrauch so bezahlt, daß der Eilzusteller das Benzin aus seiner Tasche begleicht und dann die Rechnung dem zuständigen Beamten zur Abrechnung vorlegt. Mein zuständiger Beamte hatte natürlich sofort den Verdacht, daß ich mein Privatmoped auf Kosten der Post mit Benzin versorge. Da ich aber kein Moped besitze, glaubte er mir private Ausflüge in der Dienstzeit unterstellen zu dürfen. Bei der Menge von Eilsendungen hat man ja zu so was Zeit. Wie sich bei der Reparatur herausstellte, ist es an dem oftmaligen Stehenbleiben und Anfahren und an einer zu großen Vergaserdüse gelegen. Weiters wurden mir Rechnungen über 70 S nicht abgenommen, da ich sie nicht rechtzeitig, d. h. vor der Monatsabrechnung, abgegeben hatte.

Letzten Endes war da noch der Amtsvorstand, der kontrollierte, ob ja kein Eilzusteller zu früh zurück kommt, denn dann hätte er ihn zum Briefe sortieren einteilen müssen.

W. M.

Gespräch mit einem Arbeiter beim Chilestand

"Sehen Sie - das ist was, was ich nicht versteh! Das ist doch eine gute Sache, die Ihr da machts. Warum beteiligt sich die SPÖ nicht daran? Nein - was Eigenes wollen's unbedingt machen! Denen geht's doch nur ums eigene Prestige. Nicht daß Sie glauben, ich bin SP-feindlich: Ich bin bei der SP! Aber was die Partei immer aufführt, wenn's um Solidaritätsdemonstrationen geht, das ist manchmal nicht mehr auszuhalten. Zuerst wird g'schaut, wer aller dabei ist, welche Organisationen und so. Sind Kommunisten dabei, machen's von vornherein nicht mit - ganz egal, um was es geht! Da sieht man doch ganz deutlich: denen geht's überhaupt nicht um das Volk dort, ob das jetzt Chile ist oder was anderes. Wenn ich ein anderes Volk unterstützen will, muß ich mich doch freuen, wenn das möglichst viele Leute tun. Da ist es doch ganz egal, was für eine Farbe oder was für ein Parteibuch der neben mir hat. Hauptsache er unterstützt das Volk, das für eine gerechte Sache kämpft. Bei der SP hab ich manchmal den Eindruck, die haben ganz vergessen, wen oder was sie eigentlich unterstützen wollen. Zuerst wird gefragt: ist das für uns, für die Partei, gut, wenn wir das machen oder uns beteiligen, oder bringt uns das nichts. Das Volk ist nebensächlich. Auch das in Chile! Ich finde nichts Falsches bei Euren (KB-Wien) Aktionen! Zeitung kann ich keine kaufen- meine Frau ist ein strenger Parteigänger. Die keift wieder stundenlang, wenn ich ihr eine nichtparteitreue Zeitung nach Haus' bring. Aber am Freitag bin ich auf der Demonstration: für das Volk in Chile!"

Reformistische und revisionistische Führer spalten die Chile - Solidaritätsbewegung und sabotieren jeden Akt der wirklichen Solidarität

Es ist diesmal noch nicht gelungen, alle Kräfte, die ehrlich den Kampf des chilenischen Volkes für den Sturz der Junta unterstützen wollen, zu einer einheitlichen kämpferischen Demonstration zusammenzuschließen. Der KB Wien hatte das von Anfang an angestrebt. Schon Wochen vor dem 11. September, dem 1. Jahrestag des faschistischen Militärputsches in Chile, hatten wir Initiativen gesetzt, um eine breite Aktionseinheit aller fortschrittlichen und antiimperialistischen Menschen zustandezubringen. Wir hatten alle aufgefordert, sich überall, auch in ihren politischen gewerkschaftlichen, kulturellen oder sonstwelchen Organisationen, dafür einzusetzen.

UNSER VORSCHLAG ZUR AKTIONSEINHEIT

In einem Aufruf, der unter den Losungen stand: " Schließen wir uns zu einer breiten Aktionseinheit zusammen! Fassen wir alle Kräfte zusammen zu einer machtvollen Demonstration!", schlugen wir als Plattform der Aktionseinheit, als die Grundlage des Zusammenschlusses folgende Losungen vor:

- FÜR DEN STURZ DER MILITÄR-JUNTA !
- GEGEN DIE EINMISCHUNG DES US-IMPERIALISMUS !
- FREIE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG DER CHILENISCHEN ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BAUERN!
- FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN IN CHILE !
- FREIHEIT FÜR DEN CHILENISCHEN GEWERKSCHAFTSBUND CUT !
- KEINE UNTERSTÜTZUNG DER BUNDESREGIERUNG DURCH DIE JUNTA!
- KEINE UNTERSTÜTZUNG DER JUNTA DURCH DIE BUNDESREGIERUNG !
- UNEINGESCHRÄNKTE AUFNAHME ALLER FLÜCHTLINGE IN ÖSTERREICH!
- FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG FÜR ALLE CHILENISCHEN FLÜCHTLINGE IN ÖSTERREICH !
- SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF DES CHILENISCHEN VOLKES GEGEN DIE JUNTA!

Darüberhinaus ist der KB-Wien dafür eingetreten, daß sich die Solidarität mit dem chilenischen Volk auch auf die Ziele seines Kampfes erstreckt: auf die Errichtung der revolutionären bewaffneten Volksmacht und den Sieg des Sozialismus. Gegen die auf diese Ziele gerichtete mächtige Volksbewegung, die während der Regierungszeit Allendes eingesetzt hatte, hatte der Putsch sich vor allem gerichtet. Die Arbeiter hatten Fabriken besetzt, sie organisierten die Produktion und Verteilung der Waren selbst, indem sie sich eigene demokratische Machtorgane in den Fabriken und Stadtvierteln aufbauten, die Landarbeiter und armen Bauern begannen, die Herrschaft der Großgrundbesitzer abzuschütteln und das Land gemeinsam und unter eigener Planung zu bebauen. Immer entschlossener und schwunghafter gingen die Volksmassen daran, Keimformen einer neuen revolutionären Staatsmacht aufzubauen, der Volksmacht oder "poder popular", wie die Chilenen es nannten. Sie bauten sie auf neben, ja gegen den bürgerlichen Staatsapparat mit seiner vom Volk getrennten Beamtenbürokratie, mit seiner Armee, seiner Polizei und seiner Justiz. Und sie begannen sich zu rüsten für den unvermeidlichen Zusammenstoß mit diesem Apparat, dessen Charakter sich durch den Regierungsantritt der UNIDAD POPULAR noch keineswegs gewandelt hatte. Diesem Weg, den die chilenischen Massen beschritten hatten, war direkt entgegengesetzt die Politik der UP-Regierung, allen voran der Revisionisten der sogenannten KP Chiles, eine Politik des "friedlichen Weges zum Sozialismus", der Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat und des Zurückweichens vor der Reaktion. Diese Politik hat die Arbeiterklasse und das Volk Chiles entwaffnet und in die Niederlage geführt. Aber der Kampf ist nur zurückgeworfen, keineswegs beendet. Das Volk wird seine Ziele erreichen, wenn es die Lehren aus der Niederlage zieht, sich vom bürgerlichen Einfluß befreit und entschlossen den Weg weitergeht, den es beschritten hatte und auf dem es schon ein gutes Stück vorangekommen war.

Zu keinem Zeitpunkt haben wir aber diese Auffassung zur Bedingung der Aktionseinheit gemacht. In der Solidaritätsbewegung mit dem Widerstand des chilenischen Volkes gibt es viele Differenzen, auch über die Lehren aus seinem Kampf. Trotzdem gibt es eine Einheit in wichtigen Fragen, die ein gemeinsames Auftreten möglich und im Interesse der Sache notwendig macht.

Der Zusammenschluß aller antiimperialistischen Kräfte auf einer solchen Grundlage entspricht dem Wunsch und dem Interesse der Massen, aller fortschrittlichen Menschen. Wir haben uns auch an verschiedene Organisationen gewandt, darunter auch sozialdemokratische und revisionistische, und sie aufgefordert, auf eine gemeinsame Demonstration Kurs zu nehmen. Aber die bürgerlichen Führer in der



Chile-Solidaritätsbewegung, von Pittermann bis Muhri, hatten nicht das geringste Interesse an einer Zusammenarbeit. Zu keinem Zeitpunkt dachten sie daran, unseren vernünftigen Vorschlag und die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auch nur zu prüfen. Unter dem Vorwand, daß sie (drei Wochen vor dem 11.September!) nicht mehr so schnell umdisponieren könnten und mit dem Argument, daß wir uns mit unseren Vorschlägen nicht nur an die Spitzen ihrer Organisationen, sondern in Plakaten und Flugblättern an die Massen gewandt hätten, lehnten sie jede Zusammenarbeit ab, ohne ein einziges Argument gegen unsere Vorschläge vorbringen zu können. Sie, die so viel von Einheit reden und die Kommunisten als Spalter verleumden, sind selbst die größten Spalter. Sie sind gegen den Zusammenschluß der Menschen auf der Straße, ja sie haben Angst davor. Sie würden ihre Anhänger am liebsten vollständig von der "Außenwelt" abschirmen. Sie müssen Angst haben vor der offenen politischen Auseinandersetzung. Sie scheuen das Licht, weil ihre politische Linie der Wahrheit und allen Erfahrungen der Völker widerspricht. Lügen und Verleumdungen, Totschweigen und Verdrehen der Tatsachen, schamlose Fälschungen und - wo es so nicht mehr geht - Brachialgewalt und Anforderung von Polizeieinsätzen kennzeichnen daher ihre Vorgehensweise.Die KPÖ hat ihren Mitgliedern durch Parteitagsbeschluß jede Zusammenarbeit mit den Marxisten-Leninisten, die sie als "Chaoten" bezeichnet, verboten. Je stärker und entschlossener, je klarer und einheitlicher die Solidaritätsbewegung ist, desto mehr ist ihr Einfluß auf sie gefährdet. Ihre "Einheit" ist die Einheit der Bonzen und Bürokraten untereinander und diese "Einheit" schließt die Spaltung der Massenbewegung, die sich nicht in das Korsett von Schweigemärschen und Messen pressen läßt, ein.
Wie schädlich die Politik ist die sie verfolgen, hat sich nicht nur in ihrer Spalterpolitik gezeigt, sondern auch darin, auf was sie die Chile-Solidaritätsbewegung herunterbringen, wenn sie nur können. Im Gegensatz zur Haltung des chilenischen Volkes prägen nur Trauer und Wehklagen ihre Politik. Wo die Anklage gegen den Faschismus hinausgeschrien, wo das österreichische Volk aufgerüttelt, wo die kämpferische Entschlossenheit der fortschrittlichen Menschen zur bedingungslosen Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes zum Ausdruck gebracht werden mußte, dort wurden ein Trauermarsch und eine Messe veranstaltet.

Die Ereignisse der letzten Wochen zeigen einmal mehr: Man kann den Imperialismus nicht bekämpfen, wenn man nicht zugleich Reformismus und Revisionismus, seine Agenturen in der Arbeiterbewegung, bekämpft. Das ist eine Lehre, die das chilenische Volk ziehen muß. Das haben auch die hiesigen Revisionisten und Sozialdemokraten einem jeden schlagend vor Augen geführt. Der vollständige Bankrott der bürgerlichen "Chile-Solidarität" ist klar zutage getreten. Die Politik, die das Programm der "Chile-Solidaritätsfront" ausmacht, in der vorwiegend einige revisionistische und sozialdemokratische Bonzen und ein paar heuchlerische Pfaffen zusammengeschlossen sind, kann nur Schaden stiften, so wie diese Politik in Chile in die Katastrophe geführt hat. Sie kann keine Grundlage der Solidaritätsbewegung sein.

Das haben so manche Antiimperialisten, die noch den bürgerlichen Führern in der Chile-Solidaritätsbewegung folgen, diesmal erkannt. Viele sind unsicher geworden über die Politik "ihrer" Organisationen. Die meisten haben unsere Argumente und Vorschläge ernsthaft geprüft. Nur die bürgerlichen Funktionäre haben die Massen mit allen Mitteln davon abhalten wollen. Mancher ehrliche Anhänger der KPÖ oder der SJ hat sich nicht mit dem Gejammer und der Heuchelei eines Pittermann oder Hindels abspeisen lassen und sich auch an der Solidaritätsdemonstration am 13.9. beteiligt. Mit dem Schweigemarsch der "Chile-Solidaritätsfront" vom 11.9. hatte diese Demonstration nichts gemein. Diese Demonstration, an der weit über 1000 Menschen teilnahmen und in die auch viele Passanten sich einreihten, war nicht nur größer als die Aktion der "Chile-Solidaritätsfront". Sie war vor allem ein wirklicher Akt der Solidarität, der sich der Siegeszuversicht und Kampfentschlossenheit des chilenischen Volkes würdig erwiesen hat.

Zwar ist es diesmal noch nicht gelungen, alle fortschrittlichen Kräfte zusammenzufassen. Die bürgerlichen Führer der "Chile-Solidaritätsfront" haben sich noch einmal über den Wunsch der Massen nach Aktionseinheit hinwegsetzen können. Aber sie haben sich ungeheuer bloßgestellt. Ein Schritt vorwärts in der richtigen Richtung ist sicher getan worden.

W.L.

Faustdicke Lügen

Alles tun die Revisionisten der ganzen Welt und ihre Handlanger, um das chilenische Volk daran zu hindern, die richtigen Lehren aus der Niederlage im vorigen September zu ziehen. Alles tun sie hierbei, um die österreichischen Massen daran zu hindern, sich diese Lehren zunutze zu machen, Erkenntnisse, die sie so dringend für den Klassenkampf brauchen.
Hortensia Allende, die Witwe des ermordeten Präsidenten, hat mehrmals darauf hingewiesen, daß es keinen "friedlichen Weg zum Sozialismus" zusammen mit dem bürgerlichen Staat geben kann. So sagte sie in einem Interview für die französische Zeitung "Le Monde":

"Der Stimmzettel genügt nicht, um zum Sozialismus zu gelangen. Man muß auch über eine Volksarmee verfügen. Der Staatsstreich hat uns gezeigt, daß es, in Lateinamerika zumindest, illusorisch ist, auf dem parlamentarischen und pluralistischen Weg zu setzen."

Daß sie oftmals die richtigen Lehren aus den Ereignissen in Chile gezogen hat, jagt den Revisionisten einen großen Schrecken ein. Adalbert Krims, der "Referent für Öffentlichkeitsarbeit" der "Chile-Solidaritätsfront", ist entsetzt, daß Frau Allende zum "bewaffneten Kampf um die Beendigung der blutigen Diktatur" aufgerufen haben soll, wie es in einer Meldung der Nachrichtenagentur Reuter und darauf aufbauend in der "AZ" stand.



In der Woche vom 8. - 14.9. fanden in vielen Ländern der Welt machtvolle Solidaritätsdemonstrationen mit dem Kampf des chilenischen Volkes statt. Die internationale Solidarität ist eine wichtige Hilfe für die Arbeiterklasse und das Volk Chiles, so wie die Fortschritte, Erfahrungen und Lehren der chilenischen Revolution eine wichtige Hilfe und wichtiges Anschauungsmaterial für die internationale Arbeiterklasse sind. In Mailand demonstrierten 50.000, in Frankfurt 30.000. Auch in Wien (siehe Bild) und in anderen Städten Österreichs fanden Solidaritätsdemonstrationen statt.

Gespräch beim Zeitungsverkauf

Beim Verkauf der "Chilesondernummer" hatte ich ein Gespräch mit einem ca. 50-jährigen Mann:
Er war drei Jahre im KZ in Mauthausen, weil er gegen den Faschismus kämpfte. Dort schlug man ihn zum Krüppel, er ist jetzt arbeitsunfähig, hat drei Kinder und bekommt eine Rente von 1700.- Schilling im Monat. Was das bedeutet, weiß jeder: zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben. Das zeigt ganz deutlich: im bürgerlichen Staat wird ein Mensch, der seine Gesundheit im Kampf gegen den Faschismus geopfert hat, zum "Fürsorgefall": Er muß Postkarten verkaufen, um irgendwie sein Leben fristen zu können...
Vom bürgerlichen Staat, so meinte der Mann, habe er überhaupt nichts zu erwarten. Er ist gezwungen, sein Dasein von einer winzigen Rente zu fristen, er erhält keine Vergünstigung, ist nicht einmal sozialversichert, sondern "Fürsorgefall".

L.B.

.....FORTSETZUNG VON SEITE 1

weil sie sich "radikal" politisch betätigt hatten(!). Denen die aufgenommen wurden, wurde gleich von Anfang an ein Maulkorb verpaßt. Sie hätten als Flüchtlinge kein Recht auf gewerkschaftliche und politische Betätigung. Es sei denn, sie stellten sich in den Dienst der SPÖ für deren heuchlerische "Solidarität" und "Verurteilung" des Putsches, wie der zuständige Regierunsvertreter, der bereits genannte Langschwert, den Flüchtlingen im Frühjahr 1974 erklärte. Höchstens könnten sie sich auch noch für die "Chile-Solidaritätsfront" einspannen lassen, in der sich bekanntlich Sozialdemokraten, KPÖ-Revisionisten und einige Pfaffen an bürgerlicher "Solidaritätsheuchelei" zu überbieten trachten. Aber keine Zusammenarbeit mit den Marxisten-Leninisten, konkret mit dem KB-Linz. Die chilenischen Flüchtlinge in Linz haben sich nicht mundtot machen lassen. Deshalb hausen sie heute noch mit ihren Familien in Baracken-Löchern, die jeder Hygiene Hohn sprechen, während andere eine Vielzahl materieller Zuwendungen aus einem Flüchtlingsfonds der UNO erhalten haben, den die Bundesregierung verwaltet. Deshalb ist jetzt die sozialdemokratische Kumpanei in Regierung, VÖEST-Betriebsleitung und auch im VÖEST-Betriebsrat über sie hergefallen (Betriebsratsobmann Lindlbauer: "Entweder alle Flüchtlinge gehen oder ich!")

Letzter Anlaß war vielleicht die Tatsache, daß die Chilenen bei der Vorbereitung einer Solidaritätsdemonstration in Linz zum 11.September, scharf gegen die Pläne der Sozialdemokraten und Revisionisten aufgetreten sind, nur einen Schweigemarsch zu machen so wie in Wien. Bei den Verhandlungen haben sie auch aufgedeckt, wie es im Lauf des letzten Jahres den Sozialdemokraten und Revisionisten nur darum ging, sie zu bestechen und materiell zu korrumpieren und ihre politische Arbeit zu unterbinden. Es war wohl auch kein Zufall, daß die oben erwähnte "Besprechung" gerade zu dem Zeitpunkt festgesetzt worden war, als die Chilenen bei einer Solidaritätsdemonstration in Linz sprechen wollten.

Natürlich haben Regierungsvertreter und VÖEST-Betriebsleitung nach einem Vorwand suchen müssen. Dieser Vorwand ist: häufige Fehlzeiten, Krankenstände und "Minderleistung".
Es ist in der Tat kein Geheimnis, daß die chilenischen Flüchtlinge physisch und psychisch schwer angeschlagen nach Linz gekommen sind. Jeder fortschrittliche Mensch kann ihre materiellen, familiären und sprachlichen Schwierigkeiten nach einer Flucht um den halben Erdball begreifen. Dennoch waren sie nicht überrascht, daß ihnen die VÖEST gegenübertritt wie jeder andere Kapitalist den österreichischen Kollegen: mit Arbeitsleistung und Profit vor Augen und ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter. Der Kapitalistenstandpunkt der VÖEST wollte den chilenischen Kollegen die elementaren Schutzrechte verweigern, die sich die Arbeiterklasse in den letzten 100 Jahren erkämpft hat. Inzwischen mußte die Personalabteilung der VÖEST ein ärztliches Attest über ein Herzleiden von C. Lobos anerkennen und ist gezwungen, ihm eine leichtere Arbeit anzubieten.

VÖEST-Betriebsleitung und Regierungsvertreter hatten wohl damit gerechnet, daß die Einschüchterung, jedes weitere öffentliche Auftreten der Chilenen verhindern würde. Sie haben sich arg getäuscht. Die Chilenen haben sich nicht spalten lassen, sondern sind einheitlich den Unterdrükkunsmaßnahmen entgegengetreten. Aufgrund der Sprachschwierigkeiten und der offenen Feindseligkeit ihrer Vorgesetzten sahen die chilenischen Kollegen keine Möglichkeit am Arbeitsplatz selbst die Unterstützung ihrer Arbeitskollegen zu erreichen, was der erfolgversprechendste Weg wäre, um die Rücknahme der Unterdrückungsmaßnahme zu erkämpfen. Stattdessen weigerten sie sich geschlossen unter diesen Bedingungen zur Arbeit zu gehen. Sie haben eine politische Erklärung ausgearbeitet, in der auf die politische Entrechtung und Unterdrückung der chilenischen Flüchtlinge hingewiesen wird und in der ihre Forderungen niedergelegt sind:

- Keine Entlassungen! Keine Lohnkürzungen oder sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen!
- Schluß mit der politischen Unterdrückung in der VÖEST!

Sie haben diese politische Erklärung öffentlich verbreitet. Der KB Linz hat seinerseits alles getan, um die Vorfälle in der Stadt bekannt zu machen. Der Stein, den die Reaktionäre erhoben haben, ist auf ihre eigenen Füße gefallen. Als ihre Pläne der Bevölkerung bekannt und deren Scheitern offenkundig war, haben sie zum teilweisen Rückzug geblasen. Vor allem aber aus Angst ihre "fortschrittliche" Maske zu verlieren. Jetzt soll alles eine "Verkettung von Zufällen" gewesen sein und man beeilt sich mit dem Angebot von neuen Arbeitsplätzen. Umso besser für die chilenischen Kollegen. Sie sind der Verwirklichung ihrer Forderungen einen Schritt näher gekommen. Daß es sich um keine "Verkettung von Zufällen" handelt, zeigt allein schon, daß inzwischen Rodion Rodriguez zum 30.9. entlassen und aus der Werkswohnung fristlos gekündigt wurde.

Die Solidarität mit den chilenischen Flüchtlingen in Linz ist durch die bürgerlichen Kräfte, ihr Zusammenspiel mit der VÖEST-Betriebsleitung und dem bürgerlichen Staat torpediert worden (siehe Artikel: "KPÖ-Revisionisten geben Regierung und VOEST-Betriebsleitung volle Rückendeckung"). Das kann uns in keiner Weise hindern, weiterhin alles für die Unterstützung der Linzer Chilenen zu tun. Wir fordern daher alle auf, dem Aufruf der Linzer Genossen Folge zu leisten:

"Wir ersuchen Euch, die politischen Willkürmaßnahmen gegenüber den chilenischen Flüchtlingen in Linz breit zu veröffentlichen, Unterstützungserklärungen an die chilenischen Genossen (Carlos Lobos, Hüttenwerksiedlung/ Bindermichl, Linz) und Resolutionen an die Bundesregierung und die VOEST zu schikken.
Voraussichtlich werden die chilenischen Genossen am 25.9. die Arbeit wieder aufnehmen - nach den Rückzugsgefechten der VOEST - wahrscheinlich ohne Verschlechterung und Lohneinbuße. Das ist sicher ein Erfolg ihres mutigen Auftretens. Allerdings ist jetzt erst recht Aufmerksamkeit und Unterstützung nötig, damit sie nicht bei nächster Gelegenheit gefeuert werden."

Der Kampf gegen diesen jüngsten Fall von politischer Unterdrückung von Ausländern ist umso wichtiger, als die Willkürmaßnahmen gegenüber den chilenischen Kollegen keine Einzelfälle sind. Erst im Juni dieses Jahres sollten zwei fortschrittliche persische Studenten aus Salzburg wegen politischer Betätigung abgeschoben werden (siehe Klassenkampf 7/74). Nach Protestaktionen in ganz Österreich ist es gelungen die Behörden zu zwingen, diese Ausweisung rückgängig zu machen. Die wachsende Einschüchterung und politische Unterdrückung ausländischer Arbeiter und Studenten ist nicht im Interesse der österreichischen Werktätigen und schadet ihnen. Die ausländischen Arbeiter werden genauso ausgebeutet wie ihre österreichischen Kollegen, die ausländischen Studenten sind derselben Unterdrückung unterworfen wie die österreichischen. Die besondere politische Rechtlosigkeit und die bürokratische Bevormundung, der die Ausländer ausgesetzt sind, ist ein Teil der Einschränkung und Verstümmelung der bürgerlichen Demokratie und zeigt deutlich die polizeilich-bürokratische Gängelung, der das ganze Volk unterliegt. Die Entrechtung der ausländischen Arbeiter, die Entrechtung dieses Teils der Arbeiterklasse schwächt die solidarische Front aller Werktätigen gegen den gemeinsamen Feind: die Kapitalisten klasse und den bürgerlichen Staat.

W.L.

KPÖ Revisionisten geben Regierung und VÖEST-Betriebsleitung volle Rückendeckung

Volle Schützenhilfe haben die Unterdrücker von den KPÖ-Revisionisten erhalten. Kaum hatten die Chilenen den Kampf gegen den Anschlag aufgenommen, erklärte ihnen der KPÖ-Betriebsrat Pötscher, sie sollten keine politische Affäre aus der Sache machen, wieder arbeiten gehen, er werde die Angelegenheit auf "legalem Weg" regeln. Vor allem dürfte niemand etwas davon erfahren und man dürfe die Sache nicht hochspielen. Die revisionistische Presse hat sich voll an diese Auffassung gehalten, die ja die typische Kabinetts- und Vorzimmerpolitik der Revisionisten ist. In der "Volkstimme" wurde die Affäre bis heute verschwiegen. Nur in ihrer oberösterreichischen Ausgabe findet sich eine Notiz, in der zwar keine Rede von politischer Unterdrückung und Solidarität mit den Chilenen ist, sondern nur als "merkwürdig" bezeichnet wird, daß die VÖEST ausgerechnet am Jahrestag des Putsches Chilenen entläßt. Hätten sie nicht ein paar Tage damit warten können? Daß die KPÖ-Betriebsräte volles Verständnis haben, wenn die Firma "Minderleister" auf die Straße setzt, konnten sie bereits vor einiger Zeit unter Beweis stellen, als ein Hochofen stillgelegt

wurde. Damals ging es um österreichische Arbeiter.

Als die Chilenen die Machenschaften der Revisionisten ablehnten, starteten diese eine wüste Hetze und Verleumdungskampagne gegen sie. Alle Argumente der Kapitalisten und der Regierung machten sie sich voll zu eigen. Die Chilenen seien selbst schuld, wenn sie sich politisch so hervortäten und wenn sie faul wären und nichts arbeiteten. Je weniger die VÖEST-Betriebsleitung ihre Argumente halten konnte, desto größere Schmutzkübel leerten die Revisionisten über die Chilenen aus. Zuletzt waren sie die hauptsächlichen Träger der Hetzkampagne gegen die Chilenen. Alles haben sie getan, um zu verhindern, daß möglichst viele Menschen von der Sache erfahren und daß eine starke Solidarität entsteht. Kein "Argument" war ihnen zu blöd, wenn es nur den Chilenen und den Kommunisten in Linz schaden konnte: Der KB Linz hätte den Chilenen den Streik eingeredet und gesagt, sie sollten lieber zu KB-Sitzungen gehen als zur Arbeit. Indessen hat der KB Linz sich von Anfang an (auch öffentlich) dafür eingesetzt, daß die Chilenen sich vor allem auf ihre Arbeitskollegen stützen sollten, nicht zu Hause bleiben, sondern während des Streiks in der Fabrik sein sollten usw. Ein KPÖ-Betriebsrat hat in diesem Zusammenhang der Staatspolizei und der Krankenkasse öffentlich seine Spitzeldienste gegen die Chilenen angeboten: er könne genau Zeit und Ort der Veranstaltungen des KB Linz sagen, an denen die Chilenen teilgenommen hätten. Die enge Zusammenarbeit mit und das Vertrauen in den Staatsapparat zeigte sich auch darin, daß ein KPÖ-Sympathisant bei einer öffentlichen Veranstaltung vorwurfsvoll fragte, ob die Chilenen etwa gar Angehörige der MIR ("Bewegung der revolutionären Linken", eine Organisation des chilenischen Widerstandes links von den Reformisten und Revisionisten) seien und wenn ja, wie sie dann überhaupt nach Österreich hereingekommen seien.

Die revisionistischen Führer haben klar gezeigt, daß sie gemeinsam mit den sozialdemokratischen Bonzen auf der Seite der VÖEST-Betriebsleitung und der Unterdrücker stehen. Anders war es vielleicht mit vielen ihrer Anhänger, die - als bei einer Veranstaltung der "Chile-Solidaritätsfront" in Linz die politische Erklärung der Chilenen verlesen wurde, voll damit einverstanden waren und durch Applaus ihre Zustimmung bekundeten. Hatten bei der ersten Veranstaltung am 19.9. die Oberrevisionisten Fließer (Bezirkssekretär der KPÖ) und Wippliner (Landesobmann Oberösterreich) fluchtartig den Saal verlassen und es der "zweiten Garnitur" überlassen, über die Chilenen und den KB Linz herzufallen, so hatten sie sich am 21.9. vorgenommen, daß so etwas nicht mehr vorkommen dürfte. In einem Bericht der Linzer Genossen heißt es: "Gleich bei unserer Ankunft werden die CSF (Chile-Solidaritätsfront) Leute wild: vor und in der Eingangshalle versuchen sie, uns die Flugblätter aus der Hand zu reißen, beginnen mit Handgreiflichkeiten und wollen uns am Betreten der Halle hindern. Die KP-ler schlagen selbst auf die chilenischen Flüchtlinge ein und werfen sie aus der Halle hinaus. Sie sagen, das wäre "ihre" Veranstaltung und wir wollten nur stören. Sie holen die Polizei, die jedoch wieder abzieht. Viele Leute, die draußen stehen, sind empört über diese Vorfälle. Die KP-ler bilden eine Mauer und lassen nur Leute, von denen sie wissen oder glauben, daß sie nicht zu uns gehören, hinein. Sie können jedoch nicht verhindern, daß auch wir langsam hineinkommen. Der stockbetrunkene KPÖ-Bezirkssekretär, Hubert Fließner, stößt eine Genossin über die Stiege hinunter, als es ihm nicht gelingt, sie hinauszudrängen. Einer der "Aktivsten" ist der KP-Betriebsrat in der VÖEST Siegfried Pötscher. In der Vorhalle gibt es heftige Diskussionen. Ein letzter Versuch uns nicht in den Saal zu lassen scheitert ebenfalls, da wir alle Eintrittskarten haben (sie verlangen eine Spende von 30.- Schilling, die übrigens die Chile-Solidaritätsfront einsackt und die nicht nach Chile geschickt werden, laut Angaben von Maria Szentpetery (KAJ)).
Während der Veranstaltung ist viel von internationaler Solidarität, von Einheit usw. die Rede. Während der ganzen Veranstaltung kein einziges Wort über die Lage der chilenischen Flüchtlinge in Linz, über die Vorfälle am 11.9. in der VÖEST. Nach der Beendigung der Veranstaltung durch den Sprecher formieren wir einen Sprechchor der eine Diskussion verlangt. Die CSF-Leute demonstrieren, was sie unter "internationaler Solidarität" verstehen und mißbrauchen die Losung "Hoch die internationale Solidarität", um unsere Diskussionsforderung niederzuschreien. Wir warten, bis sie sich heiser geschrieen haben und beginnen wieder, mit den Leuten in der Halle zu diskutieren. Kaplan Berger (Vorsitzender der CSF) ist einer der Einschreier. In der Vorhalle und vor dem Haus gibt es noch lange Diskussionen.

Auch Leute, die mitgeschrieen haben, sind nicht mehr so sicher, als wir ihnen erklären was wir sagen wollten, - daß es nicht um die Störung einer "fremden" Veranstaltung ging, sondern um Unterstützung für die chilenischen Flüchtlinge zu erreichen, die die CSF beständig verweigert.
Nicht nur daß sie nichts sagt, sie verbreitet auch Gerüchte, die die Chilenen schlecht machen sollen. Das Argument, daß das "ihre" Veranstaltung wäre und dort ist eben nichts über die Linzer Flüchtlinge zu sagen, fällt auf sie zurück; und zeigt klar, daß sie die Flüchtlinge nicht unterstützen wollen, sondern ihnen in den Rücken fallen.
Manche Leute sind auch von der Veranstaltung enttäuscht: sie sagen was geboten wurde, haben sie schon längst gewußt, und eine Diskussion, in der sie mehr erfahren hätten können, wurde ja unterbunden.
Zu erwähnen ist noch der Gemeinderat Wipplinger (KP), der sich bemühte, nach der Veranstaltung seine Leute zu sammeln und ins Wirtshaus zu treiben, damit sie ja nicht mit uns reden können."

Als bei der Veranstaltung der "Chile-Solidaritätsfront" am 20.9. in Wien ein Linzer Genosse die Erklärung der chilenischen Flüchtlinge in Linz verlesen und die dort anwesenden Leute mit den Ereignissen, die von der CSF totgeschwiegen werden, bekanntmachen wollte, wurde er mit Gewalt von Kaplan Berger, dem KPÖ-ler Bruno Furch und von Adalbert Krims vom Mikrophon weggedrängt. Furch tat sich dadurch hervor, daß er drohte, er würde die Polizei holen. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Revisionisten, daß ihnen das immer als erstes "Argument" einfällt. Bei den einfachen Teilnehmern an der Veranstaltung der CSF stießen hingegen die Informationen und Argumente auf großes Interesse und auf Zustimmung, wie sich dann bei den Gesprächen vor den Toren zeigte.

W.L

Revisionistische Lügenpropaganda

Vor kurzem konnten die Wiener Mitglieder der KPÖ in diesem vom Vorsitzenden der Partei und dem Obmann der Wiener Stadtleitung unterschriebenen Rundbrief lesen, der KB Wien trete vor Betrieben als Werber für die Kodicek-Gruppe "Gewerkschaftliche Einheit" auf. Einige Tage später stand die selbe Meldung in der "Volksstimme". Kein Mitglied der KPÖ und kein Leser der Volksstimme hat allerdings Mitglieder oder Anhänger des KB Wien beim "Werben für die Kodicek-Gruppe" gesehen.

Das hat seinen guten Grund. Ebenso wie die revisionistische KPÖ tritt die Liste der Gewerkschaftlichen Einheit Kodiceks dafür ein, daß die Arbeiterkammern "Waffenschmieden des Klassenkampfes" sein sollen - eine Bezeichnung, die der Sozialdemokrat Hanusch anläßlich der Gründung der Arbeiterkammern geprägt hat.

Inhalt und Form des Verrats, den die österreichische Sozialdemokratie an der Sache der Arbeiterklasse begangen hat, kommen in ihrer Haltung zu den Arbeiterkammern zum Ausdruck: sie schufen eine halbstaatliche, ständische Institution mit Zwangsmitgliedschaft als verlängerter Arm des bürgerlichen Staats in der Arbeiterbewegung - und stellten das als Errungenschaft der Arbeiterklasse hin. Sozialismus in Worten, Verrat an der Arbeiterklasse in der Tat, das war das Wesen austromarxistischer Politik.

In diese Tradition stellen sich die revisionistischen KPÖ-Führer ebenso wie die Gruppe von Kodicek offen und ohne alle Scham, indem sie das Wort von Hanusch an die Spitze ihrer Erklärungen zur Arbeiterkammerwahl stellen.

Der KB Wien hat im Gegensatz dazu die einzige für Kommunisten mögliche Position bezogen und tritt für die Auflösung der Arbeiterkammern ein. Wir haben für die Arbeiterkammerwahl die Losung aufgestellt: Keine Stimme für die bürgerlichen Listen!, weil noch keine kommunistischen Kandidaten aufgestellt werden können, die auch in der Arbeiterkammer gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit und die Fesselung der Arbeiterklasse an den bürgerlichen Staat auftreten. Diese Haltung haben wir auch in der Stadt und vor den Betrieben propagiert.

Für die Autoren des KPÖ-Rundbriefes gibt es also nur zwei Möglichkeiten: entweder kriechen die Herren Muhri und Karger erst aus ihren Löchern hervor, wenn es schon zu finster ist zum Lesen - oder sie lügen, und zwar gedruckt.

H.W.

Offener Brief an Direktor Klimpt

Kommunistischer Bund Wien
(KB Wien)
Roter Schülerbund (RSB)
Westbahnstr. 7/8
1070 Wien

An Herrn
Hofrat Dr.Klimpt, Direktor des BRG XX,
Unterbergergasse I
1200 Wien

Betrifft: Brief mit Bombendrohung

Sehr geehrter Herr Klimpt!

Am 20.9.1974, am späten Nachmittag, wurde die Leitung des RSB von Schülern der von Ihnen geleiteten Anstalt von der Tatsache in Kenntnis gesetzt, daß im Unterricht ein Brief, adressiert an die Direktion des BRG XX verlesen wurde, demzufolge der KB Wien und der RSB einen Bombenanschlag auf die Schule planen würden und das Leben der Schüler und Lehrer in Gefahr sei. Sie haben die Schüler angehalten, dies im Mitteilungsheft niederzuschreiben und von den Eltern unterschreiben zu lassen Weiters ordneten Sie folgende Maßnahmen an:

- o Ausweiskontrollen für alle Schüler und für alle schulfremden Personen,
- o Durchsuchung der Schultaschen und der nachgebrachten Schulsachen,
- o Überwachung aller KB- und RSB-verdächtigen Personen durch die Staatspolizei.

Dazu stellen wir fest: RSB und KB Wien haben diesen Brief nicht geschrieben. Wir weisen die darin enthaltene Verleumdung aufs entschiedenste zurück. Solche Aktionen, wie die Androhung eines Bombenanschlags oder die Benutzung einer Bombendrohung als politisches Druckmittel würden unseren politischen Auffassungen vollständig widersprechen. Wir lehnen daher beides strikt ab.

Dieser Brief kann nur von Leuten geschrieben worden sein, die den fortschrittlichen Schülern am BRG XX, aber auch der Sache der fortschrittlichen Menschen, die in immer größerer Zahl und immer heftiger gegen Ihr Regime am BRG XX auftreten, sowie unseren Organisationen, schweren Schaden zufügen wollen Denn der Brief nützt einzig und allein den reaktionären Kräften, insbesondere denen am BRG XX selbst, bei ihren schon seit Monaten andauernden Versuchen, jede selbständige Regung der Schüler, jeden Widerstand gegen Ihre, in der Bevölkerung oft als "KZ-Methoden" bezeichnete,Schulführung, jedes politische Auftreten gegen die stockreaktionären, proimperialistischen und arbeiterfeindlichen Ansichten, die in der Schule verbreitet werden, abzuwürgen und mangels Überzeugungskraft mit Drohungen, terroristischen Verhören, Einschüchterung und Bespitzelung, sowie Rausschmissen fortschrittlicher Schüler zu beantworten. Dieser Brief dient dazu, fortschrittliche Schüler als Verbrecher abzustempeln, um damit jede Art von Unterdrückungsmaßnahmen und Terror gegen sie zu rechtfertigen, sei es seitens der Direktion und Schulbürokratie, sei es seitens der Staatspolizei. Er ist ein Versuch, die Bevölkerung gegen RSB und KB Wien und gegen Kommunismus überhaupt aufzuhetzen. Er ist allerdings letztlich ein untauglicher und hilfloser Versuch, der vor allem die Schwäche und Unsicherheit seiner Urheber zeigt. Zu solchen schmutzigen Methoden muß nur greifen, wer nicht darauf zählen kann, im Volk Unterstützung für seine Politik zu finden, und dem die Wahrheit Angst und Schrecken bereitet.

Die Kommunisten, der KB Wien und der RSB, glauben nicht, daß man mit Bombenschmeissen und individuellem Terror überhaupt etwas gegen Unterdrückung und Ausbeutung ausrichten kann. Was wir wollen und was auch die Massen wollen, das ist die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen und der Unterdrückung des Volkes durch eine Handvoll Kapitalisten und ihren politischen Gewaltapparat, den bürgerlichen Staat. Das erfordert, daß die Massen selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen, oder, wie es in einem alten Arbeiterlied heißt: "Es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein". Das erfordert, daß die Massen sich die uneingeschränkte Demokratie erkämpfen, um den Sozialismus aufbauen zu können. Für dieses Ziel und diesen Weg gewinnen wir die Massen nicht mit Bombendrohungen, sondern durch die Kraft der Wahrheit. Überall, wo Teile des Volkes zu den herrschenden Verhältnissen in Widerspruch kommen und den Kampf für ihre Interessen aufnehmen. versuchen wir in vorderster Front zu stehen. Die Kommunisten haben keine von den Massen verschiedenen Ziele und Interessen, sie haben vor ihnen nichts zu verbergen. Sie unterscheiden sich von ihnen nur dadurch, daß sie immer das Ziel vor Augen haben: den Sturz der Ausbeuterherrschaft, den Sieg des Sozialismus und schließlich die Errichtung der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft. Eine andere Kraft und einen anderen Rückhalt, als die Kraft der Entschlossenheit und Organisiertheit der Massen gibt es für die Kommunisten nicht. Auf dem Weg zu diesem Ziel muß die Arbeiterklasse, müssen die Volksmassen den bürgerlichen Staat, Armee, Polizei, Gendarmerie und den ganzen Verwaltungs- und Unterdrükkungsapparat zerschlagen, um die politische Macht der Kapitalistenklasse abzuschütteln und selber die politische Macht zu ergreifen. Weil die Bourgeoisie sich nicht nur auf ihre bezahlten Politiker, Journalisten, Pfaffen und Professoren stützt, sondern in der entscheidenden Situation vor allem auf bewaffnete Formationen, bleibt auch der Arbeiterklasse und dem Volk keine Wahl, als die Anwendung revolutionärer Gewalt und kann die Volksherrschaft nur mit Waffengewalt errichtet werden. Das kann die Arbeiterklasse sich nicht aussuchen und das ist keine arglistige Erfindung der Kommunisten. Das ist eine alte Lehre der Geschichte und zuletzt hat die Niederlage in Chile sie wieder bestätigt. Aber die Anwendung revolutionärer Gewalt durch das Volk gegen eine Handvoll Kapitalisten und deren Kettenhunde hat mit individuellen Terrorakten oder gar mit Bombenschmeissen gegen das Volk und in den Schulen so wenig zu tun wie Feuer mit Wasser. Es ist nichts als ein plumpes, niederträchtiges Verleumdungsmanöver, uns den Bombendrohungsbrief in die Schuhe zu schieben. Wir haben unsere Ansichten und Absichten immer wieder breit und jedermann zugänglich in unseren Publikationen dargelegt. Auch vor und in Ihrer Schule wurden bekanntlich unsere Flugblätter verteilt und unsere Zeitungen verkauft. Auch Sie selbst, Herr Klimpt, hatten also genügend Gelegenheit, sich mit unseren Ansichten bekannt zu machen. Sie haben es auch getan, wie schon allein eine Entgegnung auf eine Beschreibung der Zustände an Ihrer Schule in der RSB-Zeitung "Schulkampf" (siehe Nr.1/74, 2-3/74) beweist. Darüber hinaus haben Sie sich in Verhören von Schülern, die mit unseren Ansichten sympathisieren oder sie aktiv an der Schule vertreten, des öfteren gebrüstet, wieviel sie über den RSB und seine Politik wissen. Es steht fest, daß Sie keineswegs aus Unkenntnis handelten, als Sie einem Brief sofort Ihr vollstes Vertrauen schenkten, der uns in einfältiger und plumper Weise eine Bombendrohung in die Schuhe schieben will. Sie haben, obwohl der Tatbestand der Fälschung leicht zu erkennen ist, den Inhalt des Briefes den Schülern und Eltern mitgeteilt, als sei es gewiß, daß er von unseren Organisationen stammt.

Es fällt auch auf, daß Sie in diesem Fall sofort die Eltern und Schüler informierten, während Sie sonst die Öffentlichkeit scheuen. Sie haben nämlich bei den berüchtigten Verhören, Disziplinarmaßnahmen usw. auf nichts mehr Wert gelegt, als auf ihre Geheimhaltung. Nichts war Ihnen ein größerer Dorn im Auge, als daß wir die Vorgänge in der Schule der Bevölkerung offenlegten. Während es sich in diesem Fall um Tatsachen handelt, die zu erfahren die Bevölkerung ein Recht hat, handelt es sich bei der Bombendrohung um eine schamlose Verleumdung, als deren Wasserträger Sie, ob bewußt oder unbewußt bleibt dahingestellt, fungiert haben. Die Methode der Verleumdung ist genauso niederträchtig, wie zum Scheitern verurteilt. Wir haben diesen offenen Brief öffentlich verteilt und werden jeden Menschen von dieser Angelegenheit und darüber, wem sie nützt, informieren. Wir haben den Brief auch an die Zeitungen versandt. Wir fordern Sie auf, unverzüglich die Lehrer und Schüler von der wahren Sachlage zu informieren und die Eltern im Mitteilungsheft zu benachrichtigen, daß KB Wien und RSB den Brief mit der Bombendrohung nicht geschrieben haben und die darin geäußerten Absichten als unverschämte Verleumdungen von sich weisen. Wir fordern Sie auf, allen Betroffenen diesen offenen Brief bekanntzumachen. Tun Sie es nicht, so ist das ein Zeichen dafür, welch große Angst Sie vor der Wahrheit haben müssen und wie sehr Sie jeder offenen Auseinandersetzung aus dem Weg gehen. In diesem Fall werden wir gerichtliche Schritte gegen Sie unternehmen.

Walter Lindner
Vorsitzender des KB Wien

Hans Pechar
Vorsitzender des RSB

Korrespondenz zu Unterberg

„...der soll einmal selber arbeiten!"

Als ich einer alten Frau erzählte, daß zwei Schüler wegen politischer Betätigung vom BRG XX rausgeworfen werden sollen und die Bevölkerung die gerechten Forderungen nach freier politischer Betätigung und freier Meinungsäußerung unterstützen muß, sagte sie: *"Die freie Meinungsäußerung wird doch immer so hochgehalten! - Ja, das sollen wir glauben. Aber so schauts dann aus damit! Wo ist denn da die Demokratie?!"* *dem Direktor paßt. Und wenn sich da einer von uns Eltern aufregt, dann lassens sie unseren Kindern in der Schule spüren, mit den Noten! Da ist es wichtig, daß sich die Eltern zusammensetzen und an die Öffentlichkeit treten, daß wir selbst die Initiative ergreifen!"*

Sie begrüßte auch die öffentliche Versammlung und das Bestreben, ein Komitee zu gründen.

Viele Arbeiter waren empört, wie sie hörten, daß Klimpt in der Schule die Schüler gegen sie aufhetzt und über die Arbeiterklasse nur Schlechtes und Erniedrigendes im Unterricht sagt.

Einer sagte: *"Wenn das wahr ist - dann laß ihm ausrichten, er ist ein großer Trottel! Das geht nicht, das der weiter an der Schule bleibt! Der soll sich einmal in eine Fabrik stellen und selber einmal arbeiten!"*





Stadtagitation des KB Wien und RSB zu Unterberg

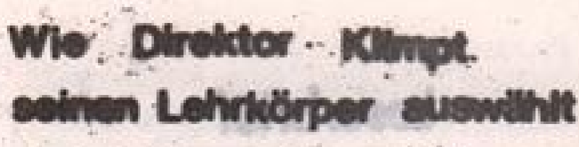
Eine Mutter: *"Freie Meinungsäußerung und politische Betätigung ist doch das mindeste für die Kinder, daß sie ihre Interessen offen aussprechen können! Seit einem Monat bekommen unsere Kinder in Musik und in einigen anderen Klassen auch in Mathematik keinen Unterricht, weil keine Lehrer da sind. Aber um solche Sachen kann sich der Direktor nicht kümmern, er hat ja anscheinend anderes zu tun."*

"Und bei den Elternversammlungen vom Elternverein komm' ich gegen diese Zustände auch nicht auf, weil da die Akademiker und höheren Leute oben sitzen und die tun soundso nur was

Sehr viele Eltern berichteten, daß sie auch Schwierigkeiten mit ihren Kindern am BRG XX haben und sie unzufrieden mit dem Direktor seien. *"Eines steht fest, der Klimpt muß weg!"* sagte ein Schüler, der früher am BRG XX in die Schule ging und auch etliche andere Schüler und Eltern, die alle sehr schlechte Erfahrungen mit dem Direktor gemacht hatten, bestätigten diese Forderung. Viele Leute unterschrieben spontan die Unterschriftenlisten gegen die Rausschmisse, weil sie, wie sie sagten, in ihrer eigenen Schulzeit auch die Erfahrung mit der Schulbürokratie gemacht haben, daß sie die Schüler unterdrückt und diszipliniert.

Es herrschte überhaupt großes Interesse an Schulfragen und darüber, wie die Kinder in der Schule erzogen werden, und zahlreiche Menschen forderten selbst die Einflußnahme der Bevölkerung auf die Schulen, die Öffentlichkeit für alles, was in den Schulen passiert, weil sie immer wieder von der Schulbürokratie vor den Kopf gestossen werden und die Lehrer ihnen nichts über die Mißstände sagen, oder es ihnen verboten wird, wenn sie dagegen was machen, dann stellt sich die Behörde gleich in den Weg, die dafür verantwortlich ist.

M.P.



Wie Direktor Klimpt seinen Lehrkörper auswählt

Nicht mehr an der Schule:

Herr Prof. Pichler: Ende des Jahres 72/73 "freiwillig gegangen, da er sonst hinausgeschmissen worden wäre und zwar "wegen unlauterem, zur Rebellion anstiftenden Unterricht" (wörtlich von Dir. Klimpt). Er diskutierte mit den Schülern über ihre Probleme, sprach auch über das Thema "freie Meinungsäußerung in der Schule" und zeigte in einer der 2.Klassen einen Aufklärungsfilm.

Frau Prof. Teck: Gestaltete einen freien Unterricht mit vielen Diskussionen, wurde von Dir.Klimpt zusammengeschrien, ging von der Schule weg.

Noch immer an der Schule:

Herr Prof. Wittmann: Ständig tätliche Angriffe auf Schüler (Watschen, Klassenbuch auf den Kopf u.s.w.)

N.N.

Schulbürokratie entscheidet

Es wird vom Unterrichtsminister und von den Zeitungen viel von den "Veränderungen und Fortschritten" geredet, davon, daß Schüler und Eltern jetzt mitbestimmen können, was in den Schulen geschehen soll. Was in den Schulen aber wirklich vorgeht, davon hört man sehr wenig.

So gibt es z.B. im 3.Bezirk an einer Hauptschule eine sogenannte "Wanderklasse". Das bedeutet, daß die Schüler ihre Pause dazu verwenden müssen, ihre Habseligkeiten zusammenzupacken und in eine andere Klasse zu gehen. Es fehlt an der Schule ein Klassenzimmer. Allerdings gibt es einen freien Raum, der für Musik- und Zeichenstunden benützt wird. Die Direktorin entscheidet über die Köpfe der Schüler, Eltern und Lehrer hinweg, daß dieser Raum nicht als Klassenzimmer zur Verfügung gestellt wird. Ein augenfälliges Beispiel für die Mitbestimmung der Eltern und Schüler!

Lehrerin, 3.Bez.



Leserbrief

Ich bin seit 8 Jahren Volksschullehrerin in Wien. Schon am Anfang meiner Arbeit als Lehrer war ich empört über die Zustände an den Schulen.
Die Gemeinde Wien rühmt sich, daß sie für eine gute Ausbildung unserer Kinder sorgt. Aber wir bekommen z.B. jedes Jahr lächerlich wenig Arbeitsmittel zur Verfügung. Hefte und Zeichenblätter reichen z.B. meistens nur bis zum Februar; . Für das ganze Jahr werden einem Lehrer pro Klasse ca 70.-S zugeteilt. Wenn ein Lehrer also einen guten Unterricht mit ausreichendem Arbeitsmaterial machen will, muß er entweder in die eigene Tasche greifen oder die Eltern zur Kasse bitten.
Besonders kraß ist bei uns auch das Problem mit der Klassenschülerzahl. Die Kollegen in den ersten Klassen beginnen oft mit 39, manchmal mit 4o Schülern. (Klassenschülerhöchstzahl nach Gesetz 36) Natürlich können sie sich nicht ausreichend um die Kinder bemühen.
Auch mit den Schulmöbeln gibt es jedes Jahr Schwierigkeiten. Im September bestellen wir die Tische, die der Körpergröße der Kinder entsprechen. Aber wir können monatelang auf die Lieferung warten. In dieser Zeit sitzen die Kinder an falschen Tischen, an denen sie sich schwere Haltungsschäden zuziehen. Der Stadtschulrat macht dann großartig ein Haltungsturnen, für das die Eltern außerdem zahlen müssen. Das sind nur ganz wenige der Dinge, mit denen tagtäglich Schüler, Lehrer und Eltern schikaniert werden, und gegen die wir uns gemeinsam wehren müssen.

Volksschullehrerin

BRG IX. Informationsfreiheit durchgesetzt

Vor dem Realgymnasium IX., Glasergasse, wurde und wird der Klassenkampf an die Schüler verkauft. Seit einiger Zeit können sie ihn auch lesen. Anfangs nämlich ließ der Direkto jedoch die draußen gekauften Zeitungen seinen Schützlingen drinnen einfach abnehmen. Sie könnten ja auf schlechte Gedanken kommen! Sie kamen auch auf welche! - Schülervertreter und Elternverein klopften dem eifrigen dagogen auf die Finger und ese Einschränkung der Informationsfreiheit mußte zurückgenommen werden.

L.G.

Schulunterrichtsgesetz:

Unmut über die Schulen soll kanalisiert werden

Am 6.Februar wurde vom Nationalrat das neue Schulunterrichtsgesetz beschlossen, und mit Beginn des neuen Schuljahres wird nun das gesamte Schulleben (Unterricht, Schülerbeurteilung, Schulordnung, Funktion der Lehrer, das Verhältnis der Schule zu den Eltern usw.) für alle Schulen Österreichs mit Ausnahme der Pädagogischen Akademien und Schulen für Berufstätige gesetzlich geregelt.
15o Schuldirektoren wurden im August nach Krems eingeladen und dort auf das Schulunterrichtsgesetz (SCHUG) genau eingeschult, um die Durchführung des Gesetzes zu gewährleisten.
In den bürgerlichen Zeitungen wurde mit Aussagen wie "Entstaubung der Schulen", "Demokratisierung des Schulbereichs" oder " Die Schüler dürfen mitbestimmen" viel Wind um dieses Gesetz gemacht. Was aber ändert dieses Gesetz tatsächlich an der Situation an den Schulen?

Kennzeichnend für die Lage an den Schulen ist, daß die Unzufriedenheit mit dem Schulwesen überall in der Bevölkerung wächst. Die Eltern wollen nicht daß ihre Kinder in überfüllten Klassen sitzen, sie klagen über schlechten Unterricht, daß die Kinder in der Schule nichts Wertvolles lernen. Die Schüler wehren sich gegen die reaktionären Lehrinhalte, den langweiligen Unterricht und geraten verstärkt in Widerspruch zu den Unterdrückungs- und Disziplinierungsmaßnahmen der Schulbürokratie.

Große Teile des Volkes spüren die totale Rechtlosigkeit, die sie in Bezug auf das Schulwesen haben. Willkürlich und völlig unabhängig von ihm werden die Kinder gesiebt, diszipliniert und von einer Schule in die andere verschoben. Hilflos sind sie den Schikanen mancher Lehrer gegenüber ihren Kindern ausgesetzt. Unabhängig von ihrem Willen werden die Lehrpläne gestaltet. Wie z.B. die Einführung der Mengenlehre in Mathematik.

Doch das Volk ist immer weniger bereit, sich mit diesen Verhältnissen abzufinden und versucht in verschiedenen, zuerst noch zersplitterten Initiativen seine Interessen in Bezug auf das Schulwesen durchzusetzen. Aber nicht nur das Volk auch die Kapitalistenklasse und der bürgerliche Staat sind unzufrieden mit dem Schulwesen. Sie wollen besser als bisher steuern können, welche Arbeitskräfte mit welchen Qualifikationen die Schulen verlassen. Sie wollen das Schulsystem billiger und effektiver gestalten.
Das neue SCHUG soll eines der Instrumente sein, das die Durchführung dieser Absichten der Bourgeoisie erleichtert. Zentralisierung und Straffung des Schulwesens, die neuen Reglementierungen sollen da dem Volk, das Änderung an den Schulen will, als Reform und Demokratisierung verkauft werden. Und damit gibt man sich beim SCHUG auch große Mühe.

DIE "DEMOKRATISIERUNG" DES SCHULWESENS DURCH DAS SCHUG!

Am Beispiel des Auslands hat die Bourgeoisie gelernt, daß man auf die Bewegungen an den Schulen genauestens achten muß. Eine Broschüre der "Arbeitsgemeinschaft für Schule und Bildung" zum SCHUG, finanziert von der Martha ErdölGmbH, der Ersten Österreichischen Sparcasse, Creditanstalt, Schoeller-Bleckmann, Ingelen etc., die nur an Schuldirektoren mit ausgewählt "verläßlichen"Lehrern ausgeteilt wurde, schreibt:

"Das Verlangen der Öffentlichkeit nach Teilnahme am schulischen Geschehen ist in einem bis dahin nie gekannten Ausmaß gestiegen und entlud sich in manchen Ländern in einem starken Druck radikaler gesellschaftspolitischer Elemente auf die Schule. Auch in Österreich mehren sich in letzter Zeit Übergriffe außerschulischer Aktionsgruppen und fremdgesteuerter Extremisten unter den Schülern. Durch die Institution eines Modells partnerschaftlicher Zusammenarbeit von Lehrern, Eltern und Schülern, wie es der Schulgemeinschaftsausschuß darstellt, können derartige Aktionen entschärft und bestehende Gegensätze ausgeglichen werden, umso mehr, als Eltern und Schüler durch die Verleihung des Mitspracherechts ja auch zur vollen Mitverantwortung angehalten sind. Für die Lehrer besteht daher kein Grund, angesichts dieser neuen Gesetzesmaterie zu resignieren oder sich infolge dieses Zugeständnisses von Rechten an Eltern und Schüler in ihren eigenen Rechten geschmälert zu fühlen".

Hier wird völlig unverblümt ausgesprochen:Die Phrasen von Partnerschaft, Mitbestimmung und Mitsprache sind dazu da, allen jenen Bewegungen, die sich gegen das bestehende Ausbildungssystem wenden, der beginnenden Unruhe,die Spitze abzubrechen. Wie schauen nun diese Bestimmungen, die diesem Zweck dienen sollen,im Gesetz aus?
Als Mitwirkungsrecht der Schüler findet man da das Recht auf Anhörung (!), das Recht auf Information (!), das Recht auf Abgabe von Vorschlägen, das Recht auf Teilnahme an einzelnen (!) Punkten von Lehrerkonferenzen, ausgenommen Beratungen über die Leistungsbeurteilung usw. (§58,2,a), mitbestimmen dürfen die Schüler bei der Hausordnung, bei der Anwendung der Erziehungsmittel, und bei der Antragstellung auf Ausschluß eines Schülers(!!).
In den wesentlichen Bereichen haben die Schüler also nichts zu sagen.

Ebenso sieht es bei dem vielgelobten, Schulgemeinschaftsausschuß aus. Drei Lehrervertreter, drei Vertreter der Schüler und drei der Eltern bilden jenes Gremium, das beraten soll über Fragen des Unterrichts, der Erziehung, über Schulveranstaltungen (insbesondere Wandertage, Schullandwochen, Schikurse), die Durchführung von Elternsprechtagen, Sammlungen, Schulgesundheitspflege und anderes mehr. (§64, 7). Ein Recht ist allerdings wichtig: Der Schulgemeinschaftausschuß setzt den Umfang der Mitwirkungsrechte der Schüler fest und hat das Recht einem Schüler die Wählbarkeit zum Schülervertreter abzusprechen. Damit hat die Schulbürokratie ein Mittel mißhellige Schulverteter abzusetzen. Falls es aber dennoch zu Schwierigkeiten mit dieser Institution kommen sollte, ist der Ausschuß spielend lahmzulegen: er ist nur beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind und der Direktor kann Beschlüsse des Ausschusses aussetzen und an die Schulbehörde erster Instanz weitergeben, wenn er einen Beschluß für rechtswidrig hält.
Außerdem darf man nicht vergessen, daß die in den Ausschuß gewählten Lehrer als weisungsgebundene Staatsbeamte, abhängig von der Schulbehörde, vom Direktor einem unerhörten Zwang und Druck ausgesetzt sind, sollten sie versuchen, im Ausschuß eine Entscheidung durchzubringen, die nicht im Interesse der Schulbehörde ist.

DER PARAPGRAPH 46, ABSATZ 3

Ganz offen wird der wirkliche Zweck des Gesetzes in diesem Paragraph. Von Demokratisierung ist die Rede, in Wirklichkeit soll das Gesetz die Möglichkeit bieten, die Schüler daran zu hindern, den Kampf gegen die an den Schulen gelehrte bürgerliche Ideologie aufzunehmen. Die Bestimmung im Paragraph 46/3 lautet: "Jede Werbung für schulfremde Zwecke im Schulbereich ist verboten." Was heißt das ? Nicht unter dieses Verbot fallen Sammlungen und Werbung für Sparkassa, Caritas u.ä. Umso wirkungsvoller läßt sich dieser Gummiparagraph anwenden, wenn es darum geht, fortschrittliche Bewegungen an den Schulen zu verfolgen, wie das Beispiel der Unt erbergschule zeigt.

Die Kapitalistenklasse und der Staat haben die Absicht, das Schulwesen besser ihren Bedürfnissen anzupassen. Wenn auch das SCHUG in erster Linie politische Funktionen hat, das Streben des Staates, das Schulwesen"effektiver" zu gestalten, und zu diesem Zwecke bessere Eingriffsmöglichkeiten zu erhalten, findet auch in diesem Gesetz einen deut lichen Ausdruck: Unzählige Verordnungen werden gesetzlich festgelegt. Die Schulordnung und die Leistungsbeurteilung, die früher auf Landesebene geregelt wurden, werden auf Bundesebene festgelegt. Durch Verordnungen, die zusätzlich zum SCHUG herauskommen sollen, die noch genauer und eindeutiger festlegen werden, was an den Schulen geschehen muß, hält sich der bürgerliche Staat weitere Eingriffsmöglichkeiten offen.

Das Volk wird hellhörig gegenüber den Verhältnissen, denen die Kinder in den Schulen unterworfen sind, wozu sie dort erzogen werden. Die Eltern wollen sich das Recht nehmen, in die Vorgänge in den Schulen Einblick zu bekommen und darauf Einfluß zu nehmen. Was hinter den Mauern der Schule geschieht, muß verstärkt an die Öffentlichkeit getragen werden, gegen jede reaktionäre Maßnahme müssen Eltern, fortschrittliche Lehrer, und Schüler gemeinsam kämpfen.
Die Bourgeoisie versucht sich mit dem SCHUG ein Instrument gegen diese Bewegungen zu schaffen und dem Volk reformistische Illusionen vorzugaukeln. Aber die Verhältnisse an den Schulen, ebenso wie in den anderen Bereichen der Gesellschaft, spitzen sich zu. Diese Verhältnisse selbst sind es, die die Bestrebungen der Kapitalisten und ihres Staates zu Fall bringen werden.

S.P./F.N.

Innsbruck:

Starke Volksbewegung gegen den Bau der Holzhammerbrücke

Die Zerstörung des Wohn- und Lebensraums nimmt auch in Innsbruck immer stärkere Ausmaße an: Betonbänder werden mitten durch die Stadt gelegt, Büro- und Hoteltürme entstehen dort, wo früher unsere Wohnungen waren, Grünflächen und Kinderspielplätze müssen den Straßen und Hotels weichen.

Neuestes Projekt von Innsbrucks Stadtplanern ist die Holzhammerbrücke - eine vierspurige West- Ost Verbindungsstraße mitten durch die Stadt. In der Höhe des ersten Stocks soll diese Stadtautobahn wenige Meter an den Häusern der Anrainer vorbeiführen.

Seit 40 Jahren ist die Brücke geplant als wichtigste Verbindung zwischen dem Industriegebiet im Westen von Innsbruck und dem Industriegebiet im Osten und zur Autobahn. Die verschiedenen Unternehmer der Industriezone West ((Opel, VW, Baufirmen usw.) haben sich dort angesiedelt, als dieses Gebiet noch unverbaut war, einerseits wegen des billigen Baugrunds, andererseits, weil ihnen die Gemeinde eine schnelle Verkehrsverbindung versprochen hat.

DIE INTERESSEN DER UNTERNEHMER UND DIE INTERESSEN DES VOLKS STEHEN GEGENEINANDER...

Die Unternehmer brauchen diese Brücke als schnelle Verbindungsstraße. Je kürzer die Transportwege, desto größer die Profite für sie. Demgegenüber stehen die Interessen des Volkes an gesunden Wohn- und Lebensbedingungen. Schon jetzt können viele Menschen in Innsbruck nicht mehr schlafen wegen des Lärms und Gestanks. Den Anrainern der Holzhammerbrücke steht das gleiche bevor, Daß Nervosität, Magenleiden, Kopfschmerzen und noch viel schlimmere Krankheiten wie Krebs durch Lärm und Abgase für die Betroffenen die Folge sind, interessiert keinen der Verantwortlichen.

...UND DIESER WIDERSPRUCH WIRD IMMER DEUTLICHER

Die Herren im Stadtrat wollen uns einreden, diese Brücke sei in unserem Interesse, sie würde eine Lösung der Verkehrsprobleme bringen u.ä. Aber gebaut werden solche Projekte überall im Interesse der Kapitalisten. Das Volk hat gar nichts davon, außer Dreck, Lärm und Schädigung der Gesundheit.

Denn die Verkehrsmisere wird dadurch nicht besser. Die Autobusse fahren alle Viertel- oder Halbestunden, sind in den Stoßzeiten überfüllt und unbequem und außerdem viel zu teuer. Jede kleinste Verbesserung müssen wir über Tariferhöhungen selbst bezahlen.

Jeder muß deshalb mit dem eigenen Auto in die Arbeit fahren - nicht weil es ihm Spaß macht, sich in endlosen Autoschlangen dahinzuquälen, sondern weil das die schnellste und oft überhaupt die einzige Möglichkeit ist,in die Arbeit zu kommen.

Schuld an der Verkehrsmisere sind nicht die hunderten Werktätigen, die gezwungen sind, mit dem Auto in die Fabrik zu fahren, sondern die Verkehrspolitik der Gemeinde, die bei jeder Planung von den Interessen der Unternehmer ausgehen muß. Die Politik der Gemeinde kann nicht im Interesse des Volkes sein - das haben viele Menschen in Innsbruck gerade im Fall "Holzhammerbrücke" erkannt. Immer deutlicher tritt zutage, daß die Interessen des Volks und die Interessen der Kapitalisten und ihres Staatsapparats sich schroff gegenüberstehen. Die Politik der Gemeinde selbst ist es, die das immer klarer erkennen läßt.

ZU UNSEREM RECHT KÖNNEN WIR NUR KOMMEN, WENN WIR UNSERE INTERESSEN SELBST VERTRETEN

Schon vor einigen Monaten hat sich eine Bürgerinitiative zur Verhinderung des Baus der Holzhammerbrücke gebildet: über 2000 Unterschriften wurden gesammelt, vom Bürgermeister bis zum Minister wurde mit allen zuständigen Stellen verhandelt. Das Ergebnis waren Versprechungen und Hinhaltemanöver.

Ein Lehrer zum SchUG

Wie jeder Lehrer habe auch ich (Volksschullehrer seit sechs Jahren) ein Exemplar des Schulunterrichtsgesetzes (SCHUG, veröffentlicht am 1.4.74 - ein Witz von Sinowatz) gratis bekommen. Beim Lesen ist mir dann gleich aufgegangen, daß das Geschrei über "Demokratisierung des Schulwesens" irreführend bzw. falsch ist. Geändert hat sich nämlich durch's Gesetz fast nichts, für die Volksschulen überhaupt. - Ohne sich falsche Hoffnungen zu machen, sollten aber fortschrittliche Eltern ("Erziehungsberechtigte"), Schüler und Lehrer ein paar Paragraphen kennen und sie ausnützen, bzw. sich im Kampf gegen die Schulbürokratie auf sie stützen.
So erlaubt der §63 (4) den Elternvereinen in Volks -, Haupt- und Sonderschulen immerhin "die Stellungnahme" zu "wichtigen Fragen des Unterrichts,...der Erziehung,... der Planung von Schulveranstaltungen,...der Schulgesundheitspflege", während die Eltern, wenn ihre Kinder die 9.Schulstufe erreicht haben, zusammen mit Schülervertretern und Lehrern im Schulgemeinschaftsausschuß darüber hinaus über "Vorhaben, die der Mitgestaltung des Schullebens dienen" beraten dürfen (§ 64).
Wie auch beim §58, der von Schülermitverwaltung (nicht: -vergewaltigung) handelt, darf die Bevölkerung dort am meisten "mitbestimmen" und "Mitverantworten", wo es um die eigene Unterwerfung, oder die möglicher Verbündeter geht. Da dieser Schulgemeinschaftsausschuß nicht nur die "Wählbarkeit eines Schülers zum Schülervertreter" aberkennen kann, sondern vor allem den Umfang der Mitwirkungs- undMitbestimmungsrechte der Schüler und "den Wirkungsbereich der Schülervertreter" "festsetzen" darf, ist es wichtig, daß dort nicht die ärgsten Reaktionäre den Ton angeben können. Um das zu verhindern, müßten die Eltern eigene Versammlungen abhalten, wo diejenigen, die als Kandidaten für den Ausschuß kandidieren, Farbe bekennen müssen. Bei der Gelegenheit könnten die nicht nur in ihrem Unmut Fortgeschrittenen einen Vertreter ihrer Interessen leichter ausfindig machen, als wenn sie auf gut Glück irgend jemand ihnen Unbekannten wählten. Da es Pflicht jedes Lehrers ist, das wie üblich schwer verständliche Gesetz genau zu kennen, können interessierte Eltern (und Schüler) von jedem Auskunft verlangen. Auf lange Sicht wird's natürlich besser sein, diesen Paragraphensalat vom Tisch zu fegen, als sich mit Hilfe irgendeines Beamten durch ihn durchzufressen!

Darauf beschloßen die Anrainer, andere Kampfschritte einzuleiten und wählten ein Komitee, das eine Demonstration vorbereiten sollte. Den Anrainern war klar, daß sie nur eine Möglichkeit hatten, zu ihrem Recht zu kommen: selbst den Kampf gegen das Projekt aufzunehmen, gemeinsam für ihre Forderung einzutreten und so die Volksvertreter zur Rücknahme des Projekts zu zwingen.

Über 900 Anrainer kamen vor das Rathaus, um von den Volksvertretern Rechenschaft zu verlangen. Bürgermeister Lugger allerdings hatte nichts eiligeres zu tun, als eine halbe Stunde davor sich nach Südtirol abzusetzen, und die beiden Vizebürgermeister verkrochen sich im Rathaus und wollten nur mit einer Delegation verhandeln. Als die aufgebrachten Anrainer sich dann selbst die Antwort holen wollten, verschanzten die Herrn sich hinter einem Kordon ihrer Polizei.

Und dazu hatten sie auch allen Grund: sie haben schließlich einiges zu verbergen. Sie haben gemerkt, daß ihre Argumente mit der "Lösung des Verkehrsproblems zum Wohle aller" ihnen niemand mehr abnimmt. Es ist zu offensichtlich, daß nur die Unternehmer ein Interesse an der Brücke haben, und daß es ihnen nur darum geht, diese Interessen der Unternehmer durchzusetzen.

So stellen sich die Herren in der Stadtverwaltung die Lösung der Lärmbelästigung vor:
In einem Baubescheid an die Anrainer der Holzhammerbrücke schlägt die Stadtverwaltung den Anrainern vor, sie sollten die Fenster, die auf die Seite der Holzhammerbrücke hinausgehen, zumauern lassen. Der Bund würde die Kosten für die Zumauerung übernehmen.

Diese erste Demonstration hat zwar noch keinen endgültigen Erfolg gebracht, aber sie hat vielen Menschen in Innsbruck gezeigt, was für "Stadtväter" sie da haben, und wessen Interessen diese vertreten. Die Anrainer der Holzhammerbrücke haben gesagt: "WIR KOMMEN WIEDER", und das nächste Mal werden sich auch andere Menschen in Innsbruck anschließen. Wir werden den Kampf weiter führen, bis das Projekt fällt.

C.B.KB Tirol/Red.

Innsbruck:

Das Bürgerinitiativengesetz ist im Interesse der Kapitalisten

Ein paar Tage nach der Demonstration gegen den Bau der Holzhammerbrücke beschloß der Innsbrucker Stadtsenat ein Bürgerinitiativengesetz, das ihm Ähnliches in Zukunft ersparen soll: Wenn sich eine Bürgerinitiative bildet, muß sie mit 200 Unterschriften am Stadtmagistrat angemeldet werden. Dann müssen binnen einer Woche 10 % der wahlberechtigten Bürger Innsbrucks, das sind ca 8000, unterschreiben. Daraufhin soll dann eine Volksbefragung eingeleitet werden.

8000 Unterschriften in einer Woche, das sind 4 Unterschriften pro Minute. Eine Woche lang müssen also pro Minute 4 Menschen auf den Stadtmagistrat unterschreiben gehen und zwar in den Amtsstunden, wenn die meisten Leute in der Arbeit sind.

Daß das ohne die massivste Unterstützung durch die bürgerliche Presse überhaupt nicht zu schaffen ist, das wissen die verantwortlichen Herren natürlich ganz genau - und das ist ja auch der Zweck dieses Gesetzes: Bürgerinitiativen sollen damit von vornherein unmöglich gemacht werden.

Was das heißt ist einfach: Aktionen des Volks sollen verhindert werden, sobald sie den Rahmen sprengen, den diese Herrschaften ihrer Demokratie setzen. Die Volksvertreter werden auf 6 Jahre gewählt und sind in dieser Zeit nicht dem Volk sondern nur ihrem Gewissen verantwortlich. So können sie in Ruhe die Geschäfte der Kapitalisten betreiben. Wenn sich das Volk aber in diese Politik einmischt, so wie das in Innsbruck geschehen ist, ist das diesen Geschäften äußerst hinderlich.

Deshalb müssen sie verhindern, daß das Volk seine Interessen selbst in die Hand nimmt, deshalb legen sie ihm alle möglichen bürokratischen Schranken in den Weg. Mit so einem Gesetz in der Hand können sich die Stadtväter weigern Vertreter von demokratischen Komitees der Bevölkerung auch nur zu empfangen. Mit so einem Gesetz können sie Menschen, die anfangen sich in ihren Wohnvierteln zu organisieren um sich gegen ganz bestimmte Sauereien zur Wehr zu setzen - wie das die Anrainer der Holzhammerbrücke getan haben - verleumden als Menschen, die sich nicht an die demokratischen Gesetze halten.

C.B. (KB Tirol)

Fussgängerzonen:

Das Volk finanziert den guten Geschäftsgang der Kapitalisten

Mit großem Tam-Tam wurden in letzter Zeit in Wien zwei Fußgängerzonen eröffnet: eine in der Kärntnerstraße, die andere in der Favoritenstraße. Damit werde, sagen Gemeinde und die Presse, einem Bedürfnis der Wiener entsprochen: kein Lärm von vorbeifahrenden Autos, keine Abgase, bequeme Bänke. Die Lampen, na ja, über die kann man streiten. Geschmäcker sind bekanntlich verschieden.



Die Bevölkerung in vielen Wiener Wohnbezirken ist mit ihren Wohnbedingungen, ebenso wie mit den Möglichkeiten, die Freizeit zu verbringen, unzufrieden: Straßenlärm und Staub, Abbruchhäuser in den Zentren, schlechte Verkehrsverbindungen und geringe Möglichkeiten, ins Kino, Kaffee- oder Gasthaus zu gehen in den Siedlungen am Stadtrand. Und was bringen dem Volk die Fußgängerzonen?

DIE KÄRNTNERSTRASSE: Eine Straße mit Nobelgeschäften, deren Umsatz und Profit in den letzten Jahren nicht entsprechend stieg, weil ein Besuch dieser Straße eine eher laute und stinkende Angelegenheit war. Aber jetzt werden die Damen und Herren wieder mehr strömen. Das Geschäft wird besser gehen, die Umsätze stärker steigen, und mit ihnen werden auch die Grundstückpreise noch mehr in die Höhe gehen, wo doch jetzt der Boden mehr "wert" ist.

Falls es noch ein paar Bewohner aus dem Volk in dieser Gegend geben sollte - jetzt werden sie sicher nicht mehr lange dort wohnen können, denn gestiegene Grundpreise brachten noch allemal hohe Mieten mit sich.

Und für diesen Dienst an den Geschäftsleuten der Kärntnerstraße zahlt die Gemeinde aus Steuergeldern 2 000 S pro m^2!

Und in der FAVORITENSTRASSE: Hier werden die Geschäftsleute nicht nur mit einem schönen Pflaster vor den Auslagen bedient, auch die U-Bahn wird genau bis hierher geplant. Trotz der Proteste der Mieter der äußeren Bereiche Favoritens, insbesondere der Hanson-Siedlung, endet die U-Bahn dort, wo sie den Profitinteressen der Kapitalsiten maximal nützt.

Die Bewohner, die um das Zentrum Favoritens wohnen, werden durch diese "bevölkerungsfreundliche" Maßnahme der Gemeinde Wien noch schneller in die Siedlungen am Stadtrand getrieben. Denn die geplanten Sanierungs- und Assanierungsmaßnahmen in dieser Gegend bedeuten für die Mieter §7, Abbruch und Delogierung oder auch "nur" eine Mietzinserhöhung. Viele von ihnen werden deshalb das Fußgängerparadies im Zentrum Favoritens gar nicht lang erleben können.

Und die Gestaltung dieser Fußgängerzone kostet dem Volk 1 300 - 1 500 Schilling pro m^2.

Da die Gemeinde den Unternehmern und Geschäftsleuten mit dem Geld, das sie uns durch Tarife und Steuern aus den Taschen zieht, unter die Arme greift, hat sie natürlich kein Geld für unsere täglichen Bedürfnisse. Zu wenig und verdreckte Bäder, keine erschwinglichen Möglichkeiten, in einem Cafe oder Garten in den Zentren der Arbeiterbezirke sich zu erholen, keine guten Verkehrsverbindungen, die uns den Lärm und Schmutz der Autos ersparen würden.

An den Fußgängerzonen zeigt sich ebenso wie an der übrigen Politik der Gemeinde: solange der Staat und die Gemeinde in den Händen der Kapitalistenklasse sind, werden alle Steuergelder in deren Interesse verwendet. - Deshalb soll auch die besitzende Klasse die Ausgaben für Staat und Gemeinde bezahlen, und nicht das Volk. Und auch ihre Prachtstraßen sollen sich die Unternehmer selbst finanzieren.

F.N.

Massendemonstration für die Unabhängigkeit Zyperns

Mehrere zehntausend Menschen haben am 13. September in Athen für die Unabhängigkeit Zyperns und das Selbstbestimmungsrecht des zypriotischen Volkes demonstriert, sowie gegen die Machenschaften des US-Imperialismus in seinem Kampf mit dem russischen Sozialimperialismus um die Vorherrschaft im östlichen Mittelmeerraum. "Zypern gehört seinem Volk", "Eoka-2-Mörder"(Eoka ist eine faschistische Untergrundbewegung in Zypern, die das Land an Griechenland anschließen will) "Für ein einheitliches, unabhängiges und souveränes Zypern", "Nein zur Teilung und zur Föderation", "Raus mit den USA",sowie Parolen gegen die NATO und den CIA wurden mitgetragen.Die Demonstration richtet sich ebenso gegen die "verbrecherische Zypernpolitik der Junta" wie gegen die türkische Aggression.

Die Regierung Karamanlis ist unmittelbar nach der Demonstration dagegen aufgetreten, daß das griechische Volk seinem Wunsch nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aller Völker, des zypriotischen ebenso wie des griechischen selbst, Ausdruck verleiht. Der "Minister für öffentliche Ordnung" Gikas erklärte, daß die Regierung zwar "Verständnis habe", daß aber "derartige Kundgebungen in Widerspruch zum geltenden Ausnahmezustand stehen.Die Regierung hat bisher Demonstrationen geduldet...Das Ministerium für öffentliche Ordnung hält es jedoch für erforderlich, daß in Zukunft Versammlungen im Freien vermieden werden." Immer wiederkehrende Rebellionen des Volkes haben die alte faschistische Junta erschüttert, Massendemonstrationen haben sie schließlich zu Fall gebracht und der Regierung Karamanlis in den Sattel geholfen.Aber diese Regierung besteht selbst aus alten Reaktionären, die vor dem faschistischen Putsch 1967 das Volk unterdrückt und dem Faschismus den Weg geebnet haben.Kein Wunder,daß sie das Volk genauso fürchtet wie die Junta, daß sie am Ausnahmezustand festhält, und den Volksmassen die Straße verwehren will. Aber das Volk läßt sich seine Rechte nicht durch die "öffentliche Ordnung" der Regierung einschränken.

W.L.

Mozambique

Großer Sieg der FRELIMO

Am 7.9.1974 errang das Volk von Mozambique unter Führung der FRELIMO (Volksfront für die Befreiung Mozambiques) einen großen Sieg in seinem seit 10 Jahren dauernden Kampf gegen kolonialistische, neokolonialistische und imperialistische Unterdrückung. An diesem Tage wurde in Lusaka (Sambia) der Unabhängigkeitsvertrag zwischen Vertretern der FRELIMO und der portugiesischen Regierung unterzeichnet.

Dem Abkommen gemäß soll Mozambique am 25. Juni 1975 (dem 13.Jahrestag der Gründung der FRELIMO) die endgültige Unabhängigkeit erhalten. Für die Übergangszeit ist die Bildung einer provisorischen Regierung vorgesehen, die zu zwei Dritteln mit FRELIMO-Mitgliedern und zu einem Drittel mit portugiesischen Regierungsvertretern besetzt werden soll; im Übergangskabinett besetzt die FRELIMO 6 von 9 Ministerposten. Der Ministerpräsident wird von der FRELIMO gestellt (Samora Machel), während die Portugiesen einen Hohen Kommissar ernennen (Victor Grespo), der das Amt des Staatspräsidenten bekleidet. Die neue Regierung soll am 25.September (dem 10. Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes) ihr Amt antreten.

Es wurde ein Waffenstillstand vereinbart, der am 7.9. in Kraft trat. Die Überwachung der Feuereinstellung wird einer von FRELIMO und den Portugiesen paritätisch besetzten Militärkommission unterstehen.

Finanzielle Verpflichtungen, die von Portugal im Namen Mozambiques eingegangen wurden, werden von der FRELIMO übernommen, soweit sie "im wirklichen Interesse Mozambiques" liegen. Die finanzielle Verantwortlichkeit für den Cabora-Bassa-Staudamm, der von einem internationalen Konsortium mit hoher Beteiligung von BRD-Kapital gebaut wird, bleibt jedoch bei Portugal.

Das Abkommen von Lusaka eröffnet eine neue Etappe auf dem Weg des Volkes von Mozambique zur vollständigen Unabhängigkeit. Es zeigt die politische und militärische Stärke der FRELIMO. Für die portugiesische Bourgeoisie, die durch das Abkommen diplomatisch, politisch und militärisch gebunden ist, gibt es keinen Weg mehr zurück; sie kann die geschichtliche Entwicklung, die zugunsten der Befreiung der Völker verläuft, nicht aufhalten. In Mozambique wurde die Unterzeichnung überall im Lande mit massenhaften Freudendemonstrationen begrüßt. So riefen im Sportstadium Machava (Lourenço Marques) tausende von Afrikanern und hunderte von Europäern FRELIMO-Parolen und sangen Befreiungslieder.

DAS ABKOMMEN: EINE WAFFE GEGEN DEN VERSUCH DER KONTERREVOLUTION UND GEGEN AUSLÄNDISCHE INTERVENTIONEN

Portugal wird gemäß dem Abkommen vorerst weiterhin Truppen in Mozambique belassen. Ihr Auftrag ist, die Streitkräfte der FRELIMO bei der Verteidigung des Landes zu unterstützen. Ebenso verhält es sich mit der portugiesischen Polizei, die der neuen Regierung für die Übergangszeit zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zur Verfügung steht. Wie ist das zu beurteilen? Bis zu dem Abkommen in Lusaka hat sich die militärische Lage in Mozambique entscheidend zu Gunsten der Streikkräfte der FRELIMO entwickelt: Das Übergewicht, das sie über die portugiesischen Truppen erreicht haben, war derart, daß die Portugiesen vollständig isoliert und demoralisiert vor der Kapitulation standen.

Indem das Abkommen nun die Vereinbarung von Truppenstationierungen ausdrücklich festhält, nutzt die FRELIMO dieses Abkommen zugleich politisch gegen die rassistischen Regimes im Norden und Süden, gegen Rhodesien und Südafrika. Was ist das für eine Demütigung für eine Kolonialmacht,wenn sie jetzt gegen ihre früheren engsten Verbündeten eingesetzt wird durch das Volk, das sie jahrhunderte lang unterdrückte!

Dieser Erfolg ist nicht nur für das mozambiquanische Volk von großer Bedeutung, sondern ebenfalls für das Volk von Zimbabwe(Rhodesien), das unter Führung seiner Befreiungsorganisation ZANU und ZAPU bereits seit zwei Jahren von den befreiten Gebieten Mozambique aus dem reaktionären Smith-Regime erhebliche Schläge versetzen konnte und dessen Kampf durch die Siege des mozambiquanischen Volkes seinen großen Aufschwung nehmen wird.

Die portugiesischen Truppen sind ein gutes Faustpfand gegen Interventionen aus Rhodesien und der Südafrikanischen Republik. Es wird damit ausserdem wirksam verhindert, daß reaktionäre Kräfte unter dem verbleibenden Teil der weißen Siedler in Mozambique eine Lösung nach dem rhodesischen Modell,eine einseitige Unabhängigkeitserklärung, versuchen könnten. Denn ein solcher Versuch ist ohne die Unterstützung aus Rhodesien unmöglich. Das hat sich auch unmittelbar nach Abschluß der Verhandlungen in Lusaka gezeigt.

Das, was die sogenannte "Demokratische Volksbewegung von Mozambique", die sich regelrecht aus faschistischen Gruppierungen wie die"Drachen des Todes" oder die "Unabhängige Front" für die Wahrung der westlichen Kultur" zusammensetzt, gegen die Unterzeichnung der Verträge mit der FRELIMO inszenierte, war die Karikatur einer Machtergreifung ohne jeden Bezug zur Realität. Die FRELIMO konnte sich erlauben, auf den Einsatz ihrer Streitkräfte zu verzichten. Die Putschisten wurden nach allen Regeln der Kunst ausgehungert, ihre Hoffnung auf ein Eingreifen Rhodesiens oder Südafrikas und auf das Überlaufen der portugiesischen Armee erfüllten sie nicht. Sie mußten nach 48 Stunden aufgeben und kapitulieren. Bereits über 2000 weiße Siedler sind seitdem nach Südafrika geflüchtet, wo sie bei der weißen rassistischen Regierung Zuflucht suchen. Es hat sich gezeigt: Die FRELIMO und das Volk von Mozambique sind auf solche Manöver der Konterrevolution gut vorbereitet. Deshalb werden sie auch siegreich fortschreiten und die Macht des Volkes dauerhaft sichern.

aus"Kommunistische Volkszeitung"19/74

Bundesregierung unterstützt den indonesischen Schlächter Suharto

Im November 1972 hatte der indonesische Faschistenhäuptling Suharto, an dessen Händen das Blut von fast 1 Million Menschen klebt, Österreich einen Staatsbesuch abgestattet. Damals hatte er die österreichische Regierung aufgefordert, der IGGI (zwischenstaatliche Gruppe für Indonesien) beizutreten, einem imperialistischen Bündnis zur Unterstützung des faschistischen Regimes, sowie Finanzhilfe erbeten. Am 17.9.1974 beschloß der Ministerrat auf Antrag des Bundeskanzlers Kreisky, dem Hilferuf der indonesischen Faschisten zu entsprechen. Österreich wird dem Suhartoregime mit "Mitteln des Projekthilfevertrags 1969" (in nicht bekanntgegebener Höhe) unter die Arme greifen und außerdem der Bank of Indonesia ein Darlehen zur Verfügung stellen. So schwarz kann die Reaktion gar nirgends auf der Welt sein, daß sie nicht auf die Regierung des "neutralen Österreich"zählen kann!

Streiks in Polen

30 000 Hafenarbeiter von Danzig und Stettin machten "Arbeit nach Vorschrift". Sie streikten gegen die Erhöhung der Preise, gegen das Arbeitstempo und das neue Prämiensystem.

Es sind ca. 30 000 Arbeiter aus den Häfen von Danzig und Stettin, die sich an diesem Streik beteiligten. Die Kräne und Gabelstapler verlangsamten ihr Tempo. Die Sicherheitsvorschriften wurden genauestens eingehalten, sodaß die Arbeit fast völlig zum Erliegen kam. Schließlich warteten 173 Schiffe mit 1,15 Millionen Tonnen Ladung auf das Löschen.

Im Jahre 1970 schon sah sich die polnische Regierung nach wochenlangem Streik und Kampf der Arbeiter von Danzig und Stettin gezwungen, die Löhne in dieser Gegend um 30 % anzuheben. Die damalige Lohnerhöhung aber wurde durch die inzwischen erfolgten Preiserhöhungen völlig zunichte gemacht:

Die Transportmittel wurden um 25% verteuert, der Benzinpreis verdoppelt, die Preise der alkoholischen Getränke stiegen um 33%, die Preise für Rindfleisch stiegen so stark an, daß dieses Fleisch fast vollständig vom Eßtisch der Arbeiter verschwand – obwohl Polen eines der wichtigsten Exportländer von Rindfleisch ist. Zusätzlich zu den ungeheuren Preissteigerungen kam eine Umstellung des Prämiensystems, die für die Hafenarbeiter eine Verringerung des Einkommens bedeutet.

Aber die Kämpfe der Arbeiter von Danzig und Stettin richten sich auch gegen die steigende Arbeitshetze und die politische Unterdrückung durch den Staat, der in den Händen der Gierek-Revisionisten ist.
Diese Vertreter der neuen Bourgeoisie in Polen setzten auch prompt die Armee als Streikbrecher ein. Zwar gelang es ihr dadurch, den Streik der Hafenarbeiter zu Abklingen zu bringen, aber die Kampfkraft der polnischen Arbeiter wurde nicht gebrochen.

Der Streik zeigt, daß sich die Verhältnisse in Polen seit die Revisionisten die Macht in der Hand haben, praktisch überhaupt nicht mehr von den Verhältnissen im Westen unterscheiden: Inflation, steigende Ausbeutung, Armee als Streikbrecher, politische Unterdrückung der Arbeiterklasse: die polnischen Revisionisten restaurieren den Kapitalismus immer schneller.

F.N.

US-Imperialismus plaudert aus der Schule

In großen bürgerlichen Zeitungen (wie z.B. der "New York Times", dem Nachrichtenmagazin "Time" u.a.) wurde in letzter Zeit viel über die Aktivitäat amerikanischer Agenten in Chile, Laos, Zypern, Indochina usw. berichtet. In diesen Berichten und Artikeln wurde der Leiter des "Sicherheitsausschusses" Außenminister Kissinger angegriffen und er gab zu, daß er als Leiter dieses Ausschusses das sogenannte "Chileprogramm" angeordnet hatte. Durch dieses Programm wurden den reaktionären Kräften Chiles 8,5 Millionen Dollar (160 Millionen Schilling) zur Verfügung gestellt.
Kurz darauf berichtete der Direktor des amerikanischen Geheimdienstes CIA, Colby, in einem Interview mit der Zeitschrift "Time" über die "Aktion Laos". Diese Aktion sei eine der erfolgreichsten seines Geheimdienstes gewesen. Von den USA sei es als wichtig angesehen worden, daß das Land seine 'freundliche' Haltung beibehalte und nicht von feindlichen Kräften übernommen werde. An Stelle des Einsatzes der militärischen Stärke der USA (also keine direkte Intervention) versuchte der CIA, einige Schlüsselpersonen und Gruppen zu beeinflussen. Die beträchtlichen Kosten solcher Aktionen seien billig gewesen im Vergleich zu den Kosten einer direkten Intervention. (Vgl. Presse 24.9.74)
Diese Interviews, Stellungnahmen und Artikel in den amerikanischen Massenmedien sind relativ offen und berichten über viel Dinge, über die normalerweise geschwiegen wird. Wieso diese Offenheit? Wieso weichen die Imperialisten von der gewohnten Bahn der Verschwiegenheit ab?
Die Situation in der Welt ist für den US-Imperialismus sehr ungünstig. In den letzten Jahren erlitt er eine Niederlage nach der anderen. Die Völker der dritten Welt erheben sich, die arabischen Länder leisten immer mehr Widerstand gegen die Ausplünderung ihrer Rohstoffe durch die Imperialisten. In den Vereinigten Staaten selbst gärt es überall. Auch der Zypernkonflikt zeigte, daß die US-Imperialisten nicht mehr so schalten und walten können, wie sie wollen, wie sie gerne möchten. Der Ruhm des Außenministers Kissingers, der anläßlich der Nahost verhandlungen um ihn aufgebaut wurde, geriet ins Wanken. Eine starke Gruppe innerhalb der US-Bourgeoisie, in der Senator Jackson eine wichtige Rolle spielt, tritt für eine geänderte Außenpolitik Amerikas ein. Vor allem die Politik Nixon und Kissingers gegenüber der anderen Supermacht, der Sowjetunion, ist dieser Gruppe ein Dorn im Auge. In ihrem Kampf um die Weltherrschaft haben die Vereinigten Staaten gegenüber der SU zu viel schon zurückstecken müssen ... in den nächsten Jahren komme eine große Anzahl von Problemkomplexen auf die Amerikaner und Russen zu, die nicht durch eine freudige Entspannungsstimmung unter den Teppich gekehrt werden sollte. Eine vorsichtige "Zuckerbrot und Peitsche"-Politik stehe auf der Tagesordnung. Der Antritt des neuen Präsidenten, Ford, und der Kissinger, der nicht mehr als der "Friedensengel" auftreten kann, scheinen oppositionellen Kreisen in der US-Bourgeoisie ein günstiger Zeitpunkt, um den Außenminister anzugreifen. Die Gruppe um Kissinger aber, in Bedrängnis geraten durch die Opposition des amerikanischen Volkes und die Opposition in seinem eigenen Lager, hat es für notwendig und tunlich erachtet, einige zusätzliche konterrevolutionären Aktivitäten zu enthüllen um mit den Gegnern im eigenen Lager besser streiten zu können, welche konterrevolutionäre Taktik klüger sei. Sie versuchen auf diese Weise, ihre Gegner zu überzeugen, daß die der eigenen Meinung nach klügste konterrevolutionäre Taktik fortgesetzt werden müsse. Zwei konterrevolutionäre Fraktionen streiten sich: die eine sagt: unsere Methode ist die beste, die andere sagt: unsere Methode ist die beste. Als der Streit gerade sehr hitzig ist, legt eine Fraktion plötzlich neue Karten auf den Tisch und trumpft mit vielen ihrer früheren wertvollen Tricks auf so entstand das Interview des Geheimdienstchefs Colby in der "Time". Der US-Imperialismus plaudert ein bißchen aus der Schule.

F.N.

Der Präsident und sein Außenminister – die Politik Kissingers ist Teilen der amerikanischen Bourgeoisie ein Dorn im Auge



Großer Sieg für das palästinensische Volk

Die UNO-Vollversammlung in New York hat auf ihrer ersten Herbstversammlung beschlossen, das Palästina-Problem als politische Frage auf ihre Tagesordnung zu setzen. Nachdem bereits Ägypten und Syrien die PLO als einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt hatten, war nunmehr auch die UNO-Vollversammlung dazu gezwungen. In den letzten Jahren war die Palästina-Frage stets als "Flüchtlingsproblem" behandelt worden. Israel leistete bis zuletzt diesem Beschluß hysterischen Widerstand. Dieser UNO-Vollversammlungsbeschluß ist ein bedeutender Sieg des palästinensischen Volkes in seinem Kampf gegen die Zionisten.

Annexion Sikkims durch Indien

Sozialimperialismus unterstützt Indischen Kolonialismus

Am 4.9.1974 wurde auf Beschluß des Unterhauses des indischen Parlaments das Fürstentum Sikkim von einem Protektorat Indiens zu einem assoziierten Staat der indischen Union. Diese Maßnahme ist nur der letzte Schritt in der vollständigen Annexion Sikkims.

Sikkim hat große strategische Bedeutung. Es grenzt unmittelbar an China und diente auch als Ausgangspunkt für Versuche Indiens, Gebiete der VR China an sich zu reißen. Indien hat auf dem indisch-pakistanischen Subkontinent das Erbe des britischen Kolonialismus angetreten. Schon bei der Gründung der Indischen Union 1947 wurden von der Nehru-Regierung eine Reihe von Fürstentümern in die Union eingegliedert. Nach der Gründung der VR China 1949 erhielt Indien eine große Bedeutung für die Imperialisten in ihren Subversionsversuchen gegen China sowie in ihrem strategischen Plan zur Einkreisung Chinas. In der Folge suchte Indien auch die an der Grenze zu China gelegenen Fürstentümer Nepal, Sikkim und Bhutan unter seinen Einfluß zu bringen, was ihm im Falle Bhutans und Sikkims auch gelang - Abschluß von Protektoratsverträgen 1949 bzw. 1950. Allein Nepal gelang es, seine Unabhängigkeit zu bewahren.

SOZIALIMPERIALSMUS OFFEN AUF DER SEITE DES INDISCHEN KOLONIALISMUS

Die Sowjetunion bezeichnete die Annexion Sikkims und die Annahme der von Indien diktierten Verfassung als "wichtigen Schritt in der Demokratisierung des politischen Lebens in Sikkim". Die SU hat Indien im Laufe der sechziger Jahre weitgehend unter seine wirtschaftliche und politische Abhängigkeit gebracht: Sie baute Indien als subimperialistische Macht auf und benutzte es als Instrument zur Erweiterung seiner Einflußsphären in Asien im Wettstreit mit dem US-Imperialismus und zur Vorantreibung ihres Planes zur Einkreisung der VR China.

1971 brach Indien den Krieg zur Zerstückelung Pakistans vom Zaun. Indien mischte sich in die inneren Angelegenheiten Pakistans ein (den Konflikt zwischen Ost- und West-Pakistan) und ließ schließlich Truppen in Ostpakistan einmarschieren. Die SU deckte den Vormarsch der indischen Truppen, indem sie durch ihr Veto im Sicherheitsrat drei Tage lang den Beschluß einer Aufforderung an die kriegführenden Parteien verhinderte, die Kampfhandlungen einzustellen und die Truppen zurückzuziehen.

Eine Reihe von Ländern und Völkern hat die Annexion Sikkims von Seiten der indischen Regierung scharf verurteilt. In Nepal zogen tausende Demonstranten zur indischen Botschaft und verlangten die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Souveränität Sikkims. Die chinesische Regierung erklärte, "daß sie die illegale Annektierung durch Indien absolut nicht anerkennt und das sikkimische Volk in seinem gerechten Kampf für nationale Unabhängigkeit und Souveränität und gegen Indiens Expansionismus entschlossen unterstützt".

KPÖ überklebt unsere Plakate

Anfangs der Chile-Solidaritätskampagne mußten wir feststellen, daß im ganzen 2o.Bezirk die Plakate des KB-Wien, die zu einer breiten Aktionseinheit aufriefen, systematisch mit KPÖ-Plakaten überklebt worden waren. Wir erneuerten einige Tage später die Plakate, doch wurden diese neuerlich nach kurzer Zeit durch KPÖ-Plakate überdeckt. Auch den Aufruf mehrerer Organisationen zur Demonstration am 13.9., sowie die Erklärung des KB-Wien zu den Arbeiterkammerwahlen fielen einer KPÖ-Aktion zum Opfer. Daraufhin beauftragten wir zwei Genossen der Stadtverkaufsgruppe damit, den KPÖ-Bezirkssekretär über die Vorfälle zur Rede zu stellen.

Dieser versuchte als erstes der Auseinandersetzung durch einen Haufen Unwahrheiten zu entgehen. So sagte er, es würden im 2o.Bezirk höchstens ab und zu einmal 1o Plakate plakatiert. Als er diese Behauptung nicht mehr halten konnte, wollte er uns weismachen er könne nicht kontrollieren, wohin die KPÖ-Plakate geklebt würden. Auf die Frage, ob er es richtig fände, fremde Plakate unleserlich zu machen, rückte er endlich mit der Wahrheit heraus. Er sagte: "Solange für alle Plakate genug Platz ist, sind solche Sachen natürlich nicht nötig, doch wenn in euren Plakaten etwas über die KPÖ steht, behalten wir uns das Recht vor sie zu überkleben." Im Klartext heißt das nichts anderes, als "Entweder ihr verzichtet darauf in der Öffentlichkeit gegen die KPÖ aufzutreten, oder wir verhindern, daß eure Plakate an die Öffentlichkeit gelangen."

Die beiden Genossen entgegneten darauf, daß der Kommunistische Bund Plakate, egal welchen Inhalts, nicht überkleben werde, um zu verhindern, daß sich die Massen damit auseinandersetzen. Die Kommunisten fürchten die Auseinandersetzung über ihre Politik nicht. Sie sind interessiert daran, öffentlich die bürgerlichen Parteien zu entlarven, denn sie wissen: je umfassender diese Auseinandersetzung geführt wird, desto mehr werden sich die Massen von den bürgerlichen Kräften abwenden um ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen. Davor haben jedoch alle bürgerlichen Parteien entsetzliche Angst. So auch die bürgerlichen KPÖ-Führer. Aus Angst vor dem Volk machen sie unsere Plakate unschädlich.

Als die Genossen den KPÖ-Sekretär darauf aufmerksam machten, daß unsere Plakate ab jetzt geschützt werden, versuchten sie zu beschwichtigen: "Die AK-Wahlen sind jetzt eh bald vorbei und bis zu den nächsten Wahlen ist es noch lang. Wir plakatieren sowieso nur, wenn Wahlen vor der Tür stehen." Als dies nicht verfing, sagte er unverfroren: "Ihr mit euren vier Manndln könnt's eure Plakate ja gar nicht beschützen."

Doch so wie sich dieser KPÖ-Funktionär irrt, wenn er glaubt, uns mit Lügen abfertigen zu können, so irrt er sich, wenn er auf das "Recht des Stärkeren" pocht und uns einschüchtern will. Wir werden unsere politische Arbeit in der Öffentlichkeit sichern.

Neue Wege der Kripo

Beim "unerlaubten Plakatieren" wird öfters der eine oder der andere Genosse erwischt. Denn wer keine reichen Geldgeber in der herrschenden Klasse hat und daher noch zusätzlich aus den Geldmitteln des bürgerlichen Staates gefördert wird, sondern wie der KB Wien seine Tätigkeit nur aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden von Arbeitern und anderen, alles andere als reichen Leuten, finanziert, der kann die hohen Gebühren an die Gemeinde einfach nicht zahlen, um "erlaubt" plakatieren zu dürfen oder Plakatflächen zu mieten. Entweder damit aufhören seine politische Meinung auch auf Plakaten öffentlich zu vertreten, oder "unerlaubt" handeln und Polizeistrafen riskieren - das ist die Alternative, vor der eine politische Organisation steht, wenn sie nicht von irgendwelchen Bourgeois ausgehalten wird.

Unlängst bin ich mit noch ein paar Genossen von der Kriminalpolizei erwischt worden. Das war so: Plötzlich ist aus dem Dunkel ein noch relativ junger Mann mit schleissiger Blue Jean und längeren Haaren auf mich zugekommen. Ich habe zuerst gedacht: ein Rowdy, der eine Schlägerei anfangen will. Ich habe auch recht gehabt, nur daß der Mann auch noch Kriminalpolizist war und gerade im Dienst, und deshalb auf die Schlägerei verzichten mußte. Offensichtlich hat er mit dem Faschistenregime in Chile sympathisiert. Denn während die anderen Beamten - offenkundig am Inhalt des Chile-Plakats völlig uninteressiert und als distinguierte Herren mit dem bekannten Hut und Mantel aufgemacht - stumpf ihre "Pflicht" getan haben, hat mir der eine wirklich eine Schlägerei angedroht, kaum daß er den Inhalt des Plakates gesehen hatte.

Die obige Geschichte muß man in dem größeren Zusammenhang des systematischen Ausbaus des gesamten Polizeiapparates sehen, wodurch die herrschenden Klasse ihren Gewaltapparat besser organisiert und sich auf Zusammenstöße mit den Volksmassen vorbereitet. Auch die Arbeiterklasse und das Volk müssen sich organisieren und sich auf Zusammenstöße mit der Staatsgewalt vorbereiten, die unvermeidlich sind, sobald sie den Kampf um ihre Rechte und Interessen führen. Das Allerwichtigste ist dabei heute, daß die klassenbewußten Arbeiter sich zusammenschließen zu einer Partei, die nicht nur dem Namen nach, sondern wirklich eine kommunistische Arbeiterpartei ist.

N.N.

25 Jahre VR-CHINA



Voller Freude über die errungenen Erfolge beim Aufbau des Sozialismus und mit revolutionärer Zuversicht beging das chinesische Volk den 25. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober. Im ganzen Land fanden unzählige Gartenfeste, Kultur-und Sportveranstaltungen statt. Vor 4.ooo begeisterten Gästen aus dem In-und Ausland erklärte Ministerpräsident Tschu En-Lai, China werde die Politik der Unabhängigkeit ebenso fortsetzen wie die revolutionäre Linie Mao Tsetungs.

Spendenaktion des KB

Seit Ende Juli läuft die Spendenaktion des KB Wien mit dem Ziel, für den Aufbau einer eigenen Druckerei mindestens S 150.000.- aufzubringen. Bis zum 30.9. sind auf dem für diesen Zweck eingerichteten Konto insgesamt S 111.778,85 eingelaufen. Von dem eingetroffenen Geld wurde bisher für die Instandsetzung und den Ankauf von Maschinen und Geräten, für Provisionen und Gebühren für ein Druckereilokal, sowie für dessen Adaptierung ein Betrag von 79.925,47 aufgewendet. Aber es ist noch viel zu machen, und einiges sollte noch angeschafft werden. Eine Reihe von Genossen haben Initiativen gesetzt, die zeigen, daß es möglich ist, die Arbeit des KB auch materiell zu unterstützen, wenn man selbst nicht viel Geld hat. Einige Genossen, die Lehrlinge sind, haben beschlossen, einen Tageslohn zu spenden und außerdem am Wochenende Werbezettel auszutragen und das Geld, das sie dafür bekommen, ebenfalls einzuzahlen, Zwei Genossen haben ihre Briefmarkensammlungen zugunsten der Spendenaktion verkauft, andere verkaufen Bücher, die sie nicht mehr benötigen, wieder andere verschiedene Altwaren. Diese Initiativen zeigen auch, daß die Genossen die Hauptsache der Spendenaktion richtig erfaßt haben: es kommt darauf an, sich nicht nur zu den Zielen des KB zu bekennen, sondern auch seine Arbeit mit allen Mitteln zu unterstützen und selbst ständig neue Mittel und Wege zu finden, die dazu dienen können. Viele haben auch schon mit ihren Eltern, mit Verwandten und Bekannten über die Ziele und Aufgaben des KB diskutiert und sie dazu bewegt, durch eine Spende zu unserer Arbeit beizutragen. Die Spendenaktion ist ein guter Anlaß für solche Diskussionen: machen wir auch privat die Politik des KB Wien breiter und besser bekannt, werben wir um Unterstützung durch Mitarbeit in einzelnen Bereichen, durch Verbreitung unserer Anschauungen und auch durch materielle Zuwendungen! Wenn wir nicht nachlassen in unseren Anstrengungen, werden wir das Ziel der Spendenaktion, möglichst viel zum Aufbau einer eigenen Druckerei des KB beizutragen, erreichen können. Je mehr wir an Spenden aufbringen können, desto besser können wir die Druckerei ausrüsten und einen desto besseren finanziellen Rückhalt können wir ihr für die erste Zeit geben!

Bisher sind eingelaufen:
H.F., 100.-; Teilnehmer einer Versammlung im Bayrischen Hof 1166.50; Spenden im Lokal 132.35; L./R. 600.-; P.F. 1000.-; N.N. 500.-; G.St. 600.-; H.W. 300.-; W.G., M.Z., K.P.Sch. 1500.-; N.E. 30.-; U.H. 500.-; R.W. 500.-; N.N. 500.-; M.St. 1000.-; W.St. 1000.-; Betriebskollektiv Eumig 700.-; N.H. 500.-; R.L. 750.-; N.N. 600.-; Betriebskollektiv Eumig 800.-; V.B., W.Sch. 1200.-; E.F. 200.-; N.N. 1500.-; H.V. 600.-; H.W. 1400.-; G.M. 1500.-; M.Sch. 200.-; R.F. 1000.-; N.Z. 900.-; Aufbaukollektiv Wilhelminenspital 4000.-; A.F. 400.-; R.G. 600.-; W.u.S.K. 1000.-; A.P. 500.-; G.Sch. 500.-; A.R. 200.-; P.F.M. 500.-; I.Tsch. 200.-; N.N. 300.-; K.P. 300.-; T.M. 600.-; M.B. 200.-; E.G. 1000.-; E.R. 500.-; F.N. 1000.-; F.D. 1000.-; N.N. 500.-; H.M. 500.-; E.u.A.R. 1500.-; F.W., S.R. 1000.-; A.R. 400.-; G.Sp. 1350.-; M.K. 200.-; T.Sch. 200.-; S.Z. 500.-; K.P., L.B. 1000.-; M.R. 500.-; G.F. 1000.-; S.R. 1000.-; E.K. 500.-; N.N. 1000.-; G.St. 800.-; L.M., N.F. 600.-; W.F. 500.-; K.P. 500.-; MLS-Zelle Soziologie 1200.-; N.N. 50.-; Ch.B. 600.-; A.N. 600.-; E.St. 1600.-; K.M. 400.-; C.L. 600.-; E.K. 100.-; W.S.200.-; K.F. 300.-; W.H. 500.-; W.W. 350.-; R.F. 500.-; H.R. 600.-; H.M.500.-; Ch.R. 600.-; E.u.A.R. 2000.-; W.L. 400.-; T.T. 400.-; N.Ko. 150.-; N.Kl. 5100.-; E.A. 500.-; H.B. 800.-; R.F. 600.-; M.B. 700.-; R.F. 300.-; B.S. 400.-; M.P. 500.-; E.u.A.R. 2000.-; G.G. 500.-; S.G. 600.-; B.B. 200.-; V.S. 700.-; M.P. 1000.-; H.P. 50.-; O.R. 700.-; H.F., E.P. 1200.-; G.K. 600.-; K.Sch. 500.-; S.E. 200.-; H.K. 100.-; P.Sch. 600.-; A.G. 500.-; E.K. 300.-; K.M. 400.-; M.K. 500.-; N.N. 200.-; G.St. 800.-; G.K. 500.-; L.L. 1000.-; Berufsschulkollektiv 1300.-; N.N. 100.-; E.B., E.K. 500.-; W.u.M.W. 1200.-; M.B. 400.-; N.N. 100.-; F.u.V.Sp. 1000.-; H.N. 400.-; H.F., W.Kt. 550.-; A.M. 600.-; R.W. 800.-; N.S. 600.-; P.M. 500.-; M.A. 550.-; P.B. 250.-; S.B. 150.-; G.F. 850.-; G.Gl. 50.-; P.G. 400.-; L.K. 650.-; W.L. 600.-; G.M. 50.-; W.M. 600.-; S.P. 100.-; E.R. 500.-; M.Sch. 850.-; N.T. 150.-; R.W. 600.-; P.R. 150.-; M.W. 800.-; S.K. 200.-; H.S. 50.-; M.L. 50.-; S.Sch. 600.-; S.R. 500.-; G.R. 200.-; F.P. 2000.-; K.P. 2000.-; N.K. 500.-; W.K., H.F. 10.000.-.

Wir rufen alle, die unsere politischen Anschauungen teilen, auf, unsere weitere Arbeit durch Spenden auf das

Konto Nr.
00-66332-8
Kommunistischer Bund Wien
1070 Wien, Westbahnstr.7/8
Bank für Arbeit und Wirtschaft
Aktiengesellschaft
Zentrale Wien
PSK 4318.932

zu unterstützen und dadurch zum Aufbau einer eigenen Druckerei des KB Wien beizutragen.

Der rosarote Straßenterror?

Ein Roman über den Oktoberstreik 1950

Der große Streik im September/Oktober 1950 ist im Bewußtsein der österreichischen Arbeiter nicht ausgelöscht, genausowenig wie das machtvolle Auflodern des Klassenkampfes in den Jahren 1927 und 1934. Aber während alle Arbeiter die Kämpfe der Jahre 1927 und 1934 als beste Tradition der Auflehnung gegen die Herrschaft der bürgerlichen Klasse bewahren, scheiden sich in der Frage des Oktoberstreiks 1950 die Geister. Noch heute sprechen viele Arbeiter, und nicht nur Sozialdemokraten, verächtlich und haßerfüllt von diesem Streik als einem "Putschversuch" der Kommunisten. Sie sind der Lügenpropaganda der SPÖ- und Gewerkschaftsführung erlegen, die gleich der Bourgeoisie jeden großen Kampf, den die Arbeiterbewegung ausficht, als "Raub der Freiheit", als "Terror" oder "Putsch" zu denunzieren sucht. Was im Oktoberstreik die kämpfenden Arbeiter beschneiden wollten, war aber die Freiheit der Geldsäcke.

K. Wiesinger versucht in seinem Roman "Der rosarote Straßenterror" diesen Kampf der österreichischen Arbeiter mit literarischen Mitteln zu schildern und zu analysieren. Er tut dies vom Standpunkt der Arbeiter aus, die der Ausplünderungs- und Verelendungspolitik im Zuge der Sanierung des Kapitals nach dem 2.Weltkrieg Widerstand leisteten. Wiesinger macht klar, worum es im Wiederaufbau ging und warum die Arbeiter zur Waffe des Streiks, des Massenstreiks griffen. Die parasitäre und überlebte Bourgeoisie kam bald nach dem Krieg aus ihren Löchern, in die sie sich verkrochen hatte, wieder hervor. Die SPÖ- und Gewerkschaftsführung hatten sich der "Schicksalsgemeinschaft" mit dieser Bourgeoisie verschrieben, waren "Sozialpartner" des Kapitals geworden. Mit den berüchtigten Lohn-Preispakten hatte sich diese "Schicksalsgemeinschaft" von Kapitalisten und sozialdemokratischen Führern ein gut funktionierendes Instrument geschaffen, die Kriegs- und Wiederaufbaukosten auf die werktätigen Massen abzuwälzen. Riesige Preissteigerungen und magere Lohnerhöhungen bildeten den Inhalt dieser Preistreiberpakte. Im Herbst 1950 wurde damit zum 4.Mal ein Großangriff auf die Lebenslage der Massen durchgeführt. Der Brotpreis wurde um 26% hinaufgetrieben, der Mehl- und Semmelpreis um 59%. Grieß wurde um 32% und Zucker um 25% teurer. Der Stromtarif stieg um 27%, die Straßenbahn- und Bahntarife wurden kräftig erhöht. Es war ein Hohn, daß dafür eine rund 13%ige Lohnerhöhung zugestanden wurde, wo die Arbeiter bereits Monate vor dem Preistreiberpakt Lohnerhöhungen um 15%-25% gefordert hatten. Die Verhandlungen wurden geheim geführt, und der Abschluß des Paktes überfallsartig bekanntgegeben.

40 000 IM STREIK

Doch die Arbeiter ließen sich nicht von den kapitalistischen Räubern und ihren Kumpanen in der SPÖ- und Gewerkschaftsführung überrumpeln. Erstmals gingen sie über den Protest hinaus und entfalteten einen Kampf mit dem Ziel, den Pakt zu Fall zu bringen. Unter der Losung "Weg mit dem Preistreiberpakt" traten in ganz Österreich rund 40 000 Arbeiter in den Streik. Nur eine Kraft, die Kommunistische Partei, konnte die Führung in diesem Kampf einnehmen. Aber die Führung der KPÖ unterschätzte bei weitem das Ausmaß der Kampfbereitschaft der Arbeiter. Nach wenigen Streikstunden beschloß das Polbüro der KPÖ, den Streik vorerst zu unterbrechen und die Führung des Kampfes einer Betriebsrätekonferenz anzuvertrauen. Nur unter größten Schwierigkeiten gelang es den Funktionären, den Streikabbruch gegenüber den Arbeitern durchzusetzen. Und die Arbeiter hatten recht: Der Beschluß hatte eine katastrophale Wirkung auf den Streik.

DIE BOURGEOISIE HOLT ZUM GEGENSCHLAG AUS

Die Sozialdemokratie und der Staatsapparat, Gendarmerie und Polizei unter der Führung des sozialdemokratischen Ministers Helmer liessen die Atempause nicht ungenutzt. Man holte aus der Mottenkiste des Antikommunismus das Gespenst des kommunistischen Putsches hervor, womit bereits früher, 1948 in der Steiermark, einiger Erfolg erzielt worden war. Ein "Plan 3" wurde erfunden, wonach die Kommunisten einen Streik der Arbeiter für die Machtergreifung ausnützen wollten. Alle Mittel, Radio, Zeitungen, Flugblätter, Flüsterpropaganda usw. wurden zur Hetze eingesetzt. Die sozialdemokratische Presse brüllte nur noch mit Balkenlettern und Rufzeichen wider die "Usiaten", "Kommunofaschisten" und "Radaubrüder", die den "Raub der Freiheit" Österreichs vorhätten. In den Betrieben versuchten die SPÖ-Funktionäre Prügelgarden zur Verhinderung des Streiks und des Kontakts mit Delegationen anderer Betriebe aufzustellen. Der machtgierige Vorsitzende der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, Franz Olah, organisierte und bewaffnete eine Truppe von 2 000 "verlässlichen" Bauarbeitern.

Die Regierung lehnte eine ultimative Forderung der gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz nach Rücknahme der Preissteigerungen oder Verdoppelung der Lohnerhöhung ab. Wieder begann der Streik, diesmal durch die Atmosphäre der Verhetzung und des Terrors aber mit schärferer, gewaltsamerer Gangart. In den sowjetisch besetzten Bezirken Wiens und in Niederösterreich wurden Straßen durch die Streikenden gesperrt, und mit den Prügelgarden der SPÖ kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Der Streik konnte aber weder in der Steiermark noch in Oberösterreich wieder aufgenommen werden. Dort wurden Dutzende von Betriebsräten verhaftet, hunderte von Arbeitern entlassen und Betriebe militärisch besetzt.

DER STREIK BRICHT ZUSAMMEN

Die vereinte Gewalt der Bourgeoisie und des SP- und Gewerkschaftsapparates vermochte unter Zuhilfenahme bewaffneter Banden und unter dem Rauchvorhang der Putschlüge und antisowjetischer Haßtiraden den Streik schließlich zu brechen. Mit geballter Faust gingen die Streikenden wieder an die Arbeit.

Entlang diesem Ablauf des Streiks handelt auch Wiesingers Roman. Er stellt die Putschlüge und ihre Urheber, die SP- und Gewerkschaftsführung an den Pranger. Zu diesem Zweck erfindet Wiesinger einen sozialdemokratischen Polizeispitzel, um dessen Aufstieg und Fall sich alles Geschehen rankt.

Wie der Spitzel Rautaschl mit den plumpsten Methoden "Material" für die Staatspolizei zu sammeln versucht, wie er "Informationen" erfindet und schließlich den Tod eines jungen Arbeiters verschuldet, das alles kann die Niedertracht der Bourgeoisie und



2. Jahrgang Wien, Oktober 1950 Nr. 22 23a

Die KPÖ ist geschlagen!

Österreich bleibt weiter Demokratie!

Die demokratischen Sozialisten Österreichs sind der Vorposten für das ganze freie Europa!

Es war in Österreich immer so: einen Streik beschließt die Mehrheit, nie eine Minderheit!

Die ÖVP sei gewarnt!

ihrer Handlanger zeigen, das kann zeigen, was für schmutzige Kreaturen sich die Bourgeoisie schafft, um sie zu benutzen und schließlich wegzuwerfen. Aber der Kern der Putschlüge wird damit nicht erfaßt.

DIE MASSEN FÜR DEN KAMPF UM DEN SOZIALISMUS GEWINNEN

Um dieser Lüge entgegenzutreten gibt es nur einen Weg! Zu sagen: Ja, wir Kommunisten streben den Sturz dieses Staates der Ausbeuter und Unterdrücker an, damit das ganze System der Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt werden kann - und zwar deshalb, weil dieses Ziel den Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes entspricht. Aber wir wollen für dieses Ziel die überwältigende Mehrheit des Volkes gewinnen, denn nur dann kann es erreicht werden. Auch heute hat das Wort noch Geltung, daß die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Deshalb werden wir niemals einen "Putsch" über die Köpfe der Volksmassen hinweg anstreben.

Wenn das klargestellt ist, ist es auch klar, daß im Oktober 1950 keineswegs die Frage nach der politischen Macht zur Debatte stand. Aber im Kampf gegen den Preistreiberpakt mußten sich die kämpfenden Arbeiter auch gegen den bürgerlichen Staat stellen, und vielen wurde damals die Rolle dieses Staates als Instrument, um die Arbeiterklasse und das Volk niederzuhalten, klar. Das war es, was die Kapitalisten und ihre Söldner an der Spitze der SPÖ fürchteten. Deshalb griffen sie zum Märchen vom "Putsch".

DIE FEHLER DER KPÖ IM JAHRE 1950

Eine solche Haltung hätte die KPÖ im Oktober 1950 einnehmen müssen. Entlang einer solchen Haltung hätte sie den großen Massenstreik zu einem wirklich politischen Massenstreik machen müssen. Stattdessen wich die Parteiführung zurück und erklärte angesichts der Putschlüge: Es geht nur um Lohn und Brot, statt zu sagen: Es geht um Lohn und Brot, aber die Arbeiter können beides nicht bekommen, solange sich der bürgerliche Staat ihnen in den Weg stellt. Insbesondere die Unterbrechung des Streiks wirkte sich katastrophal auf die Bewegung aus, weil sie ihr den Schwung raubte und den Feinden der Arbeiterklasse Gelegenheit bot, sich zu ihrer Niederwerfung zu sammeln und Verwirrung und Spaltung in ihre Reihen zu tragen.

Wiesinger stellt die Streikunterbrechung als einen besonders hinterhältigen Trick der SP-Führung dar - in Wirklichkeit stammt der verderbliche Vorschlag aber vom Polbüro der KPÖ. Sollte Wiesinger hier den Sack schlagen aber den Esel meinen?

Die KPÖ wich während des Streiks vor der offenen Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Funktionären, Betriebsräten und besonders den "Betriebskaisern" in der Verstaatlichten zurück, sie "vergaß" geradezu darauf. Das führte in vielen Orten dazu, daß die SP-Funktionäre sich die Arbeit der Spaltung und Sabotage der Streikfront teilen konnten: die Betriebsräte, die unter dem Druck der Arbeiter standen, gingen in die Streikleitungen, behinderten das Voranschreiten der Bewegung und drängten zur Aufgabe des Kampfes. Die Gewerkschaftsfunktionäre aber, die Parteisekretäre und die Landtagsabgeordneten saßen derweil mit Betriebsleitungen und Polizei zusammen und heckten Anschläge auf die Streikfront aus. Weil nicht schon während des Streiks die offene Auseinandersetzung mit den Bremsern und Spaltern aufgenommen wurde, gelang es diesen vielfach, den Kampf abzuwürgen. Die Kommunisten wichen oft um einer illusionären Einheit willen zurück. Auch dieser schwere Fehler wird von Wiesinger beiseite gewischt. Das zeigt sich z.B. darin, daß er die völlige Einhelligkeit der Meinungen des sozialdemokratischen "Betriebskaisers" bei den VÖEST, Walter Brauneis, und des kommunistischen Betriebsrates Kührer als positiv hinstellt. Die Kommunisten bei den VÖEST hatten aber zumindest nach dem Streik klar Stellung genommen und erklärt, daß Brauneis "von Anfang an an der Spitze des Verrates" gestanden war! Er hatte gemeinsam mit der Landesregierung, der Polizei und der Gendarmerie Pläne zur Beendigung des Streiks ausgeheckt (und ist heute SP-Abgeordneter..).

DEN WIRTSCHAFTLICHEN UND DEN POLITISCHEN KAMPF ZUM EINHEITLICHEN STROM DES KLASSENKAMPFES VERSCHMELZEN!

Diese Fehler der KPÖ will Wiesinger nicht sehen. Deshalb bleibt ihm nur die Möglichkeit, durch einen erfundenen Spitzel zu zeigen, daß das Märchen vom "kommunistischen Putsch" ein plump fabriziertes Lügengebilde ist. In der Figur des Spitzels Rautaschl und in seiner tragenden Rolle kommt die Hauptschwäche des Buches von Wiesinger zum Ausdruck: daß er nicht imstande ist, die Lehren aus den Ereignissen des Oktober 1950 zu ziehen.

Wiesinger stellt dem Mut und der Kampfkraft der Arbeiterklasse die Heuchelei, Niedrigkeit und Gewalt des Klassenfeindes gegenüber. Darin liegt trotz der vielen Schwächen und Fehler dieses Buches seine Bedeutung. Die wichtigste Lehre aber können wir nicht aus diesem Buche, wohl aber aus der Bewegung gegen den vierten Preistreiberpakt ziehen: Die Arbeiterklasse wird nur ihrem Siege näherkommen und ihn schließlich erringen, wenn der wirtschaftliche und der politische Kampf zum einheitlichen Strom des Klassenkampfes verbunden werden - und das kann nur unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse erreicht werden.

KLASSENKAMPF

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN
Erscheint 12 mal jährlich, Einzelpreis S 3.-, Jahresabonnement (inklusive Porto) S 50.-.
Abonnement - Bestellung durch Einzahlung auf das Konto "KB Wien" BAWAG - Zentrale 00663047.
Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältiger: Kommunistischer Bund Wien. Für den Inhalt verantwortlich: Walter Lindner, alle: 1070 Wien, Westbahnstraße 7/8.
Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt: 1070 Wien.
Redaktionsschluß: 30.9. Erscheinungstermin: 4.10.

Aus dem Inhalt